

LESEBUCH

ZUR

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN STAATSWISSENSCHAFT

(2)

VON KANT BIS BLUNTSCHLI.

VON

DR. GEORG MOLLAT.



OSTERWIECK/HARZ

DRUCK UND VERLAG VON A. W. ZICKFELDT

1891.

LESEBUCH

ZUR

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN STAATSWISSENSCHAFT

VON KANT BIS BLUNTSCHE

VON

DR. GEORG MOLLAT.



OSTERWICH

DRUCK UND VERLAG VON A. W. ZICKERT

1891

MEINEN ELTERN
IN KINDLICHER LIEBE
GEWIDMET.

WELSH LETTERS

IN KINDRED LETTERS

GEORGE

Inhaltsübersicht.

	Seite
I. Immanuel Kant 1724—1804	1
Von den Staatsgewalten.	
Von den Staatsformen.	
II. Johann Gottlieb Fichte 1762—1814	8
Das Ephorat.	
III. Carl Wilhelm v. Humboldt 1767—1835	14
Betrachtung des einzelnen Menschen und der höchsten End-	
zwecke des Daseins desselben.	
Sorgfalt des Staates für das negative Wohl der Bürger, für	
ihre Sicherheit.	
IV. Friedrich Carl v. Moser 1723—1798	20
Die Folgen der militärischen Regierungsart.	
V. Justus Möser 1720—1794	25
Wann und wie mag eine Nation ihre Constitution ändern?	
VI. Friedrich v. Gentz 1764—1832	27
Aus dem Sendschreiben an Friedrich Wilhelm III.	
VII. Johannes v. Müller 1752—1809	32
Aus Deutschlands Erwartungen vom Fürstenbunde.	
VIII. Carl Ludwig v. Haller 1768—1854	36
Von dem Ursprunge aller Herrschaft nach einem allge-	
meinen Naturgesetze.	
IX. Carl v. Rotteck 1775—1840	39
Begriff der Landstände.	
X. Carl Theodor Welcker 1790—1869	44
Die Despotie.	
XI. Friedrich Wilhelm Joseph v. Schelling 1775—1854	47
Über das Studium der Jurisprudenz.	
XII. Georg Wilhelm Friedrich Hegel 1770—1831	51
Die Idee des Staates.	
Das innere Staatsrecht.	
Die fürstliche Gewalt.	
XIII. Friedrich Carl v. Savigny 1779—1861	57
Staat, Staatsrecht, Privatrecht, öffentliches Recht.	

	Seite
XIV. Friedrich Christoph Dahlmann 1785—1860	60
Die Menschheit und der Staat.	
XV. Georg Waitz 1813—1886	65
Das Wesen des Bundesstaates.	
XVI. Carl Salomo Zachariä 1769—1843	68
Von dem Einflusse des Klimas auf die Menschen- und Staatenwelt.	
Der Völkerstaat eine Rechtsidee.	
Entstehung und Fortdauer von Völkerstaaten und Völkerbünden.	
XVII. Friedrich Jacob Schmitthenner 1796—1850	75
Der Natur- und Kunststaat.	
XVIII. Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher 1768—1834	78
Das Staatsbewusstsein.	
XIX. Robert v. Mohl 1799—1875	81
Die Gesellschaft.	
XX. Heinrich Leo 1799—1878	87
Begriff und Inhalt der Wissenschaft der Naturlehre des Staates.	
XXI. Friedrich Julius Stahl 1802—1861	91
Die göttliche Institution des Staates.	
XXII. Carl Christian Friedrich Krause 1781—1832	97
Der Organismus des Staates.	
Von dem menschlichen Staate im allgemeinen.	
XXIII. Heinrich Ahrens 1808—1874	104
Der Cultur- oder Humanitätsrechtsstaat.	
XXIV. Johann Caspar Bluntschli 1808—1881	110
Das monarchische Princip und der Begriff der constitutionellen Monarchie.	
Religiöser und politischer Charakter des Zeitalters.	

I. Immanuel Kant,

geb. 22. April 1724 † 12. Februar 1804.

Von den Staatsgewalten.

Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre. §§ 45–49. 1797.

Sämmtliche Werke. 9. Theil. 1838.

Ein Staat, *civitas*, ist die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen. Sofern diese als Gesetze *a priori* nothwendig, d. i. aus Begriffen des äusseren Rechtes überhaupt von selbst folgend, nicht statutarisch sind, ist seine Form die Form eines Staates überhaupt, d. i. der Staat in der Idee, wie er nach reinen Rechtsprincipien sein soll, welche jeder wirklichen Vereinigung zu einem gemeinen Wesen, also im Inneren, zur Richtschnur, *norma*, dient.

Ein jeder Staat enthält drei Gewalten in sich, d. i. den allgemein vereinigten Willen in dreifacher Person, *trias politica*: die Herrschergewalt, Souveränität, in der des Gesetzgebers, die vollziehende Gewalt in der des Regierers zufolge dem Gesetze und die rechtsprechende Gewalt als Zuerkennung des Seinen eines jeden nach dem Gesetze in der Person des Richters, *potestas legislativa, rectoria et judiciaria*, gleich den drei Sätzen in einem praktischen Vernunftschlusse, dem Obersatze, der das Gesetz eines Willens, dem Untersatze, der das Gebot des Verfahrens nach dem Gesetze, d. i. das Princip der Subsumtion unter denselben, und dem Schlusssatze, der den Rechtsspruch, die Sentenz, enthält, was im vorkommenden Falle Rechtens ist.

Die gesetzgebende Gewalt kann nur dem vereinigten Willen des Volkes zukommen. Denn da von ihr alles Recht ausgehen soll, so muss sie durch ihr Gesetz schlechterdings niemandem unrecht thun können. Nun ist es, wenn jemand etwas gegen einen anderen verfügt, immer möglich, dass er ihm dadurch unrecht thue, nie aber in dem, was er über sich selbst beschliesst. Denn *volenti non fit injuria*. Also kann nur der übereinstimmende und vereinigte Willen aller, so fern ein jeder über alle und über einen jeden, eben dasselbe

beschliessen, mithin nur der allgemein vereinigte Volkswillen gesetzgebend sein.

Die zur Gesetzgebung vereinigten Glieder einer solchen Gesellschaft, *societas civilis*, d. i. eines Staates, heissen Staatsbürger, *cives*, und die rechtlichen, von ihrem Wesen als solchem unabtrennlichen Attribute derselben sind gesetzliche Freiheit, keinem anderen Gesetze zu gehorchen, als zu welchem er seine Beistimmung gegeben hat, bürgerliche Gleichheit, keinen Oberen im Volke in Ansehung seiner zu erkennen als einen solchen, den er eben so rechtlich zu verbinden das moralische Vermögen hat, als dieser ihn verbinden kann, drittens das Attribut der bürgerlichen Selbstständigkeit, seine Existenz und Erhaltung nicht der Willkür eines anderen im Volke, sondern seinen eigenen Rechten und Kräften als Glied des gemeinen Wesens verdanken zu können, folglich die bürgerliche Persönlichkeit, in Rechtsangelegenheiten durch keinen anderen vorgestellt werden zu dürfen.

Alle jene drei Gewalten im Staate sind Würden und als wesentliche aus der Idee eines Staates überhaupt zur Gründung desselben, Constitution, nothwendig hervorgehend Staatswürden. Sie enthalten das Verhältniss eines allgemeinen Oberhauptes, der, nach Freiheitsgesetzen betrachtet, kein anderer als das vereinigte Volk selbst sein kann, zu der vereinzelter Menge eben desselben als Unterthans, d. i. des Gebietenden, *imperans*, gegen den Gehorsamenden, *subditus*. Der Act, wodurch sich das Volk selbst zu einem Staate constituirt, eigentlich aber nur die Idee desselben, nach der die Rechtmässigkeit desselben allein gedacht werden kann, ist der ursprüngliche Contract, nach welchem alle, *omnes et singuli*, im Volke ihre äussere Freiheit aufgeben, um sie als Glieder eines gemeinen Wesens, d. i. des Volkes als Staat betrachtet, *universi*, sofort wieder aufzunehmen, und man kann nicht sagen, der Staat, der Mensch im Staate habe einen Theil seiner angeborenen äusseren Freiheit einem Zwecke aufgeopfert, sondern er hat die wilde gesetzlose Freiheit gänzlich verlassen, um seine Freiheit überhaupt in einer gesetzlichen Abhängigkeit, d. i. in einem rechtlichen Zustande, unvermindert wiederzufinden, weil diese Abhängigkeit aus seinem eigenen gesetzgebenden Willen entspringt.

Die drei Gewalten im Staate sind also erstlich einander als so viele moralische Personen beigeordnet, *potestates coordinatae*, d. i. die eine ist das Ergänzungsstück der anderen zur Vollständigkeit, *complementum ad sufficientiam*, der Staatsverfassung, aber zweitens auch einander untergeordnet, *subordinatae*, so dass eine nicht zu-

gleich die Function der anderen, der sie zur Hand geht, usurpiren kann, sondern ihr eigenes Princip hat, d. i. zwar in der Qualität einer besonderen Person, aber doch unter der Bedingung des Willens einer oberen gebietet, drittens durch Vereinigung beider jedem Unterthan sein Recht ertheilend.

Von diesen Gewalten, in ihrer Würde betrachtet, wird es heissen: „Der Willen des Gesetzgebers, legislatoris, in Ansehung dessen, was das äussere Mein und Dein betrifft, ist untadelig, irreprehensibel, das Ausführungsvermögen des Oberbefehlshabers, summi rectoris, unwiderstehlich, irresistibel, und der Rechtsspruch des obersten Richters, supremi judicis, unabänderlich, inappellabel.“

Der Regent des Staates, rex, princeps, ist diejenige moralische oder physische Person, welcher die ausübende Gewalt, potestas executoria, zukommt, der Agent des Staates, der die Magistrate einsetzt, dem Volke die Regeln vorschreibt, nach denen ein jeder in demselben dem Gesetze gemäss durch Subsumtion eines Falles unter demselben etwas erwerben oder das Seine erhalten kann. Als moralische Person betrachtet, heisst er das Directorium, die Regierung. Seine Befehle an das Volk und die Magistrate und ihre Oberen, Minister, welchen die Staatsverwaltung, gubernatio, obliegt, sind Verordnungen, Decrete, nicht Gesetze. Denn sie gehen auf Entscheidung in einem besonderen Falle und werden als abänderlich gegeben. Eine Regierung, die zugleich gesetzgebend wäre, würde despotisch zu nennen sein im Gegensatze mit der patriotischen, unter welcher aber nicht eine väterliche, regimen paternale, als die am meisten despotische unter allen, — Bürger als Kinder zu behandeln — sondern vaterländische, regimen civitatis et patriae, verstanden wird, wo der Staat selbst, civitas, seine Unterthanen zwar gleichsam als Glieder einer Familie, doch zugleich als Staatsbürger, d. i. nach Gesetzen ihrer eigenen Selbstständigkeit behandelt, jeder sich selbst besitzt und nicht vom absoluten Willen eines anderen neben oder über ihm abhängt.

Der Beherrscher des Volkes, der Gesetzgeber, kann also nicht zugleich der Regent sein. Denn dieser steht unter dem Gesetze und wird durch dasselbe, folglich von einem anderen, dem Souverän, verpflichtet. Jener kann diesem auch seine Gewalt nehmen, ihn absetzen oder seine Verwaltung reformiren, aber ihn nicht strafen. Und das bedeutet allein der in England gebräuchliche Ausdruck: „Der König, d. i. die oberste ausübende Gewalt, kann nicht unrecht thun.“ Denn das wäre wiederum ein Act der ausübenden Gewalt, der zu oberst das Vermögen, dem Gesetze gemäss zu zwingen, zu-

steht, die aber doch selbst einem Zwange unterworfen wäre, welches sich widerspricht.

Endlich kann weder der Staatsherrscher noch der Regierer richten, sondern nur Richter als Magistrate einsetzen. Das Volk richtet sich selbst durch diejenigen ihrer Mitbürger, welche durch freie Wahl als Repräsentanten desselben, und zwar für jeden Act besonders, dazu ernannt werden. Denn der Rechtsspruch, die Sentenz, ist ein einzelner Act der öffentlichen Gerechtigkeit, *justitiae distributivae*, durch einen Staatsverwalter, Richter oder Gerichtshof, auf den Unterthan, d. i. einen, der zum Volke gehört, mithin mit keiner Gewalt bekleidet ist, ihm das Seine zuzuerkennen, zu ertheilen. Da nun ein jeder im Volke diesem Verhältnisse nach — zur Obrigkeit — bloss passiv ist, so würde eine jede jener beiden Gewalten in dem, was sie über den Unterthan im streitigen Falle des Seinen eines jeden beschliessen, ihm unrecht thun können, weil es nicht das Volk selbst thäte und, ob schuldig oder nichtschuldig, über seine Mitbürger ausspräche, auf welche Ausmittlung der That in der Klagsache nun der Gerichtshof das Gesetz anzuwenden und vermittelt der ausführenden Gewalt einem jeden das Seine zu Theil werden zu lassen die richterliche Gewalt hat. Also kann nur das Volk durch seine von ihm selbst abgeordneten Stellvertreter, die Jury, über jeden in demselben, obwohl nur mittelbar, richten. Es wäre auch unter der Würde des Staatsoberhauptes, den Richter zu spielen, d. i. sich in die Möglichkeit zu versetzen, unrecht zu thun, und so in den Fall der Appellation *a rege male informato ad regem melius informandum* zu gerathen.

Also sind es drei verschiedene Gewalten, *potestas legislativa, executoria, judiciaria*, wodurch der Staat, *civitas*, seine Autonomie hat, d. i. sich nach Freiheitsgesetzen bildet und erhält. In ihrer Vereinigung besteht das Heil des Staates, *salus rei publicae suprema lex est*, worunter man nicht das Wohl der Staatsbürger und ihre Glückseligkeit verstehen muss, — denn die kann vielleicht, wie auch Rousseau behauptet, im Naturzustande oder auch unter einer despotischen Regierung viel behaglicher und erwünschter ausfallen — sondern den Zustand der grössten Übereinstimmung der Verfassung mit Rechtsprincipien versteht, als nach welchem zu streben uns die Vernunft durch einen kategorischen Imperativ verbindlich macht.

Von den Staatsformen.

A. a. O. §§ 51 u. 52.

Die drei Gewalten im Staate, die aus dem Begriffe eines gemeinen Wesens überhaupt, *res publica latius dicta*, hervorgehen, sind nur so viele Verhältnisse des vereinigten, *a priori* aus der Vernunft abstammenden Volkswillens und eine reine Idee von einem Staatsoberhaupt, welche objective praktische Realität hat. Dieses Oberhaupt, der Souverän, aber ist so fern nur ein das gesamte Volk vorstellendes Gedankending, als es noch an einer physischen Person mangelt, welche die höchste Staatsgewalt vorstellt und dieser Idee Wirksamkeit auf den Volkswillen verschafft. Das Verhältniss der ersteren zum letzteren ist nun auf dreierlei verschiedene Art denkbar, entweder dass einer im Staate über alle oder dass einige, die einander gleich sind, vereinigt über alle anderen oder dass alle zusammen über einen jeden, mithin auch über sich selbst gebieten, d. i. die Staatsform ist entweder autokratisch oder aristokratisch oder demokratisch. Der Ausdruck monarchisch statt autokratisch ist nicht dem Begriffe, den man hier will, angemessen. Denn der Monarch ist der, welcher die höchste, Autokrator aber oder Selbstherrscher der, welcher alle Gewalt hat. Dieser ist der Souverän, jener repräsentirt ihn bloss.

Man wird leicht gewahr, dass die autokratische Staatsform die einfachste sei, nämlich von einem, dem König zum Volke, mithin wo nur einer der Gesetzgeber ist. Die aristokratische ist schon aus zwei Verhältnissen zusammengesetzt, nämlich dem der Vornehmen als Gesetzgeber zu einander, um den Souverän zu machen, und dann dem dieses Souveräns zum Volke, die demokratische aber die allerzusammengesetzteste, nämlich den Willen aller zuerst zu vereinigen, um daraus ein Volk, dann den der Staatsbürger, um ein gemeines Wesen zu bilden, und dann diesem gemeinen Wesen den Souverän, der dieser vereinigte Willen selbst ist, vorzusetzen.

Was die Handhabung des Rechtes im Staate betrifft, so ist freilich die einfachste auch zugleich die beste, aber, was das Recht selbst anlangt, die gefährlichste fürs Volk in Betracht des Despotismus, zu dem sie so sehr einladet. Das Simplificiren ist zwar im Maschinenwerke der Vereinigung des Volkes durch Zwangsgesetze die vernünftige Maxime, wenn nämlich alle im Volke passiv sind und einem, der über sie ist, gehorchen; aber das gibt keine Unterthanen als Staatsbürger. Was die Vertröstung, womit sich das Volk befriedigen soll, betrifft, dass nämlich die Monarchie, eigentlich hier

Autokratie, die beste Staatsverfassung sei, wenn der Monarch gut ist, d. i. nicht bloss den Willen, sondern auch die Einsicht dazu hat, gehört zu den tautologischen Weisheitssprüchen und sagt nichts mehr als: Die beste Verfassung ist die, durch welche der Staatsverwalter zum besten Regenten gemacht wird, d. i. diejenige, welche die beste ist.

Der Geschichtsurkunde dieses Mechanismus nachzuspüren, ist vergeblich, d. i. man kann zum Zeitpunkt des Anfanges der bürgerlichen Gesellschaft nicht herauflangen. Denn die Wilden errichten kein Instrument ihrer Unterwerfung unter das Gesetz, und es ist auch schon aus der Natur roher Menschen abzunehmen, dass sie es mit der Gewalt angefangen haben werden.

Diese Nachforschung aber in der Absicht anzustellen, um allenfalls die jetzt bestehende Verfassung mit Gewalt abzuändern, ist sträflich. Denn diese Umänderung müsste durchs Volk, welches sich dazu rottirte, also nicht durch die Gesetzgebung geschehen; Meuterei aber in einer schon bestehenden Verfassung ist ein Umsturz aller bürgerlich-rechtlichen Verhältnisse, mithin alles Rechtes, d. i. nicht Veränderung der bürgerlichen Verfassung, sondern Auflösung derselben und dann der Übergang in die bessere, nicht Metamorphose, sondern Palingenesie, welche einen neuen gesellschaftlichen Vertrag erfordert, auf den der vorige, nun aufgehobene keinen Einfluss hat. Es muss aber dem Souverän doch möglich sein, die bestehende Staatsverfassung zu ändern, wenn sie mit der Idee des ursprünglichen Vertrages nicht wohl vereinbar ist, und hierbei doch diejenige Form bestehen zu lassen, die dazu, dass das Volk einen Staat ausmache, wesentlich gehört.

Diese Veränderung kann nun nicht darin bestehen, dass der Staat sich von einer dieser drei Formen zu einer der beiden anderen selbst constituirt, z. B. dass die Aristokraten einig werden, sich einer Autokratie zu unterwerfen oder in eine Demokratie verschmelzen zu wollen, und so umgekehrt, gleich als ob es auf der freien Wahl und dem Belieben des Souveräns beruhe, welcher Verfassung er das Volk unterwerfen wolle. Denn selbst dann, wenn er sich zu einer Demokratie umzuändern beschlösse, würde er doch dem Volke unrecht thun können, weil es selbst diese Verfassung verabscheuen könnte und eine der zwei übrigen für zuträglicher fände.

Die Staatsformen sind nur der Buchstabe, *litera*, der ursprünglichen Gesetzgebung im bürgerlichen Zustande, und sie mögen also bleiben, solange sie, als zum Maschinenwesen der Staatsverfassung gehörend, durch alte und lange Gewohnheit, also nur subjectiv, für

nothwendig gehalten werden. Aber der Geist jenes ursprünglichen Vertrages, *anima pacti originarii*, enthält die Verbindlichkeit der constituirenden Gewalt, die Regierungsart jener Idee angemessen zu machen und so sie, wenn es nicht auf einmal geschehen kann, allmählich und continuirlich dahin zu verändern, dass sie mit der einzig rechtmässigen Verfassung, nämlich der einer reinen Republik, ihrer Wirkung nach zusammenstimme und jene alten empirischen, statutarischen Formen, welche bloss die Unterthänigkeit des Volkes zu bewirken dienten, sich in die ursprüngliche, rationale auflösen, welche allein die Freiheit zum Princip, ja zur Bedingung alles Zwanges macht, der zu einer rechtlichen Verfassung im eigentlichen Sinne des Staates erforderlich ist und dahin auch dem Buchstaben nach endlich führen wird. Dies ist die einzig bleibende Staatsverfassung, wo das Gesetz selbstherrschend ist und an keiner besonderen Person hängt, der letzte Zweck alles öffentlichen Rechtes der Zustand, in welchem allein jedem das Seine peremptorisch zugetheilt werden kann, indessen dass, solange jene Staatsformen dem Buchstaben nach eben so viele verschiedene, mit der obersten Gewalt bekleidete moralische Personen vorstellen sollen, nur ein provisorisches inneres Recht und kein absolut-rechtlicher Zustand der bürgerlichen Gesellschaft zugestanden werden kann.

Alle wahre Republik aber ist und kann nichts anderes sein als ein repräsentatives System des Volkes, um im Namen desselben, durch alle Staatsbürger vereinigt, vermittelt ihrer Abgeordneten, Deputirten, ihre Rechte zu besorgen. Sobald aber ein Staatsoberhaupt der Person nach, es mag sein König, Adelstand oder die ganze Volkszahl, der demokratische Verein, sich auch repräsentiren lässt, so repräsentirt das vereinigte Volk nicht bloss den Souverän, sondern es ist dieser selbst. Denn in ihm, dem Volke, befindet sich ursprünglich die oberste Gewalt, von der alle Rechte der einzelnen als blosser Unterthanen, allenfalls als Staatsbeamten abgeleitet werden müssen, und die nunmehr errichtete Republik hat nicht mehr nöthig, die Zügel der Regierung aus den Händen zu lassen und sie denen wieder zu übergeben, die sie vorher geführt hatten und die nun alle neuen Anordnungen durch absolute Willkür wieder vernichten könnten.

II. Johann Gottlieb Fichte,

geb. 19. Mai 1762 † 27. Juni 1814.

Das Ephorat.

Grundlage des Naturrechtes. §. 16. 1796. Sämmtliche Werke. 3. Bd. 1845.

Es ist nie noth, dass die Gemeinde zusammentrete, und sie wird es auch nie wollen, ehe nicht Recht und Gesetz ganz aufhört zu wirken. Dann aber wird sie es müssen und es sicherlich thun. An das Recht jedes einzelnen muss in einem rechtmässigen Staate Recht und Gesetz überhaupt geknüpft sein. Also, das Gesetz muss, wo es offenbar nicht gewirkt hat, wie es sollte, d. h. wenn in der bestimmten Zeit über einen Rechtshandel nicht gesprochen worden oder wenn die Anwendung der Gewalt sich mit sich selbst in Widerspruch befindet oder wenn sonst die Ungerechtigkeit und Gewaltthätigkeit klar ist, ganz aufgehoben werden.

Wer soll nun urtheilen, ob dieser Fall vorhanden sei? Nicht die Gemeinde, denn sie ist nicht versammelt; nicht die Staatsgewalt, denn sie wäre dann Richter in ihrer eigenen Sache; noch weniger der, der unrecht gelitten zu haben glaubt, denn er wäre gleichfalls Richter in seiner eigenen Sache. Also, es muss ausdrücklich für diese Beurtheilung eine besondere Gewalt durch die Constitution errichtet werden. Diese Gewalt müsste die fortdauernde Aufsicht über das Verfahren der öffentlichen Macht haben, und wir können sie sonach Ephoren nennen.

Die executive Gewalt ist keinem Menschen verantwortlich als der versammelten Gemeinde. Die Ephoren können daher die Gewalthaber nicht vor ihren Richterstuhl ziehen, aber sie müssen den Gang der Geschäfte beständig beobachten und sonach auch das Recht haben, Erkundigungen einzuziehen, wo sie können. Die Ephoren dürfen die Urtheile der Gewalthaber nicht aufhalten, da von denselben keine Appellation stattfindet. Sie dürfen eben so wenig in irgend einer Angelegenheit selbst Recht sprechen, da jener Magistrat der alleinige Richter im Staate ist. Die Ephoren haben sonach gar keine executive Gewalt, aber sie haben eine absolut prohibitive Gewalt, nicht die Ausführung dieses oder jenes besonderen Rechtsschlusses zu verbieten, — denn dann wären sie Richter, und die executive Gewalt wäre nicht inappellabel — sondern allen Rechtsgang von Stund' an aufzuheben, die öffentliche Gewalt gänzlich und

in allen ihren Theilen zu suspendiren. Ich will diese Aufhebung aller Rechtsgewalt nennen das Staatsinterdict.

Es ist sonach Grundsatz der recht- und vernunftmässigen Staatsverfassung, dass der absolut positiven Macht eine absolut negative an die Seite gesetzt werde.

Da die Ephoren gar keine Macht in den Händen haben, die executive Gewalt aber eine unendliche Übermacht, so dürfte man fragen, wie denn die ersteren die letztere zwingen könnten, auf ihren blossen Befehl ihre Functionen einzustellen. Aber dieser Zwang findet sich von selbst. Denn durch die öffentlich angekündigte Suspension wird alles, was sie von diesem Augenblicke an entscheiden, als ungültig und rechtsunkräftig angekündigt. Und es ist natürlich, dass keine von ihr verfallte Partei sich von nun an ihrem Urtheile wird unterwerfen wollen, ebenso wie keine, die ihre Sache vor ihrem Richterstuhle gewonnen, sich auf dieses Urtheil verlassen wird. Ferner werden durch das Interdict die bisherigen Verwalter der executiven Macht für blosse Privatpersonen und alle ihre Befehle, Gewalt zu brauchen, für rechtsunkräftig erklärt. Jede auf ihren Befehl von der Stunde des Interdicts an begangene Gewaltthatigkeit ist Widerstand gegen den durch die Ephoren erklärten gemeinsamen Willen, mithin Rebellion, muss als solche bestraft werden und wird ganz gewiss also bestraft, wie wir sogleich sehen werden.

Haben die Magistratspersonen für ihre Widersetzlichkeit eine härtere Strafe zu erwarten, als ihnen ohnedies bevorsteht, wenn sie vor der Gemeinde sachfällig werden? Dies kann nicht sein, — denn dann erwartet sie ohnedies die höchste — aber sie geben durch Widersetzlichkeit eine Sache schon verloren, die sie noch immer gewinnen können, und ziehen sich schon durch dieselbe vor aller Untersuchung über den Grund des auferlegten Interdicts die höchste Strafe zu, der sie vielleicht noch hätten entgehen können. Sie werden sonach schwerlich sich widersetzen.

Die Ankündigung des Interdicts ist zugleich die Zusammenberufung der Gemeinde. Dieselbe ist durch das grösste Unglück, das sie betreffen könnte, gezwungen, sich sogleich zu versammeln. Die Ephoren sind der Natur der Sache nach Kläger und haben den Vortrag. Die Gemeinde soll zusammenkommen. Dadurch wird nun nicht etwa gesagt, dass alle Menschen aus allen Theilen des vielleicht sehr ausgedehnten Reiches sich auf einem Platze versammeln sollen, welches in mehreren Fällen ganz unmöglich sein dürfte, sondern nur, dass alle zu der vorhabenden Untersuchung, über welche gar wohl in jeder Stadt und jedem Dorfe des Reiches berathschlagt

werden kann, sich vereinigen und jeder seine Stimme gebe. Wie es einzurichten ist, um das Resultat des gemeinsamen Willens rein zu bekommen, ist eine Frage der Politik und keineswegs der Rechtslehre. Doch ist es aus einem Grunde, den wir tiefer unten anführen werden, nothwendig, dass bei dieser Berathschlagung wirklich grosse Haufen des Volkes hier und da auf einem Platze zusammenkommen.

Was die Gemeinde beschliesst, wird constitutionelles Gesetz. Es ist daher zuvörderst nothwendig, dass sie — ihr Urtheil über die Materie des Rechtsstreites mag nun ausfallen, wie es wolle — beschliessen, dass das angekündigte Interdict der Form nach rechtskräftig sein und dass die Widersetzlichkeit dagegen als Rebellion bestraft werden solle. Beschliessen sie das Gegentheil, so höben sie alles Interdict, mithin auch alle Wirksamkeit des Ephorats, sonach das Ephorat dem Wesen nach selbst auf und beschliessen über sich eine Obergewalt, die keine Verantwortlichkeit hätte, mithin eine Despotie, welches gegen das Rechtsgesetz ist und überhaupt sich nicht erwarten lässt. Sie werden es nicht thun, weil das Recht an ihren Vortheil gebunden ist.

Ferner, was die Materie des Rechtshandels anbelangt, so wird ihr Urtheil nothwendig gerecht, d. i. dem ursprünglichen gemeinsamen Willen gemäss sein. Wenn sie den Magistrat, der der Anklage der Ephoren zufolge etwas ungestraft gelassen hat, — über das Factum kann und muss kein Zweifel obwalten, und dafür haben die Ephoren zu sorgen — lossprechen, so beschliessen sie dadurch, dass dies nie bestraft werden, sondern eine rechtmässige Handlung sein solle, die gegen jeden von ihnen auch verübt werden könne. Wenn die executive Gewalt eines Widerspruches in ihrem Verfahren oder einer offenbaren Ungerechtigkeit angeschuldigt worden und sie erklären, es sei da kein Widerspruch oder keine Ungerechtigkeit, so machen sie die schwankende oder offenbar rechtswidrige Maxime, nach welcher gerichtet worden, zu einem Grundgesetze des Staates, nach welchem jeder unter ihnen auch behandelt werden will. Sie werden sonach ohne Zweifel die Sache reiflich überlegen und sich vor einem ungerechten Spruche hüten.

Der verfällte Theil, es seien die Ephoren oder die executive Macht, ist des Hochverrathes schuldig. Die ersteren, wenn ihre Klage sich ungegründet befindet, haben den Rechtsgang als die höchste Angelegenheit des gemeinen Wesens aufgehalten. Die letzteren, wenn sie schuldig befunden werden, haben der Staatsgewalt sich zur Unterdrückung des Rechtes bedient.

Keinem wird leicht die Verantwortlichkeit der Gewalthaber zu

gross scheinen, vielleicht aber die der Ephoren. Es hat ihnen nun einmal geschienen, könnte man sagen, dass das Gesetz in Gefahr sei. Sie haben nach ihrem Gewissen gehandelt und lediglich geirrt. Aber das Gleiche kann ja von den Gewalthabern auch gelten. Und überhaupt ist darauf zu antworten: Der Irrthum ist hier so gefährlich als der böse Willen, und das Gesetz muss mit gleicher Sorgfalt den ersteren zu verhindern suchen, als es den letzteren unterdrückt. Die Weisesten unter dem Volke sollen zu Magistratspersonen und ganz besonders alte, gereifte Männer zu Ephoren gewählt werden. Überdies werden ja wohl die Ephoren mit den Gewalthabern vor Ankündigung des Interdicts vorher unterhandeln, dieselben zu vermögen suchen, dass sie freiwillig und ohne Aufsehen die Ungerechtigkeit abstellen oder gutmachen, und schon allein dadurch werden sie sich eine gründliche Einsicht in den wahren Zusammenhang der Sache erwerben.

Der Volksbeschluss gilt zurück. Die nach den Maximen, die durch ihn gemissbilligt werden, gefällten Urtheile werden vernichtet und die dadurch Beschädigten in ihren vorigen Stand wieder eingesetzt, doch ohne Nachtheil ihrer Parteien, welche auch nach zwar ungegründetem, aber doch präsuntivem Rechte gehandelt haben. Der Schaden muss von den Richtern, die ihn verursacht haben, ersetzt werden. Der Grund dieser Gültigkeit auf das Vergangene ist folgender. Der nach dem Richterspruche Sachfällige durfte nicht davon appelliren, weil präsumirt werden musste, dass der Willen der Richter mit dem wahren gemeinsamen Willen übereinkomme. Der Grund der Gültigkeit des Urtheiles war die Präsumtion seiner Gesetzlichkeit. Jetzt findet sich das Gegentheil. Der Grund fällt weg, mithin auch das Begründete. Jenes Urtheil ist so gut als nicht gesprochen.

Die positive und negative Macht, die Executoren und Ephoren, sind vor der versammelten Gemeinde zu richtende Parteien, mithin können sie selbst nicht Richter sein in ihrer Sache und gehören nicht zur Gemeinde, die man in dieser Rücksicht nun auch das Volk nennen kann. Die Ephoren instruiren den Process, wie oben bemerkt worden, und sind in so fern Kläger. Die Executoren verantworten sich und sind in so fern die Beklagten.

An der absoluten Freiheit und persönlichen Sicherheit der Ephoren hängt die Sicherheit des Ganzen. Sie sind durch ihre Stelle bestimmt, der executiven, mit Übermacht versehenen Gewalt das Gegengewicht zu halten. Sie müssen daher zuvörderst gar nicht von ihr abhängig werden können in Rücksicht ihres Wohlseins und sonach vorzüglich gut und ihr gleich besoldet werden. Ferner sind

sie, wie zu erwarten, den Nachstellungen und Drohungen dieser Gewalt ausgesetzt und haben keine Vertheidigung ausser die Macht der Gemeinde, die aber nicht beisammen ist. Ihre Person muss daher durch das Gesetz gesichert werden, d. i. sie müssen für unverletzlich, sacrosancti, erklärt werden. Die geringste Gewaltthätigkeit gegen sie oder auch nur Androhung der Gewalt ist Hochverrath, d. i. unmittelbarer Angriff auf den Staat. Bloss er, von der executiven Gewalt erregt, ist schon an sich Ankündigung des Interdicts. Denn die executive Gewalt sondert dadurch unmittelbar und klar ihren Willen ab von dem gemeinsamen Willen.

Ferner, die Macht des Volkes muss die Gewalt, welche die Executoren in den Händen haben, ohne allen Vergleich übertreffen. Könnte die letztere der ersten auch nur das Gegengewicht halten, so würde, falls die Executoren sich widersetzen wollten, wenigstens ein Krieg entstehen zwischen ihnen und dem Volke, der durch die Constitutio nunmöglich gemacht werden muss. Wäre die executive Gewalt übermächtig oder könnte sie es auch nur im Kriege werden, so könnte sie das Volk unterjochen, woraus eine unbedingte Slaverei entstehen würde.

Daher ist es Bedingung der Rechtmässigkeit jeder bürgerlichen Verfassung, dass unter keinerlei Vorwand die executive Gewalt eine Macht in die Hände bekomme, welche gegen die der Gemeinde des geringsten Widerstandes fähig sei. Jeder Zweck muss diesem, dem höchst möglichen Zwecke, dem der Erhaltung des Rechtes überhaupt, aufgeopfert werden.

Ferner ist es eben darum eine Hauptmaxime für eine vernunftmässige Constitution, und es sind dahin abzweckende Veranstaltungen zu treffen, dass bei Versammlung der Gemeinde allenthalben, etwa in den Provincialstädten des Landes, so grosse Haufen zusammenkommen, die den möglichen Versuchen der executiven Gewalt, sich zu widersetzen, gehörigen Widerstand leisten können, dass demnach sogleich, wie die Gemeinde sich als Gemeinde erklärt, eine sehr respectable Macht auf den Beinen sei.

Eine wichtige Frage hierbei ist noch folgende: Wodurch ist denn der Volksbeschluss zu bestimmen? Muss Einstimmigkeit sein, oder ist die Stimmenmehrheit hinreichend, und muss die Minorität der Majorität sich unterwerfen?

Im Staatsvertrage überhaupt muss Einstimmigkeit sein. Jeder muss für seine Person erklären, dass er mit dieser bestimmten Volksmenge in ein gemeines Wesen zur Erhaltung des Rechtes zusammentreten wolle. In der Berathschlagung über die Wahl der

Magistratspersonen verhält sich die Sache schon anders. Die Minorität ist freilich nicht verbunden, der Stimme der Majorität beizutreten, aber da sie der schwächere Theil wird, kann sie durch den stärkeren genöthigt werden, diesen Platz, auf welchem die Mehrheit nun ihre entworfene Constitution realisiren will, zu verlassen und sich irgend anders wo ansässig zu machen. Will sie dies nicht, — und sie wird es um vieles nicht wollen — so wird sie der Stimme der Majorität beipflichten müssen. In der Berathschlagung über die Rechtmässigkeit oder Unrechtmässigkeit des Verfahrens der angeklagten executiven Gewalt kann gar keine grosse Verschiedenheit der Meinungen herrschen. Zuvörderst muss das Factum klar da liegen und wird es der Natur der Sache nach. Dann ist die Frage bloss die: „Ist dies gerecht oder nicht, soll dies zu ewigen Zeiten gesetzlich für uns sein oder nicht?“ Sie ist kurz und mit einem entscheidenden Ja oder Nein zu beantworten. Es können daher nur zwei Meinungen obwalten, Bejahung oder Verneinung, und ein drittes ist nicht möglich.

Nun ist, vorausgesetzt, dass die Bürger alle wenigstens die gemeine gesunde Urtheilskraft besitzen, über diese Frage sehr leicht zu entscheiden, und sie hat, wie schon oben gezeigt worden, so unmittelbare Beziehung auf jedes einzelnen Wohl oder Wehe, dass sie der Natur der Sache nach fast immer ganz einstimmig wird beantwortet werden und dass man im voraus annehmen kann, dass derjenige, der sie anders beantwortet als die Menge, entweder des gemeinen Urtheiles nicht mächtig oder parteiisch sei. Es wird den Verständigeren obliegen, die von der ersten Classe in der Güte zu berichtigen und sie zur allgemeinen Meinung zu bringen. Ist es nicht möglich, sie zu überzeugen, so machen sie sich sehr verdächtig, unter die letztere Classe zu gehören und schädliche Bürger zu sein. Können sie sich mit dem Ausspruche der Majorität gar nicht vereinigen, so sind sie allerdings nicht verbunden, ihre Sicherheit von einem Gesetze abhängen zu lassen, das sie nicht für Recht erkennen, aber unter einem Volke, das nach diesem Gesetze sich richten lässt, können sie auch nicht länger leben. Sie müssen sich daher aus den Grenzen des Staates wegbegeben, doch unbeschadet ihres Eigenthums, inwiefern dasselbe absolutes Eigenthum ist und sie es mit sich nehmen können. Da dieses seine grossen Unbequemlichkeiten haben dürfte, so ist zu erwarten, dass keiner sie übernehmen werde ausser bei sehr fester Überzeugung, dass der Ausspruch der Majorität die allgemeine Sicherheit zu Grunde richte, dass er daher lieber ihrer Entscheidung beitreten werde, so dass daher der Beschluss einstimmig ausfalle.

III. Carl Wilhelm v. Humboldt,

geb. 22. Juni 1767 † 8. April 1835.

Betrachtung des einzelnen Menschen und der höchsten Endzwecke des Daseins desselben.

Ideen zu einem Versuche, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen.

Zweiter Abschnitt. 1851. Gesammelte Werke. 7. Bd. 1852.

Der wahre Zweck des Menschen, nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welchen die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt, ist die höchste und proportionirlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste und unerlässliche Bedingung. Allein ausser der Freiheit erfordert die Entwicklung der menschlichen Kräfte noch etwas anderes, obgleich mit der Freiheit eng Verbundenes, Mannigfaltigkeit der Situationen. Auch der freieste und unabhängigste Mensch, in einförmige Lagen versetzt, bildet sich minder aus. Zwar ist nun einestheils diese Mannigfaltigkeit allemal Folge der Freiheit, und anderentheils gibt es auch eine Art der Unterdrückung, die, statt den Menschen einzuschränken, den Dingen um ihn her eine beliebige Gestalt gibt, so dass beide gewissermassen eins und dasselbe sind. Indess ist es der Klarheit der Ideen dennoch angemessener, beide von einander zu trennen.

Jeder Mensch vermag auf einmal nur mit einer Kraft zu wirken, oder vielmehr sein ganzes Wesen wird auf einmal nur zu einer Thätigkeit gestimmt. Daher scheint der Mensch zur Einseitigkeit bestimmt, indem er seine Energie schwächt, sobald er sich auf mehrere Gegenstände verbreitet. Allein dieser Einseitigkeit entgeht er, wenn er die einzelnen, oft einzeln geübten Kräfte zu vereinen, den beinahe schon verloschenen, wie den erst künftig hell aufflammenden Funken in jeder Periode seines Lebens zugleich mitwirken zu lassen und statt der Gegenstände, auf die er wirkt, die Kräfte, womit er wirkt, durch Verbindung zu vervielfältigen strebt.

Was hier gleichsam die Verknüpfung der Vergangenheit und der Zukunft mit der Gegenwart wirkt, das wirkt in der Gesellschaft die Verbindung mit anderen. Denn auch durch alle Perioden des Lebens erreicht jeder Mensch dennoch nur eine der Vollkommenheiten, welche gleichsam den Charakter des ganzen Menschengeschlechtes bilden. Durch Verbindungen also, die aus dem Inneren

der Wesen entspringen, muss einer den Reichthum des anderen sich eigen machen.

Eine solche charakterbildende Verbindung ist nach der Erfahrung aller, auch sogar der rohesten Nationen z. B. die Verbindung der beiden Geschlechter. Allein wenn hier der Ausdruck sowohl der Verschiedenheit als der Sehnsucht nach der Vereinigung gewissermassen stärker ist, so ist beides darum nicht minder stark, nur schwerer bemerkbar, obgleich eben darum auch mächtiger wirkend, auch ohne alle Rücksicht auf jene Verschiedenheit und unter Personen desselben Geschlechtes. Diese Ideen, weiter verfolgt und genauer entwickelt, dürften vielleicht auf eine richtigere Erklärung des Phänomens der Verbindungen führen, welche bei den Alten, vorzüglich den Griechen, selbst die Gesetzgeber benutzten und die man oft zu unedel mit dem Namen der gewöhnlichen Liebe und immer unrichtig mit dem Namen der blossen Freundschaft belegt hat. Der bildende Nutzen solcher Verbindungen beruht immer auf dem Grade, in welchem sich die Selbstständigkeit der Verbundenen zugleich mit der Innigkeit der Verbindung erhält. Denn wenn ohne diese Innigkeit der eine den anderen nicht genug aufzufassen vermag, so ist die Selbstständigkeit nothwendig, um das Aufgefasste gleichsam in das eigene Wesen zu verwandeln. Beides aber erfordert Kraft der Individuen und eine Verschiedenheit, die, nicht zu gross, damit einer den anderen aufzufassen vermöge, auch nicht zu klein ist, um einige Bewunderung dessen, was der andere besitzt, und den Wunsch rege zu machen, es auch in sich überzutragen.

Diese Kraft nun und diese mannigfaltige Verschiedenheit vereinigen sich in der Originalität, und das also, worauf die ganze Grösse des Menschen zuletzt beruht, wonach der einzelne Mensch ewig ringen muss und was der, welcher auf Menschen wirken will, nie aus den Augen verlieren darf, ist Eigenthümlichkeit der Kraft und der Bildung. Wie diese Eigenthümlichkeit durch Freiheit des Handelns und Mannigfaltigkeit der Handelnden gewirkt wird, so bringt sie beides wiederum hervor. Selbst die leblose Natur, welche nach ewig unveränderlichen Gesetzen einen immer gleichmässigen Schritt hält, erscheint dem eigengebildeten Menschen eigenthümlicher. Er trägt gleichsam sich selbst in sie hinüber, und so ist es im höchsten Verstande wahr, dass jeder immer in eben dem Grade Fülle und Schönheit ausser sich wahrnimmt, in welchem er beide im eigenen Busen bewahrt. Wie viel ähnlicher aber noch muss die Wirkung der Ursache da sein, wo der Mensch nicht bloss empfindet und äussere Eindrücke auffasst, sondern selbst thätig wird?

Versucht man es, diese Ideen durch nähere Anwendung auf den einzelnen Menschen noch genauer zu prüfen, so reducirt sich in diesem alles auf Form und Materie. Die reinste Form mit der leichtesten Hülle nennen wir Idee, die am wenigsten mit Gestalt begabte Materie sinnliche Empfindung. Aus der Verbindung der Materie geht die Form hervor. Je grösser die Fülle und Mannigfaltigkeit der Materie, je erhabener die Form. Ein Götterkind ist nur die Frucht unsterblicher Eltern. Die Form wird wiederum gleichsam Materie einer noch schöneren Form. So wird die Blüte zur Frucht, und aus dem Samenkorne der Frucht entspringt der neue, von neuem blütenreiche Stamm. Je mehr die Mannigfaltigkeit zugleich mit der Freiheit der Materie zunimmt, desto höher die Kraft, denn desto inniger der Zusammenhang. Die Form scheint gleichsam in die Materie, in die Materie die Form verschmolzen, oder, um ohne Bild zu reden, je ideenreicher die Gefühle des Menschen und je gefühlvoller seine Ideen, desto unerreichbarer seine Erhabenheit. Denn auf diesem ewigen Begatten der Form und der Materie oder des Mannigfaltigen mit der Einheit beruht die Verschmelzung der beiden im Menschen vereinten Naturen und auf dieser seine Grösse. Aber die Stärke der Begattung hängt von der Stärke der Begattenden ab. Der höchste Moment des Menschen ist dieser Moment der Blüte. Die minder reizende einfache Gestalt der Frucht weist gleichsam selbst auf die Schönheit der Blüte hin, die sich durch sie entfalten soll. Auch eilt nur alles der Blüte zu. Was zuerst dem Samenkorne entspriesst, ist noch fern von ihrem Reize. Der volle, dicke Stengel, die breiten, aus einander fallenden Blätter bedürfen noch einer mehr vollendeten Bildung. Stufenweise steigt diese, wie sich das Auge am Stamme erhebt. Zartere Blätter sehnen sich gleichsam, sich zu vereinigen, und schliessen sich enger und enger, bis der Kelch das Verlangen zu stillen scheint. Indess ist das Geschlecht der Pflanzen nicht von dem Schicksal gesegnet. Die Blüte fällt ab, und die Frucht bringt wieder den gleich rohen und gleich sich verfeinernden Stamm hervor. Wenn im Menschen die Blüte welkt, so macht sie nur jener schöneren Platz, und den Zauber der schönsten birgt unserem Auge erst die ewig unerforschbare Unendlichkeit. Was nun der Mensch von aussen empfängt, ist nur Samenkorn. Seine energische Thätigkeit muss es, sei's auch das Schönste, erst auch zum Segenvollsten für ihn machen. Aber wohlthätiger ist es ihm immer in dem Grade, in welchem es kraftvoll und eigen in sich ist.

Das höchste Ideal des Zusammenexistirens menschlicher Wesen

wäre mir dasjenige, in dem jedes nur aus sich selbst und um seiner selbst willen sich entwickelte. Physische und moralische Natur würden diese Menschen schon noch an einander führen, und wie die Kämpfe des Krieges ehrenvoller sind als die der Arena, wie die Kämpfe erbitterter Bürger höheren Ruhm gewähren als die getriebener Miethsoldaten, so würde auch das Ringen der Kräfte dieser Menschen die höchste Energie zugleich beweisen und erzeugen.

Ist es nicht eben das, was uns an das Zeitalter Griechenlands und Roms und jedes Zeitalter allgemein an ein entfernteres, hingeschwundenes so namenlos fesselt? Ist es nicht vorzüglich, dass diese Menschen härtere Kämpfe mit dem Schicksal, härtere mit Menschen zu bestehen hatten, dass die grössere ursprüngliche Kraft und Eigenthümlichkeit einander begegnete und neue wunderbare Gestalten schuf? Jedes folgende Zeitalter — und in wie viel schnelleren Graden muss dieses Verhältniss von jetzt an steigen? — muss den vorigen an Mannigfaltigkeit nachstehen, an Mannigfaltigkeit der Natur, — die ungeheueren Wälder sind ausgehauen, die Moräste getrocknet u. s. f. — an Mannigfaltigkeit der Menschen durch die immer grössere Mittheilung und Vereinigung der menschlichen Werke durch die beiden vorigen Gründe.

Dies ist eine der vorzüglichsten Ursachen, welche die Idee des Neuen, Ungewöhnlichen, Wunderbaren so viel seltener, das Staunen, Erschrecken beinahe zur Schande und die Erfindung neuer, noch unbekannter Hilfsmittel, selbst nur plötzliche, unvorbereitete und dringende Entschlüsse bei weitem seltener nothwendig macht. Denn theils ist das Andringen der äusseren Umstände gegen den Menschen, welcher mit mehr Werkzeugen, ihnen zu begegnen, versehen ist, minder gross, theils ist es nicht mehr gleich möglich, ihnen allein durch diejenigen Kräfte Widerstand zu leisten, welche die Natur jedem gibt und die er nur zu benutzen braucht, theils endlich macht das ausgearbeitetere Wissen das Erfinden weniger nothwendig, und das Lernen stumpft selbst die Kraft dazu ab.

Dagegen ist es unleugbar, dass, wenn die physische Mannigfaltigkeit geringer wurde, eine bei weitem reichere und befriedigendere intellectuelle und moralische an ihre Stelle trat und dass Gradationen und Verschiedenheiten von unserem mehr verfeinten Geiste wahrgenommen und unserem, wenngleich nicht eben so stark gebildeten, doch reizbaren cultivirten Charakter ins praktische Leben übergetragen werden, die auch vielleicht den Weisen des Alterthums oder doch wenigstens nur ihnen nicht unbemerkt geblieben wären.

Es ist im ganzen Menschengeschlechte wie im einzelnen Menschen

gegangen. Das Größere ist abgefallen, das Feinere ist geblieben. Und so wäre es ohne allen Zweifel segenvoll, wenn das Menschengeschlecht ein Mensch wäre oder die Kraft eines Zeitalters eben so als seine Bücher oder Erfindungen auf das folgende überginge. Allein dies ist bei weitem der Fall nicht. Freilich besitzt nun auch unsere Verfeinerung eine Kraft, und die vielleicht jene gerade um den Grad ihrer Feinheit an Stärke übertrifft, aber es fragt sich, ob nicht die frühere Bildung durch das Größere immer vorangehen muss. Überall ist doch die Sinnlichkeit der erste Keim wie der lebendigste Ausdruck alles Geistigen. Und wenn es auch nicht hier der Ort ist, selbst nur den Versuch dieser Erörterung zu wagen, so folgt doch gewiss so viel aus dem vorigen, dass man wenigstens diejenige Eigenthümlichkeit und Kraft nebst allen Nahrungsmitteln derselben, welche wir noch besitzen, sorgfältigst bewachen müsse.

Bewiesen halte ich demnach durch das vorige, dass die wahre Vernunft dem Menschen keinen anderen Zustand als einen solchen wünschen kann, in welchem nicht nur jeder einzelne der ungebundensten Freiheit genießt, sich aus sich selbst in seiner Eigenthümlichkeit zu entwickeln, sondern in welchem auch die physische Natur keine andere Gestalt von Menschenhänden empfängt, als ihr jeder einzelne nach dem Masse seines Bedürfnisses und seiner Neigung, nur beschränkt durch die Grenzen seiner Kraft und seines Rechtes, selbst und willkürlich gibt.

Sorgfalt des Staates für das negative Wohl der Bürger, für ihre Sicherheit.

A. a. O. Vierter Abschnitt.

Wäre es mit dem Übel, welches die Begierde der Menschen, immer über die ihnen rechtmässig gezogenen Schranken in das Gebiet anderer einzugreifen, und die daraus entspringende Zwietracht stiftet, wie mit den physischen Übeln der Natur und denjenigen, diesen hierin wenigstens gleichkommenden moralischen, welche durch Übermass des Geniessens oder Entbehrens oder durch andere, mit den nothwendigen Bedingungen der Erhaltung nicht übereinstimmende Handlungen auf eigene Zerstörung hinauslaufen, so wäre schlechterdings keine Staatsvereinigung nothwendig. Jenen würde der Muth, die Klugheit und Vorsicht der Menschen, diesen die durch Erfahrung belehrte Weisheit von selbst steuern, und wenigstens ist in beiden mit dem gehobenen Übel immer ein Kampf beendet. Es ist daher keine letzte widerspruchslöse Macht nothwendig, welche doch im eigentlichsten Verstande den Begriff des Staates ausmacht.

Ganz anders aber verhält es sich mit den Uneinigkeiten der Menschen, und sie erfordern allemal schlechterdings eine solche eben beschriebene Gewalt. Denn bei der Zwietracht entstehen Kämpfe aus Kämpfen. Die Beleidigung fordert Rache, und die Rache ist eine neue Beleidigung. Hier muss man also auf eine Rache zurückkommen, welche keine neue Rache erlaubt, — und diese ist die Strafe des Staates — oder auf eine Entscheidung, welche die Parteien sich zu beruhigen nöthigt, die Entscheidung des Richters. Auch bedarf nichts so eines zwingenden Befehles und eines unbedingten Gehorsams als die Unternehmungen der Menschen gegen den Menschen, man mag an die Abtreibung eines auswärtigen Feindes oder an Erhaltung der Sicherheit im Staate selbst denken. Ohne Sicherheit vermag der Mensch weder seine Kräfte auszubilden noch die Frucht derselben zu geniessen. Denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit. Es ist aber zugleich etwas, das der Mensch sich selbst allein nicht verschaffen kann. Dies zeigen die eben mehr berührten, als ausgeführten Gründe und die Erfahrung, dass unsere Staaten, die sich doch, da so viele Verträge und Bündnisse sie mit einander verknüpfen und Furcht so oft den Ausbruch von Thätlichkeiten hindert, gewiss in einer bei weitem günstigeren Lage befinden, als es erlaubt ist, sich den Menschen im Naturstande zu denken, dennoch der Sicherheit nicht geniessen, welcher sich auch in der mittelmässigsten Verfassung der gemeinste Unterthan zu erfreuen hat.

Wenn ich daher in dem dritten Abschnitte die Sorgfalt des Staates darum von vielen Dingen entfernt habe, weil die Nation sich selbst diese Dinge gleich gut und ohne die bei der Besorgung des Staates miteinfließenden Nachtheile verschaffen kann, so muss ich dieselbe aus gleichem Grunde jetzt auf die Sicherheit richten als das einzige, welches der einzelne Mensch mit seinen Kräften allein nicht zu erlangen vermag. Ich glaube daher den Grundsatz aufstellen zu können, dass die Erhaltung der Sicherheit sowohl gegen auswärtige Feinde als innerliche Zwistigkeiten den Zweck des Staates ausmachen und seine Wirksamkeit beschäftigen muss.

Diese Behauptung wird auch durch die Geschichte so sehr bestätigt, dass in allen früheren Nationen die Könige nichts anderes waren als Anführer im Kriege oder Richter im Frieden. Ich sage: die Könige. Denn — wenn mir diese Abschweifung erlaubt ist — die Geschichte zeigt uns, wie sonderbar es auch scheint, gerade in der Epoche, wo dem Menschen, welcher, mit noch sehr wenigem Eigenthum versehen, nur persönliche Kraft kennt und schätzt und

in die ungestörteste Ausübung derselben den höchsten Genuss setzt, das Gefühl seiner Freiheit das Theuerste ist, nichts als Könige und Monarchieen, — so alle Staatsverfassungen Asiens, so die ältesten Griechenlands, Italiens und der freiheitliebendsten Stämme, der germanischen.

Denkt man über die Gründe hiervon nach, so wird man gleichsam von der Wahrheit überrascht, dass gerade die Wahl einer Monarchie ein Beweis der höchsten Freiheit der Wählenden ist. Der Gedanke eines Befehlshabers entsteht, wie oben gesagt, nur durch das Gefühl der Nothwendigkeit eines Anführers oder eines Schiedsrichters. Nun ist ein Führer oder Entscheider unstreitig das zweckmässigste. Die Besorgniss, dass der eine aus einem Führer und Schiedsrichter ein Herrscher werden möchte, kennt der wahrhaft freie Mann, die Möglichkeit selbst ahnt er nicht. Er traut keinem Menschen die Macht, seine Freiheit unterjochen zu können, und keinem Freien den Willen zu, Herrscher zu sein, — wie denn auch in der That der Herrschsüchtige, nicht empfänglich für die hohe Schönheit der Freiheit, die Sklaverei liebt, nur dass er nicht der Slave sein will, — und so ist, wie die Moral mit dem Laster, die Theologie mit der Ketzerei, die Politik mit der Knechtschaft entstanden. Nur führen freilich unsere Monarchen nicht eine so honigsüsse Sprache als die Könige bei Homer und Hesiodus.

IV. Friedrich Carl v. Moser,

geb. 18. December 1723 † 10. November 1798.

Die Folgen der militärischen Regierungsart.

Der Herr und der Diener. 1759. Ausgabe von 1761. S. 45—59.

Das despotische Wesen vieler unserer deutschen Herren, die harte Behandlung ihrer Unterthanen, die mannigfaltige Übertretung der heiligsten Versprechungen und Verbindungen mit ihren Landständen, die Unwissenheit der meisten Regenten in ihren eigentlichen Pflichten, deren oft wissentliche Hintansetzung und die übertriebene Erhöhung ihrer billigen und in sich allemal unverletzlichen Rechte nebst so vielen anderen Zeichen böserer Zeiten haben wir meistentheils der militärischen Regierungsart zu danken.

Der Hof zu Berlin hat deren Modell von dem französischen

genommen, und jener hat je länger, je mehr die Ehre, von anderen deutschen Herren mit mehr oder minder glücklichem Erfolge copirt zu werden. Die preussische Hof-, Kriegs- und Cameralverfassung gleicht Scanderbegs berühmtem Säbel; sein Arm gehörte mit dazu. Die erste nachzuahmen, ist rühmlich, die zweite, unmöglich und, wo es möglich wäre, für Deutschlands Glück nie zu wünschen, und die dritte zum einigen Muster zu nehmen, gibt viele thörichte Versuche und ist gemeiniglich mit dem Profit begleitet, den man von den Äckern zieht, welchen man durch erkünstelte Hilfsmittel zumuthet, noch einmal so viel zu tragen, als sie seit Erschaffung der Welt alljährlich getragen haben. Die Erde ist so willig und erträgt's zwei, drei Jahre und hernach gar nichts mehr.

Ohne nun in die Moralität dieses Systems hineinzugehen, welches Monarchieen gross und kleine Staaten arm machen kann, will ich nur mit einigen Zügen die Folgen bezeichnen, welche es auf die Gesinnungen eines Regenten hat.

Ich fange bei der Person selbst an. Die militärische Regierungsform behauptet: „Ein Prinz muss dienen“, d. i. er muss ein guter Soldat werden. Ein nützlicher Satz in einem monarchischen Staate! Der Müssiggang der Prinzen ist eine Quelle innerlicher Unruhen. Frankreich hat die öfteren und traurigen Proben davon gesehen. Der flüchtige Geist dieses Volkes will eine immerwährende Beschäftigung haben, und es ist eine mehrmalige, obwohl nicht genannte, doch wahre Bewegursache des Krieges gewesen, der darum angefangen worden, um dem gährenden Blute der Nation durch einige solcher Aderlässe Luft zu schaffen. Die Lehre vom Kriegsadel ist ein regierender Grundsatz in Frankreich. Eine junge Standesperson wird nicht geachtet, wenn sie nicht einigen Feldzügen mitbeigewohnt hat. König Friedrich Wilhelm in Preussen musste bei dem Vorsatze, den Adel seines Landes an sein kriegerisches und Finanzsystem zu gewöhnen, bei seinen Prinzen in beidem den Anfang machen. Wahrscheinlich ist es nun eine Erbmaxime dieses Hofes, deren Abänderung wir wenigstens nicht erleben werden.

Ganz anders verhält es sich mit den Höfen, an welchen dieser Grundsatz gleichmässig adoptirt worden. Da mein Augenmerk bloss auf die zur Erbfolge in der Regierung eines Landes bestimmten Prinzen mit Ausschliessung der nachgeborenen Herren gerichtet ist, so will ich auch nur einige Folgen anführen, welche die Erfahrung in Ansehung ihrer darlegt.

Ich lasse es als nützlich an seinem Orte stehen, dass ein Erbprinz, der wahrscheinlich erst nach einer langen Reihe von Jahren

zur Regierung der väterlichen Lande kommt, sich in der Jugend im Felde der Helden versucht. Er sieht Ordnung, er lernt Subordination, Gehorsam und Pünctlichkeit in den Geschäften, er wird gewöhnt, gegen andere, die ihm an Geburt nicht gleich, aber an Verdienst und Ehrenstellen höher sind, ehrerbietig und gegen Gleiche höflich zu werden, und der Nationalstolz, den man den deutschen Fürsten- und Herrenkindern Schuld gibt, wird kräftiger als durch alle Sittenlehren gedämpft.

Wenn es aber bis an, ja in die Regierungsjahre selbst fortwährt und mit Hintansetzung der Erlernung anderer, weit nöthigerer Regentenpflichten verbunden ist, so lernt er zuvörderst und nur allzuleicht diejenige Art zu befehlen, welche dem Kriegsstande eigen ist und nur in demselben ohne Schaden Platz findet. Er gewöhnt sich, von seinen Ministern, Räthen und Unterthanen denjenigen blinden, unbedingten und keiner Überlegung oder Widerspruch Raum lassenden Gehorsam zu verlangen, den man einem in die Tranchéen commandirten Officier und zum Sturmlaufen ausersehenen Soldaten zumuthen kann.

Die Pünctlichkeit des Dienstes, den man im Kriegsstande von den Subalternen fordern kann und muss, und der rechtmässige Eigensinn eines Generals, gegen welchen der Untergebene nicht so viel Verstand brauchen darf, um zu untersuchen, ob die Sache klug und recht gethan sei, sondern desto mehr Willen haben muss, das Anbefohlene gleich und ohne Widerrede zu thun, macht Regenten, die, also gebildet, in jungen oder mittleren Jahren zur Regierung kommen, spröd, hart und unleidlich, um mit und unter ihnen in lauter Sachen zu arbeiten, wobei es oft auf den Willen am allerwenigsten, sondern auf eine langsame, reife und geduldige Überlegung, auf öftere Umschmelzung des Planes, auf Prüfung aller Gegengründe etc. ankommt, wobei es nicht genug ist, etwas auf Gerathewohl zu thun, um sich's wie bei einer Bataille hernach gleichgültig sein zu lassen, ob etliche Tausende dadurch unglücklich werden.

Diese Denkungsart wirkt ferner vielmals eine schädliche Geschwindigkeit in Behandlung der Regierungsgeschäfte. Solche Herren meinen dann immer, ein Land liesse sich just so hantiren wie ein Regiment auf dem Paradeplatze. Sie bedenken nicht den Unterschied zwischen der Arbeit des Geistes eines Ministers und der oft bloss machinalischen Bemühung eines Officiers. Es soll alles eins, zwei, drei wie beim Exerciren gehen, und da es nicht so gehen kann noch wird, so sind Herr und Diener tapfer mit einander geplagt.

Da im Kriege Gewalt vor Recht geht und auch ein rechtschaffener General aus Befehl und Noth vieles thun muss, das er für seine Person lieber ungeschehen sein liesse, so erlöschen bei einem langen Kriegsdienste allmählich die zarten und menschenliebenden Empfindungen, und es legt sich eine gewisse Härte in dem Gemüthe an, welche einen Herrn, solange er lebt, nicht leicht wieder verlässt, wenn ihm nicht eine besondere Güte des Temperaments zu Statte kommt. Man spürt es durch die ganze Regierung durch. Hat ein Herr Streitigkeiten mit Benachbarten, so will er sein Recht militärisch ausgeführt wissen. Er greift es da an, wo sonst andere aufhören. Die Minister thuen Vorstellungen, der Herr will aber parirt sein. Es erfolgt ein ganz Wetter von *mandatis sine clausula*, Decreten, Rescripten etc. Er ist so ruhig dabei als unter dem Donner der Kanonen. Er plagt die Kammer und das Land mit tausenderlei Anforderungen. Es geschieht eine Vorstellung über die andere. Sie sollen aber nicht *raisonniren*. Der Fürst ist nicht gewohnt, von seinen einmal wohlüberlegten Befehlen abzugehen. Er will unter den grässlichsten Bedrohungen gehorsam sein. Er nimmt alles auf den Fuss: „Ich lass' mich nicht zwingen!“ und sieht alle, mit denen er zu thun hat, als eine Art von Feinden an, und er beweist sich hinwiederum so gegen andere.

Das viele Elend, das man im Kriege täglich sieht, macht hart und unempfindlich gegen die Noth, Armuth und Elend der eigenen Unterthanen. Wo wäre es sonst möglich, dass man sie so hart, ja — ich sage es kraft der deutschen Freiheit — so tyrannisch behandeln könnte, als in einigen deutschen Provinzien geschieht!

Diese Manieren des Herrn breiten sich allmählich über die ganze Dienerschaft aus, und die ganze Art der Behandlung der Unterthanen bekommt eine solche Gestalt, dass Herrschaften nur noch bloss die Worte Hoheit und Niedrigkeit kennen. Sie messen alles nach dem ersten ab und glauben, dass alles, was davon abgeht, niedrig und als ein Eingriff in ihren hohen Stand anzusehen sei. Allein wir haben ein so gelindes Wort zwischen beide zu setzen, welches die Güte heisst. Vergebens sucht man die in einem Lande, das nach militärischen Grundsätzen regiert wird.

Eine fernere Anmerkung kann ich mit Stillschweigen nicht vorbeigehen. Wenn bei einem Herren der sog. Dienst zur Passion geworden ist, so setzt sich nach und nach der Gedanke fest: „Ein Herr ist nur alsdann gross, wenn er viele Soldaten hat.“ Man spart an sich, an Gemahlin und Kindern, an Besoldungen der Diener und Belohnung der Verdienste; da ist aber nichts zu viel, was auf den

Militäretat geht. Man hält es als ein Hoheitsrecht, alle nur zu erübrigenden Einkünfte in Spiesse und Schwerter und jeden neugeborenen Unterthan in einen Soldaten zu verwandeln. Es ist wahr, man hätte zu * * besser gethan, anstatt der kostbaren und unnützen Thiere zur Opera Dragonerpferde zu kaufen und die auf widernatürliche Delicatessen und andere Schwelgereien verschwendeten ungeheueren Summen zu Besoldung und Unterhalt der reducirten Truppen anzuwenden. In diesem Falle der betrübten Nothwendigkeit sind aber die wenigsten deutschen Herren. Es ist ihr freier Willen, ob sie viel oder wenig Truppen halten wollen, und bei den meisten heisst es dann doch: „Es ist für den Schimpf zu viel und für den Ernst zu wenig.“ Ein mittelmässiger und die Kräfte des Landes nicht überspannender Truppenetat ist der jetzigen Verfassung Deutschlands gemäss und einem Lande nicht zum Schaden. Wenn man aber Soldaten, Jäger, Comödianten, Operisten und Mätressen zusammen halten, prächtig leben, prächtig bauen und alles haben will, was die grössten Herren der Welt haben, dann gnade Gott dem mit einem solchen Regenten gestraften Lande!

Die Politik führt hierin eine andere Sprache: „Ohne Truppen spielt man keine grossen Rollen in der Welt, man kann an keine Verbindungen mit auswärtigen Mächten, an keine Vergrösserungen gedenken.“ Ein deutscher Fürst hat sich bei Subsidientractaten noch allemal wohl befunden, und wo könnte man in manchem Lande an Commerciën gedenken, wenn nicht der Menschenhandel noch übrig wäre! Ich rede nur als ein Patriot, und in diesem Charakter darf ich den Staatsmann getrost auffordern, das deutsche Land zu nennen, welches von Subsidientractaten noch jemals einen Nutzen gehabt hat. Wem ist aber ein Fürst die höchsten, nächsten und ersten Rücksichten schuldig? Sich selbst oder dem Lande?

Es ist keine Kunst, zu thun, was man will. Der Fürst ist aber edel gesinnt, der nichts anderes thut, als was er soll. Und ach! wie selten sind diese anzutreffen.

V. Justus Möser,

geb. 14. December 1720 † 8. Januar 1794.

Wann und wie mag eine Nation ihre Constitution ändern?

Westfälische Beiträge. 1791. Nr. 37. Sämmtliche Werke. 2. Ausgabe. 5. Theil. 1858. S. 177—180.

Eine jede Nation, hört man jetzt vielfältig sagen, sei allemal befugt, sich, wenn es ihrer Meinung nach das allgemeine Beste erfordert, von neuem zu formen und sich über alle bis dahin bestandenen Rechte und Verträge hinwegzusetzen. Gegen diese ihre Machtvollkommenheit schütze weder der Titel des Eigenthums noch der des längsten Besitzes. Nur in einer bestehenden Staatsverfassung seien die Gesetze heilig, welche dabei ehemals zum Grunde gelegt worden, aber in einer jetzt zu errichtenden oder neu zu formenden Constitution könne die Nation mit eben dem Rechte davon abgehen, womit sie eine solche vorhin angenommen habe, und es hänge einzig und allein von ihr ab, ob sie solche beibehalten oder verwerfen, jedem ein Eigenthum gestatten oder in völliger Gemeinschaft leben wolle. Aber keiner gedenkt der Frage, wo und was nun die Nation sei, welche so grosse Befugnisse habe. Und doch hängt von der Beantwortung derselben die Richtigkeit jenes Schlusses vorzüglich ab.

Sind es gleiche Theilhaber oder gemeinschaftliche Eigenthümer einer Colonie, welche ihre Constitution verändern oder neu formen, so ist gegen jene Grundsätze nichts zu sagen. Die, welche ein Gesetz gegeben oder einen Vertrag mit einander gemacht haben, können der Regel nach auch davon wieder abgehen, soweit es ohne Nachtheil eines dritten geschehen mag. Und wenn z. B. eine Seehandlungscompagnie sich trennt, ihre Schiffe, Magazine und Eroberungen verkauft oder zu anderen Zwecken verwendet, so hat niemand dagegen etwas zu erinnern. Allein wo findet sich die Colonie oder der Staat, worin alle Einwohner gleichberechtigt sind?

Soviel wir aus der Erfahrung wissen, sind überall, wenigstens in Europa, in jede Colonie — Rousseau mag sagen, was er will — einige früher und andere später gekommen oder geboren. Und wo die ersten alles erobert hatten, da war es unmöglich, dass die letzteren mit den ersten zu gleichen Rechten gelangen konnten. Die letzteren mussten nothwendig, solange sie das Recht der ersten

Eroberung gelten liessen, von den ersten die Erlaubniss sich niederzulassen suchen, von ihnen das Land, was sie gebrauchten, in Erbzins, Pacht oder Steuer nehmen und sich jede Bedingung, wäre es auch die Leibeigenschaft gewesen, gefallen lassen.

Überall, in allen Ländern, Städten und Dörfern ist — nach der Erfahrung und demjenigen, was wir vor Augen haben, zu urtheilen — ein doppelter Socialcontract entstanden, einer, welchen die ersten Eroberer unter sich geschlossen, und ein anderer, den diese ihren Nachgeborenen oder späteren Ankömmlingen zugestanden haben. Beide Theile stehen als Contrahenten gegen und neben einander. Und wenn sie gleich unter dem Ausdrücke Nation vereinigt sind, so ist dadurch jener augenscheinliche Unterschied kenntlich nicht gehoben. Es würde vielmehr die offenbarste Erschleichung sein, wenn die letzteren oder die Minderberechtigten ein Menschenrecht aufstellen, durch ihre Mehrheit die bisherige Constitution aufheben und sich als gleichen Menschen mit den ersteren gleiche Rechte beilegen wollten. Es würde dieses eben so sein, als wenn die englische Nation oder das Parlament, wäre es auch darüber einstimmig, die ostindischen Compagnieen aufheben oder alle geborenen Engländer in Actionäre verwandeln wollte.

Sowenig demnach eine Nation, welche aus so verschiedenen Contrahenten besteht, ihre Constitution nach Gefallen durch die Mehrheit der Stimmen verändern mag, eben so wenig kann sie auf diese Art über die erschleichungsweise sog. Nationalgüter disponiren. Denn angenommen, wie man es wohl annehmen kann, dass die ersten Eroberer einen Theil Landes für einen König oder ein anderes Oberhaupt ausgesetzt, dass sie diesem Oberhaupte auf ihrem Eigenthum gewisse Rechte unter dem Namen von Regalien eingeräumt, dass sie auch ein Loos für ihren Bischof, für ihren Pfarrer und für andere gute Stiftungen bewilligt haben, wie mögen die Mitglieder des zweiten Socialcontracts, solange es ihnen nicht ausdrücklich zugestanden ist, daran einigen Antheil nehmen? Weiter angenommen, wie es ein jeder, der auf den wahren Grund zurückgeht, sicher annehmen wird, dass der eigentliche Erbadel nichts anderes sei oder doch nichts anderes sein sollte als die Ehre, ein Mitglied des ersten Contracts zu sein, mit welchem Rechte kann denn die Menge unter dem Namen Nation ihm diese Ehre nehmen, ohne ihn zugleich, was sie doch nicht will, seines echten Eigenthums, als wovon diese Ehre unzertrennlich ist, zu berauben?

Es war eine Zeit, wo den ersten Contrahenten die ganze Last der gemeinen Vertheidigung oblag und worin die Mitglieder des

zweiten Contracts zu ihnen mit dem vollkommensten Rechte sagten: „Wenn wir unseren Zins oder unsere Pacht oder unser Schutz- und Schirmgeld bezahlen, so haben wir unseren Contract erfüllt, und Ihr mögt zusehen, wie Ihr davon fertig werdet. Die gemeine Vertheidigung ist die Sache der Eigenthümer.“ Hier hätten die ersten die letzteren nach dem jetzigen Rechte der Menschheit zwingen können, mit ihnen unters Gewehr zu treten. Aber jene begnügten sich viele Jahrhunderte hindurch mit Bitten oder sog. Beeden. Und wie diese endlich zu häufig kamen, gingen sie mit den letzteren einen neuen Contract ein, welcher die Landstandhaft genannt wurde. Und dieser ward nach dem ewigen Naturgesetze der mindesten Aufopferung, nicht aber mit gänzlicher Aufhebung der bisherigen Constitution geschlossen. So handelten vernünftige, von der Erfahrung und nicht von blosser Theorie geleitete Nationen, um die allgemeine Glückseligkeit zu erhalten und dem Kriege zuvorzukommen, wozu der durch die Mehrheit angegriffene oder überwältigte Theil unstreitig berechtigt ist, sobald jene bloss nach ihrer Macht verfährt und den Contract bricht, welcher nicht anders als durch ein gemeinschaftliches Einverständniss aufgehoben werden kann.

Das Lob, welches Gudin dagegen der neuen französischen Constitution ertheilt, wenn er sagt: „L'assemblée nationale y est parvenue, en s'attachant à une idée unique, d'autant plus grande et plus majestueuse qu'elle est plus simple. Elle a rendu à l'homme ses droits, elle a reconnue sa dignité, et toutes les vaines grandeurs se sont éclipsées devant elle“ gilt von jedem Gärtchen, worin der Gärtner, um sich seine Botanik ins kleine zu bringen, nur Blumen, und wären es auch die edelsten, von einerlei Art und Farbe duldet. Und Montesquieu behauptete mit Recht, dass diese idées simples et uniques der helle Weg zum monarchischen — und so auch wohl zum demokratischen — Despotismus wären.

VI. Friedrich v. Gentz,

geb. 2. Mai 1764 † 9. Juni 1832.

Aus dem Sendschreiben an Friedrich Wilhelm III.

Zuerst 1797. Schriften. 2. Theil. 1838. S. 16—21. S. 28—32.

Das erste Verhältniss des Staates, welches sich unserem Auge darbietet, ist das, worin er als ganzer Staat auftritt, sein Verhältniss

gegen andere Staaten. Nach der Natur der Dinge sollte es nur den zweiten Rang behaupten, aber bei der Lage, in welcher Europa sich befindet, bei der wechselseitigen engen Verbindung, die das Völkersystem dieses Welttheiles seit einigen Jahrhunderten gestiftet, bei der unvermeidlichen Einwirkung eines Staates auf die anderen, die dies wohlthätige und gefahrvolle System geschaffen hat, sind die auswärtigen Verhältnisse eines Reiches die wesentliche Bedingung seiner inneren Wohlfahrt und fast ohne Ausnahme die erste Quelle, woraus sein Glück oder sein Verderben herfließt, geworden. Die Leitung dieser Verhältnisse behauptet daher, wenn nicht uneingeschränkt den ersten, doch gewiss einen sehr hohen Rang unter den Staatsgeschäften.

Nach allem, was die Vernunft über die Kriege gelehrt, nach allem, was die schrecklichsten Erfahrungen, was die noch frisch blutende der sechs entsetzlichen Jahre, die Europa durchlebte, zur Bestätigung ihrer Lehren gesagt hat, wäre jede Schilderung der Schrecklichkeit dieses Übels eitele Declamation. Es gab eine Zeit, wo man von Vortheilen sprach, die durch Kriege erkaufte werden könnten. Eine aufgeklärtere Staatskunst hat diese Idee in das Reich der Träume, der verführerischen Träume verwiesen. Es gibt keinen positiven Vortheil, der nicht durch einen Krieg viel zu theuer erkaufte wäre. Nur negativer Gewinn, nur Abwendung grösserer Übel, der wenigen noch grösseren, welche die Vernunft anerkennt, nur wahre, eiserne Nothwendigkeit können und müssen den Entschluss zum Kriege begründen und rechtfertigen. Jede andere Lehre ist nicht bloss verderblich, sondern frevelhaft.

Den Krieg abzuwenden, das muss also der Richtpunct aller politischen Massregeln, das Ziel aller militärischen Anstrengungen, der letzte Gipfel aller diplomatischen Weisheit sein. Auf diesen erhabensten aller Zwecke müssen Macht und Klugheit in unablässiger Vereinigung hinarbeiten.

Die erste Bedingung aber für einen grossen Staat, der bei der jetzigen politischen Lage von Europa den Krieg vermeiden will, ist die, dass er beständig dazu gerüstet sei. Denn wenngleich seine Gerechtigkeit hinreicht, ihn gegen gerechte Angriffe sicher zu stellen, so kann nur seine Furchtbarkeit allein ihn vor den ungerechten schützen. Ein starkes und geübtes Heer ist also noch immer Präliminarbedingung des Ruhestandes.

Ew. Majestät besitzen ein solches Heer, das trefflichste, das geehrteste, dessen sich irgend ein europäischer Staat zu rühmen hat. Dieses Heer ist ein halbes Jahrhundert lang das Muster für

Europa gewesen. Der schöpferische Geist des grössten Generals, den die Kriegsgeschichte der neueren Zeit, und eines der grössten Männer, den die Weltgeschichte aller Zeiten aufzuweisen hat, weht und athmet in diesem Heere. Unsere Fürsten standen und stehen noch an der Spitze desselben. Von dieser Seite bleibt uns nichts mehr zu wünschen übrig. Die Lage des Staates erlaubt und die innere Vollkommenheit der Armee erheischt keine Hauptveränderung in der Manneszahl, in der Disciplin, in der Organisation derselben. Die militärische Weisheit kann dieses kostbare und ehrwürdige Werkzeug unserer politischen Sicherheit nach Umständen und Bedürfnissen modificiren, wird es aber nicht leicht umgestalten.

Bei den musterhaften Anordnungen, welche diese Armee in fast ununterbrochener Übung erhalten, bei der rastlosen Thätigkeit, die diese Anordnungen unaufhörlich belebt, bei der Höhe der taktischen Kunst, die sie einmal und für immer erreicht hat, bei dem stolzen Bewusstsein, bei dem feurigen Ehrgefühle, welches allen Mitgliedern derselben, den höheren wie den niedrigeren, beiwohnt, kann auch der anhaltendste Frieden ihr nicht gefährlich werden. Ein Feldzug ist nur die Fortsetzung ihrer täglichen Operationen, nur die unmittelbare Anwendung dessen, was längst bei ihr zur anderen Natur geworden war. Sie wird nach zwanzig-, nach fünfzigjähriger Ruhe, sobald die ernste Stunde der wahren Kriegsnothwendigkeit, Vertheidigung des Vaterlandes gegen ungerechten Angriff, schlägt, nichts weiter zum Siege nöthig haben als gute Feldherren, und diese sind in dem Hause Friedrichs II. so einheimisch, in dem Wirkungskreise, den sein Andenken beseelt, so unvergänglich als sein Ruhm.

Die militärische Macht muss auswärtigen Staaten die Neigung, aber die diplomatische Klugheit muss ihnen mit der Neigung auch selbst die Veranlassung zu Feindseligkeiten benehmen.

Wenn der Staat durch ein mächtiges Kriegsheer in die glückliche Lage gesetzt ist, den Krieg nicht fürchten zu dürfen, und durch weise Leitung der auswärtigen Verhältnisse in die noch viel glücklichere, ihn anhaltend zu vermeiden, alsdann kann sich die ganze Aufmerksamkeit des Monarchen auf die Bedürfnisse der inneren Verwaltung richten.

Von allem, was Fesseln scheut, kann nichts so wenig sie ertragen als der Gedanke des Menschen. Der Druck, der diesen trifft, ist nicht bloss schädlich, weil er das Gute verhindert, sondern auch,

weil er unmittelbar das Böse befördert. Von Religionszwang darf hier die Rede nicht mehr sein. Er gehört zu den veralteten Übeln, worüber zu einer Zeit, wo weit eher die gänzliche Entkräftung religiöser Ideen als ein fanatischer Missbrauch derselben zu besorgen ist, nur noch seichte Schwätzer declamiren. Mit der Freiheit der Presse verhält es sich anders. Von einer falschen, durch die Zeitumstände wenigstens entschuldigten Ansicht geleitet, könnten hier selbst weisere Männer ein System begünstigen, welches, aus seinem wahren Standpunct betrachtet, dem Interesse der Regierung nachtheiliger ist, als es je, auch in seiner schlimmsten Ausdehnung, den Rechten des Bürgers werden kann.

Was ohne alle Rücksicht auf andere Gründe jedes Gesetz, welches Presszwang gebietet, ausschliessend und peremptorisch verdammt, ist der wesentliche Umstand, dass es seiner Natur nach nicht aufrecht erhalten werden kann. Wenn neben einem jeden solchen Gesetze nicht ein wahres Inquisitionstribunal wacht, so ist es in unseren Tagen unmöglich, ihm Ansehen zu verschaffen. Die Leichtigkeit, Ideen ins Publicum zu bringen, ist so gross, dass jede Massregel, die sie beschränken will, vor ihr zum Gespötte wird. Wenn aber Gesetze dieser Art auch nicht wirken, so können sie doch erbittern, und das ist eben das verderbliche, dass sie erbittern, ohne zu schrecken. Sie reizen gerade diejenigen, gegen welche sie gerichtet sind, zu einem Widerstande, der nicht immer nur glücklich bleibt, sondern am Ende sogar rühmlich wird.

Die armseligsten Producte, denen ihr innerer Gehalt nicht ein Leben von zwei Stunden sichern würde, drängen sich in den Umlauf, weil eine Art von Muth mit ihrer Hervorbringung verknüpft zu sein scheint. Die nüchternsten Scribenten fangen an, für helle Köpfe zu gelten, und die feilsten erheben sich auf einmal zu Märtyrern der Wahrheit. Tausend böartige Insecten, die ein Sonnenstrahl der Wahrheit und des Genies verscheucht hätte, schleichen sich jetzt, begünstigt von der Finsterniss, die man ihnen geflissentlich schuf, an die unbewahrten Gemüther des Volkes und setzen ihr Gift, als wäre es eine verbotene Kostbarkeit, bis auf den letzten Tropfen ab. Das einzige Gegengift, die Producte der besseren Schriftsteller, verliert seine Kraft, weil der Ununterrichtete nur allzuleicht den, welcher von Schranken spricht, mit dem verwechselt, welcher die ungerechten gutheisst.

Nicht also, weil der Staat oder die Menschheit dabei interessirt wäre, ob in diesem von Büchern umfluteten Zeitalter tausend Schriften mehr oder weniger das Licht erblicken, sondern weil Ew.

Majestät zu gross sind, um einen fruchtlosen und eben deshalb schädlichen Kampf mit kleinen Gegnern zu kämpfen, darum sei Pressfreiheit das unwandelbare Princip Ihrer Regierung. Für gesetzwidrige Thaten, für Schriften, die den Charakter solcher Thaten anziehen, müsse jeder verantwortlich, streng verantwortlich sein, aber die blossе Meinung finde keinen anderen Widersacher als die entgegengesetzte und, wenn sie irrig ist, die Wahrheit. Nie kann dies System einem wohlgeordneten Staate Gefahr bereiten, nie hat es einem solchen geschadet. Wo es verderblich wurde, da war die Zerstörung schon vorangegangen, und der gefräßige Schwarm wuchs nur aus der Verwesung hervor!

Wenn dem Bürger eines Staates alles, was zum erlaubtem Genusse des Lebens und zur Entwicklung seiner Kräfte gehört, offen steht; wenn er, gegen die Angriffe auswärtiger Feinde geschützt, sein frei gewähltes Gewerbe in ungestörter Ruhe betreiben kann; wenn ihm eine strenge, unparteiische, durch keinen Eingriff der Willkür gehemmte Rechtsverwaltung die Garantie seines Eigenthums und die beruhigende Aussicht gewährt, dass nie einer seiner Mitbürger mächtiger sein wird als die Gesetze; wenn billige, gleichförmige, nach einfachen Grundsätzen geordnete, ohne Druck und Chicane erhobene Abgaben ihm nur so viel von seinen Einkünften entziehen, als zur Erhaltung des Staates erforderlich ist, und eine weise und gewissenhafte Administration die zweckmässige Verwendung seiner Beiträge verbürgt; wenn keine ungerechten oder überverstandenen Einschränkungen ihn hindern, seine Fähigkeiten, seine Kenntnisse, sein Vermögen nach eigener Neigung und Einsicht, nach der Idee, die er selbst von seinem Vortheile hat, zu benutzen; wenn er überdies seine Gedanken über alles, was ihn umgibt, vortragen und seinen Zeitgenossen sogar seine Irrthümer und seine Grillen mittheilen darf; wenn endlich die Regierung die edele Bereitwilligkeit, das, was noch in der Organisation des Staates fehlerhaft sein möchte, zu verbessern, durch Thaten darlegt, — dann ist alles erschöpft, was der Mensch in der bürgerlichen Gesellschaft suchte.

Die Vereinigung dieser Güter, aber auch nur die Vereinigung derselben, füllt die ganze Sphäre der Wünsche und Erwartungen eines vernünftigen Wesens aus. Die, welche lehren möchten, dass es mit etwas weniger gethan sei, sind geheime Bundesgenossen oder unbewusste Mitarbeiter derer, welche mehr verlangen. Wer aber mehr verlangt, ist ein Feind der Ordnung, des Friedens, der mühsam erworbenen Schätze

einer langen Cultur, ein Feind der fortschreitenden Vervollkommnung des Menschen, ein Feind Ewr. Majestät und des Vaterlandes!

Der Inbegriff dieser Güter ist die bürgerliche Freiheit, die unter einer monarchischen Verfassung bis zu ihrer höchsten Reife gedeihen kann. Was jenseits derselben liegt, davon trennen uns fürchterliche Abgründe, undurchdringliche Nächte, das grauenvolle Chaos allgemeiner Zerrüttung, das Interregnum aller sittlichen Grundsätze, ein wüster Schauplatz von Trümmern, Thränen und Blut! — Mehr als ein unglückliches Volk ist vor unseren Augen in diesen bodenlosen Schlund gestürzt und hat mit einer Masse von Elend, worunter die Einbildungskraft erliegt, die Fehler seiner Regierung oder die Schuld seiner eigenen Thorheiten gebüsst. Vor diesem letzten und grössten aller Übel wird uns auf immer Preussens guter Genius bewahren.

VII. Johannes v. Müller,

geb. 3. Januar 1752 † 29. Mai 1809.

Aus Deutschlands Erwartungen vom Fürstenbunde.

Zuerst 1788. Sämmtliche Werke. 24. Theil. 1833. S. 260—264. S. 273—275.

Wir Deutschen sowie alle unsere Brüder in der weiten Welt möchten gern glücklich sein, mit anderen Worten, gesichert bei dem, was jeder hat und ist, damit Besitzthum und Besitzer ungestört und munter wachse. Gegen diesen untadelhaften Wunsch stritten von je her die unersättlichen Leidenschaften und besonders die Gewaltthätigkeit einiger Sterblichen, denen viel anvertraut war und die alles verschlingen, alles ihrer Willkür und Laune dienstbar machen wollten.

Es versteht sich von selbst, dass niemand schuldig ist, dergleichen zu erdulden, und es ist weltkundig, dass wir nervichte Arme und eine eiserne Brust haben und den Tod im Felde nicht fürchten, so dass wir uns wohl hätten losmachen können. Allein jene Krähe, von der Suetonius meldet, sie habe zu Domitians Zeiten auf dem Capitol gesessen und geschrieen: „Es wird alles gut werden!“ scheint hierauf nach unserem lieben Vaterlande geflogen zu sein, wo sie eine zahlreiche Nachkommenschaft hinterlassen hat, die zu solchen Ehren stieg, dass vielfältig Professoren, Comitial-

gesandte und Staatsminister aus derselben erwählt worden sind, die seit Jahrhunderten schreien: „Es wird nächstens alles gut werden!“

Dieser Wundervogel, dessen Zauberstimme unsere erstaunliche Gelehrsamkeit, Gravität, publicistische Staatskunde, den ganzen altberühmten germanischen Verstand nun schon so lange betäubt, scheint gewisse periodische Zeiten zu halten, da auf einmal ein ganzes grosses Nest auskriecht und ein so entsetzliches Geschrei hören lässt, dass auch dem Ungläubigsten nichts übrig bleibt, als — zu warten der Dinge, die da kommen sollen. So z. B., als das höchstpreisliche Reichskammergericht ausgebrütet wurde und jedermann glaubte, künftig werde nichts wohlfeiler und kürzer sein als die liebe Justiz; als Dr. Luthers Reformation aufkam und viele sich überredeten, sie würden von nun an frei untersuchen und ihre Gedanken frei sagen dürfen; so, da eine verbesserte Kammergerichts-, Reichshofraths-, Executions-, Polizei-, Münz- und so manche andere Reichsordnung erschien und wir gar nicht zweifelten, hinfür werde jeder im Reiche wissen, was Gesetz ist.

Nie aber soll ein durchdringenderes Geschrei entstanden sein und halb Europa bewegt haben als jene sechs oder sieben Jahre hindurch, da die grössten Staatsmänner desselben Jahrhunderts, versammelt in Westfalen, zuletzt den berühmten Reichsfundamentalfriedensschluss zu Stande brachten. Bald darauf — verstummendes Erstaunen, eine Niedergeschlagenheit sondergleichen, als das Beste nicht gehalten, das übrige missbraucht wurde, sicherer zu unterdrücken.

Darum hat die Krähe, welche man bereits an die Stelle unseres theueren zweiköpfigen Adlers zu setzen gedachte, selbst bei uns gedulden gläubigen Deutschen ihr Ansehen so ganz verloren, dass sie bei den folgenden Berathschlagungen über eine beständige Wahlcapitulation, über die Herstellung der ordentlichen Visitationen, über die Visitation des Reichshofrathes, bei Errichtung des Bundes einverständener Höfe, bei den Wahltagen, beim Fürstentage zu Offenbach und anderen solchen, sonst schönen Anlässen nur ganz leise und unverständlich zu krächzen gewagt hat. Dieses Gekrächze ist, was man Comitialstilus und Geschäftssprache nennt, worin man redet und schreibt, nicht für das Volk, welches kein Wort davon versteht, und nicht für die Fürsten, die es nicht lesen, weil es sich nicht lesen lässt, sondern das Krähengezüchte ist unter sich übereingekommen, damit wir armen Geöfften es nicht endlich erdrückten, so einen sinnlosen Lärm zu erregen, der einer Sprache gliche, aber keine wäre, uns damit zu betäuben und einzuschläfern, bis wir, die

Augen reibend, im Hinsinken sagen: „Es ist doch viel des Lärmens, es wird wohl etwas daran sein, wir wollen es abwarten.“ Man ist eins geworden, eine solche Krähe, deren Stimme der menschlichen Rede am nächsten kommt, ohne wirklich menschliche Rede zu sein, ein brauchbares Subject, einen guten Geschäftsmann zu nennen, der fein sei wie Goldstaub und — solid, Gott weiss, wie!

So lag das Vaterland in einem bezauberten Schlummer. Wie nach einem Rausche war dieser Schlaf, unruhig und gestört durch ermüdende Träume, worin man glaubte, Felsen zu heben, — und es geschah nichts; Dinge zu haschen, — und es waren wesenlose Formen; Gesetz und Lehre zu geben, — und es tönte nur tief aus der Brust heraufgezwängt ein unkräftiger Schall.

Als endlich nach und nach von allen Gegenden Tag hereinbrach, blickte auch Germanien bisweilen auf, sah Verirrungen und Missverstand in der Theologie, Täuschungen in der Metaphysik, Ungeheimtheiten im Geschmacke und strebte dem Besseren entgegen. Indem zeigte sich eine vielversprechende Erscheinung: der Fürstenbund. War es das erwünschte Göttergeschenk, oder ist es ein trügliches Gespenst, ein Meteor, das auch sich wieder in Luft verwandeln wird?

Wenn die deutsche Nation zu nichts Besserem dienen soll, als den gegenwärtigen *statum quo* der Besitzungen zu erhalten, so ist sie unter den mancherlei politischen Operationen, die in Deutschland vorgenommen wurden, wirklich die uninteressanteste. Sie ist wider die ewige Ordnung Gottes und der Natur, nach der weder die physische noch moralische Welt einen Augenblick im *statu quo* verharren, sondern alles in Leben, ordentlicher Bewegung und Fortschreitung sein soll. Sie ist wider alle politische Erfahrung, nach welcher, wie die physischen Körper durch Stockung in Verwesung übergehen, so alle Conföderationen durch Unthätigkeit in Erkaltung, Privatleidenschaften und zuletzt in unwidertreibliche Selbstauflösung.

Sie kann keinen vernünftigen Menschen interessiren. Ohne Gesetz noch Justiz, ohne Sicherheit vor willkürlichen Auflagen, ungewiss unsere Söhne, unsere Ehre, unsere Freiheiten und Rechte, unser Leben einen Tag zu erhalten, die hilflose Beute der Übermacht, ohne wohlthätigen Zusammenhang, ohne Nationalgeist, zu existiren, so gut bei solchen Umständen einer mag, — das ist unserer Nation *status quo*.

Unser gutes und billiges Volk wird jede Verbesserung als Wohlthat erkennen, ist vor Missbrauch dieses Glückes durch die Stimmung seines Charakters und die Organisation der Verfassung sicher und so bereitwillig als irgend eins auf dem Erdboden, gute Fürsten mit Enthusiasmus zu lieben und das Leben für sie aufzuopfern, so dass davon schlechterdings die Frage nicht sein kann, ob durch Verbesserung der allgemeinen Reichsverfassung nicht etwa der Fürstenmacht Gefährde zuwachsen dürfte. Als ob sie verlieren könnte, was Gesetze und Herkommen ihr geben! Wer hiervor sich fürchtet, lese das Verzeichniss der Truppen.

Wenn man bedenkt, wie ein grosser und weiser Friedrich bei aufs höchste gespannten Kräften doch nicht verschmähte, dem geringsten Unterthan auch gegen sich Gerechtigkeit angedeihen zu lassen, gern den mildesten Weg einschlug, wo immer er ihm gezeigt wurde, und jedem alle Freiheit liess, die mit seinem Ökonomie- und Militärplane bestehen konnte, und wie kein anderer deutscher Staat ein Preussen sein darf, da sie alle oder doch die meisten mehr Landesfreiheit, gewiss weniger Staatsbedürfnisse haben, so scheint Fürstenmacht mit Nationalfreiheit überall noch bestehen zu können. Wo Verträge der Stände sind, wo kein Privilegium die Appellation hindert, wo meistens der Druck empfindlicher ist, weil der trotzig Sultan alle Individuen seiner Despotie persönlich kennt und sein enges Imperium übersehen kann, — ist es nicht unverantwortlich, zu zögern an der Förderung einer wohlfeilen, schnellen Justiz! Wo ist die Bull', der Reichsabschied, der Friedensschluss, wodurch die Reichsfürsten hätten privilegiert sein wollen, zu thun, was der Allmächtige nicht kann: das Böse! So thäten sie wohl, sich nicht von Gottes Gnaden zu schreiben; nicht von Gott hätten sie dergleichen unselige Macht.

Von zwei gleich falschen Ideen ist die eine oft, die andere nie vorgetragen worden. Oft: es würde für Deutschland besser sein, nur einen Herrn zu haben. Niemals: — wenigstens, soviel ich weiss, von keinem bedeutenden Manne — dass Deutschland ohne Fürsten demokratisch leben sollte. Woraus zu schliessen ist, dass nicht die Monarchie, sondern die Folgen der Anarchie den Deutschen zuwider sind. Desto leichter wäre es den Fürsten, die Nation einmal zu befriedigen, zu beglücken, zu veredeln und emporzubringen ohne die mindeste Gefahr für ihre Würde und Herrschaft.

Der Nationalwunsch schränkt sich auf die Erreichung jenes ersten Zweckes der ganzen gesellschaftlichen Ordnung ein, Hilfe wider Gewalt und Unbill. Drei Dinge sind hierzu nöthig: Gesetze, die

ein jeder Reichsbürger wissen, verstehen und an die er sich halten könne, Richter, die ohne Zögerung und ohne grosse Unkosten gemäss denselben urtheilen, und kräftige Förderung der Execution.

VIII. Carl Ludwig v. Haller,

geb. 1. August 1768 † 20. Mai 1854.

Von dem Ursprunge aller Herrschaft nach einem allgemeinen Naturgesetze.

Restauration der Staatswissenschaft. 2. Aufl. 1. Bd. 1820. 13. Capitel.

Gleichwie die Natur in allen ihren Producten einfachen und unveränderlichen Gesetzen folgt, so ist es auch ein einziges Gesetz, nach welchem sie gesellige Verhältnisse unter den Menschen und in denselben Herrschaft und Dienstbarkeit bildet. Wir wollen es versuchen, die Augen der Wahrheitsfreunde auf dieses von vielen geahnte, von wenigen erkannte, von keinem entwickelte Gesetz hinzuführen, solches in seiner reinen, ungetrübten Erhabenheit darzustellen, seine allgemeine Herrschaft zu beweisen, dasselbe zur Belehrung der Schwachen von dem Missbrauche der Gewalt zu unterscheiden und endlich seine göttliche Weisheit und Wohlthätigkeit den Gelehrten wie den Ungelehrten erkennbar und einleuchtend zu machen. Gelingt uns dieses, so soll fñrohin eine Ordnung Gottes nicht mehr getadelt werden, die, besser gekannt, Anbetung und Bewunderung verdient.

Zerstreut auf dem weiten Erdenrunde erblicken wir die Menschen, bald nach grösseren, bald nach kleineren Abtheilungen in mannigfaltig verschlungenen geselligen Verhältnissen vereinigt und gleichsam gruppirt. Ungleichheit der Kräfte herrscht zwischen ihnen, wechselseitige Bedürfnisse ziehen sie an einander an. Einer hilft dem anderen, wenige erreichen das höchste Glück, ganz frei zu sein, und krönen den in sich selbst vollendeten und geschlossenen Menschenverein, den man einen Staat zu nennen pflegt. Der grösseren Zahl wird in unendlich verschiedenen Graden und Abstufungen Abhängigkeit oder Dienstbarkeit zu Theil, aber vom König bis zum Bettler herab ist keiner, der nicht noch über etwas zu gebieten habe. Es herrscht der Vater über sein Weib und seine Kinder, das erfahrene Alter über die unmündige Jugend, der Herr über seine

Diener, der Anführer über seine Begleiter, der Lehrer über seine Schüler und Jünger, der Handwerker über seine Gesellen, der Hausherr über seine Hausgenossen, der Landeigenthümer über seine Knechte und Grundsassen, sogar der Arzt über seine Kranken und der Rechtsgelehrte über seine Clienten.

Niemandem ist es noch eingefallen, an diesen einfachen Verhältnissen irgend etwas Ungerechtes oder der Vernunft Widersprechendes zu finden. Jeder sieht ihre Natur, ihre Nothwendigkeit, ihren Zweck, die Art ihrer Entstehung und Auflösung ein. Dennoch wurden sie von den Philosophen kaum der geringsten Betrachtung gewürdigt, obgleich gerade an diesen kleinen Elementen der Schlüssel zu aller Wahrheit im grossen zu finden ist. Wir aber, gewöhnt an alltäglichen, vom flüchtigen Aug' der Menschen kaum bemerkten Erscheinungen die grossen Anstalten der Natur zu entdecken und zwar mit Vorsicht, aber auch nicht mit Unglauben dem Finger Gottes nachzuspüren, wollen weiter forschen.

Was liegt denn allen jenen Verhältnissen zu Grunde, wenn man sie näher betrachtet? Was ist das Eine und Ähnliche, was bei allem Mannigfaltigen immer wieder erscheint, das Bleibende und Wesentliche, wovon nur die Formen und Gestalten wechseln, das Ewige in allem Wandelbaren, das Unsichtbare unter allem Sichtbaren, das Göttliche unter allem Menschlichen? Öffnet die Augen, und Ihr werdet es erkennen! Offenbar nichts anderes als eine höhere Macht, natürliche Überlegenheit an irgend einem nützlichen Vermögen auf der einen Seite und auf der anderen ein Bedürfniss an Nahrung und Pflege, an Schutz, an Belehrung und Leitung, welches jener höheren Macht entspricht und durch sie befriedigt wird.

Der Mann herrscht über sein Weib, weil er es angeworben, in seinen Schutz aufgenommen hat, weil es gewöhnlicherweise von ihm ernährt wird und weil er im allgemeinen auch der Stärkere an Geist und Körperkraft ist. Der Vater gebietet über seine Kinder, nicht nur weil sie ihm Leben und Unterhalt verdanken, sondern weil er ihnen in jeder Rücksicht, an Alter, an Verstand, an Kraft, an Vermögen u. s. w. überlegen ist und sie dieser seiner Macht jeden Augenblick bedürfen; der Herr über seine Diener, weil er sie bezahlen und ernähren kann, weil er ihnen auf seinem Eigenthum Wohnung, Unterhalt und mancherlei Annehmlichkeiten des Lebens verschafft, die sie sich ohne ihn nicht zu erwerben vermögen; der Anführer über seine Begleiter und Getreuen, weil er sie an Geschicklichkeit übertrifft oder weil er sie aus seinem höheren Vermögen besoldet, sie aber des Schutzes oder des Soldes nicht ent-

behren können. Der Lehrer herrscht über seine Schüler und Jünger, weil er ihnen in der Wissenschaft oder der Kunst überlegen ist, deren sie eben benöthigt sind. Warum unterwerfen sich die Kranken der Herrschaft des Arztes, warum gehorchen sie allen seinen Befehlen, als wegen dessen Überlegenheit an Kenntniss der Krankheiten oder derselben Heilungsmittel und wegen ihres Bedürfnisses? Wodurch gelingt es den Ärzten, selbst über die Leiden der Menschen zu siegen, als indem sie der einen Kraft eine höhere entgegensetzen, die freundliche Potenz zu stärken, die feindselige hingegen zu schwächen oder zu entfernen suchen? Warum laufen die Clienten den Rechtsgelehrten zu und opfern nach ihrem Rathe Zeit, Vermögen und eigene Einsicht auf? Woher diese Herrschaft, als wegen des Bedürfnisses der einen und der Überlegenheit der anderen?

Siehe! Da sind wir auf der Spur, und da haben wir zugleich den wahren Sinn des grossen und unzerstörbaren Naturgesetzes, dass nur der Überlegene, der Mächtigere herrsche oder, um uns bestimmter auszudrücken, dass da, wo Macht und Bedürfniss zusammentreffen, ein Verhältniss entsteht, kraft dessen der ersteren die Herrschaft, dem letzteren die Abhängigkeit oder Dienstbarkeit zu Theil wird, das aber deswegen nicht minder der Gerechtigkeit ganz gemäss und zu beiderseitigem Vortheile abgeschlossen ist. Beides hängt sogar nicht einmal von dem Willen der Menschen ab. Es ist allgemein, nothwendig, unzerstörbar wie alles, was göttlich ist. Der Mächtigere herrscht, auch wenn er es nicht will und nicht sucht. Der Bedürftige dient oder muss dienen, auch wenn niemand seines Dienstes verlangt und die ganze Welt ihn freilassen wollte. Der grosse Gelehrte z. B., der Mann von Genie, der in wichtigen Dingen nützliche Wahrheiten und Regeln entdeckt und bekannt macht, herrscht, ist Auctorität für eine Menge von Gläubigen, Urheber ihrer Entschlüsse und Handlungen, auch wenn er sie nicht sucht, ja nicht einmal kennt. Und der Ungelehrte, der Geistesarme dient, er folgt der Auctorität anderer, auch wenn niemand ihn zwingt und wenn er sich noch so sehr für einen Selbstdenker ausgibt. Lasst einen Reichen und einen Armen, einen Weisen und einen Thoren, einen Starken und einen Schwachen in Berührung kommen, es sei dass sie einander nöthig haben oder nicht, lasst sie sogar Verträge schliessen, welche Ihr immer wollt: Ihr werdet allemal die Freiheit und Herrschaft auf jener, die Abhängigkeit oder Dienstbarkeit auf dieser Seite finden!

IX. Carl v. Rotteck,

geb. 18. Juli 1775 † 26. November 1840.

Begriff der Landstände.

Lehrbuch des Vernunftrechtes und der Staatswissenschaften. 2. Aufl. 2. Bd.
1840. §§ 77 u. 78.

Die heutigen Landstände nach dem neuen constitutionellen oder repräsentativen System haben mit den ehevor bestandenen Landständen, die man gewöhnlich auch Feudalstände heisst, wenig mehr als den Namen gemein. In Natur und Wesenheit sind beide von einander himmelweit verschieden.

Feudalstände, also geheissen wegen ihres historischen Zusammenhanges mit dem bis zur französischen Revolution als Grundlage der meisten europäischen Staatsverfassungen bestandenen Lehenwesen, wiewohl auch ohne Lehenwesen, namentlich beim Allodialbesitze des Grundes in ihrer Hauptgestalt gar wohl gedenkbar, sind der Inbegriff derjenigen Individuen und Körperschaften, welche vermöge eigenen und Sonderrechtes, abgeleitet entweder unmittelbar aus dem Gesetze oder — und zwar dieses vorzugsweise — aus dem Grundbesitze, eine dem Fürsten theils gegenüber theils zur Seite stehende Versammlung und politische Macht bilden, einerseits an Regierungsrechten participirend und andererseits den privilegirten, ja politisch allein zählenden Volkstheil bildend, das gesammte Volk daher gar nicht oder höchstens in barer Rechtsdichtung, sondern nur sich selbst oder ihre Kasten und Körperschaften, gewöhnlich auch noch das Land, d. h. den Grundbesitz vorstellend und unter sich selbst in verschiedene, auf gesonderten Rechtsgebieten hausende Stände oder Classen zerfallend.

Landstände im Sinne eines geläuterten, vernünftigen Staatsrechtes für ein politisch mündiges Volk, d. h. also im Sinne des Repräsentativsystems dagegen sind ein das gesammte zur Staatsgesellschaft vereinte Volk, d. h. die Gesammtheit der vollbürtigen Staatsangehörigen, vorstellender und zwar in Natur und Wahrheit, also nicht bloss vermöge positiver Festsetzung oder Rechtsdichtung vorstellender Ausschuss, berufen zur Vertretung dieses Volkes gegenüber der Regierung, d. h. bevollmächtigt zur Ausübung der demselben in dem Verhältnisse solcher Wechselwirkung zustehenden oder überhaupt der bei Errichtung einer Regierungsgewalt für sich selbst vorbehaltenen oder vorzubehaltenden Rechte.

Die Hauptcharaktere solcher Landstände — oder nenne man sie Versammlung von Volksdeputirten, Parlament, Nationalrepräsentation — bestehen hiernach in folgendem.

Sie stellen das gesammte politisch mündige oder vernunftrechtlich vollbürtige Volk eines ganzen Landes oder Staates oder auch, in einer beschränkteren, doch dem Hauptbegriffe analogen Bedeutung genommen, das einer Provinz, eines Bezirkes, einer Gemeinde vor, nicht bloss einzelne Classen desselben, zumal nicht bloss die privilegierten, durch positive Einsetzung mit politischen Vorrechten versehenen Classen. Ihre Grundidee, ihre ganze Wesenheit und Bedeutung ist demokratisch, und jede Abweichung von diesem im allgemeinen Gesellschaftsrechte gegründeten Princip der Rechtsgleichheit oder Rechtsgemeinschaft, jede Vermischung mit einer natürlich unbegründeten, also bloss positiv statuirten Aristokratie trübt die Reinheit des Begriffes, wiewohl, wenn die Abweichung nicht gross ist, nach dem Satze „a potiori denominatio fit“ die Benennung bleiben mag.

Sie stellen das Volk in Natur und Wahrheit vor, mithin unabhängig von positiver Festsetzung oder Dichtung, d. h. die repräsentative Eigenschaft, die ihnen zukommt, muss von jedem Vernünftigen bei ihnen als in Wahrheit vorhanden anerkannt werden können, auch abgesehen vom positiven Gesetze. Das dabei gleichwohl unentbehrliche positive Gesetz, welches ihre Zusammensetzung, Organisation und Lebensthätigkeit u. s. w. regelt, muss von dem Princip solcher natürlichen, wahren Repräsentation ausgegangen sein und die Idee derselben wirklich oder wenigstens annähernd realisirt haben. Der Nationalausschuss muss dergestalt gebildet sein, dass naturgemäss zwischen ihm und der Nation selbst eine Identität der rechtlich begründeten Interessen, also auch der Gesinnung und des Willens und des Willensausdruckes besteht oder ohne Gefahr des Irrthums, wenigstens in der Regel, kann angenommen werden.

Die Landstände sind ein gegenüber der Regierung auftretender Volksausschuss. Sie setzen also die geschehene Theilung der Gesellschaft in regierende und regierte Mitglieder, d. h. das Vorhandensein eines künstlichen oder rein positiven Organs des Gesamtwillens, zumal eines monarchischen Organs, voraus und sind sodann die Repräsentation der Unterthanen. Nur die fürs Volk bei Aufstellung einer Regierung vorbehaltenen Rechte haben sie auszuüben, nicht aber selbst zu regieren. Sobald sie letztes thun, so verlieren sie völlig ihren Charakter wie ihre Stellung; sie wären dann nicht mehr die controlirende, sondern die selbst zu controlirende Auctorität.

In rein demokratischen Staatsformen gibt es demnach keine Landstände, in aristokratischen jedoch erscheinen sie gleich oder noch mehr nothwendig als in monarchischen. — Diese Charaktere sprechen noch einige Erläuterung an.

Das Repräsentativsystem beruht auf dem positiven Anerkenntnis der politischen Mündigkeit aller derjenigen, welche nach dem natürlichen oder Vernunftgesetze als politisch mündig erscheinen. Es beruft mithin alle zur gleichen oder verhältnissmässigen Theilnahme an den activen staatsbürgerlichen Rechten, welche zu derselben natürlich befähigt oder geeignet sind. Jede rein positive oder willkürliche Ausschliessung trübt seine ideale Lauterkeit, obwohl es praktisch, je nach dem Zustande oder Grade der Civilisation bei verschiedenen Völkern, eine mannigfaltig positive Gestaltung zulässt und fordert. Solange die positive Festsetzung nur die Realisirung des vernunftgemäss anzuerkennenden Rechtes aller natürlich Befähigten zum Gegenstande hat, ist sie dem reinen Repräsentativsystem entflohen. Erst die Statuirung willkürlicher Bevorrechteungen oder Rechtsverweigerungen hebt es auf. Doch mag auch hier wie allenthalben, indem mehr als eine annähernde Realisirung der Ideen uns nimmer vergönnt ist, schon die ausgesprochene Richtung entscheiden und bei Einsetzungen gemischter Natur das Vorherrschende den Ausschlag bei der Beurtheilung geben.

Die wirkliche Ausübung des allen gewährten politischen Rechtes, d. h. der Theilnahme an dem Ausdrucke des Gesamtwillens, kann in Staaten von einiger Ausdehnung nicht unmittelbar geschehen. Einige wenige Geschäfte von ganz ausserordentlicher Wichtigkeit und seltener Erscheinung erlauben eine von Mann zu Mann bei der ganzen Nation herumgehende Abstimmung. In weitaus den meisten Fällen erscheint die Aufstellung von Stellvertretern nothwendig, die da im Namen und im Sinne der tausendfach Verhinderten berathschlagen und abstimmen. Ohne solche Einsetzung würde theils gar keine gemeinsame Berathung stattfinden, theils etwa die dem Sitze der Regierung zunächst wohnende Bevölkerung, wohl auch eine Faction, eine wie immer zusammengebrachte Anzahl herrschsüchtiger, unruhiger, für sich selbst thätiger oder von anderen erkaufte Menschen über das Loos der Gesamtheit entscheiden. Eine wirkliche Theilnahme aller an den öffentlichen Dingen kann also nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar stattfinden, und der Mangel einer solchen mittelbaren Theilnahme realisirenden Einsetzung hat alle alten und neueren Republiken und beschränkten Monarchieen der despotischen Gewalt einer herrschenden Stadtgemeinde oder einer Aristenkaste

oder eines zufällig hier oder dort zusammengekommenen oder zusammengetriebenen Haufens preisgegeben. Erst der Neuzeit — denn auch das englische Unterhaus und die zu den ehevorigen reichständischen Versammlungen mehrerer anderer Staaten einberufenen Abgeordneten des sog. dritten Standes sind nur als Keim oder schwacher Anfang einer wahren Volksrepräsentation zu betrachten — gebührt der Ruhm und das Verdienst, die Idee einer wahren und allgemeinen Ausübung des politischen Nationalrechtes mittelst Repräsentation aufgestellt und realisirt zu haben, und erst hierdurch ist eine echt republicanische Verfassung eines auch nur einigermaßen bedeutenden Staates möglich geworden. Sieyès als Verfasser der unsterblichen Schrift „*Qu' est ce que le tiers état?*“ mag als der Vater des Repräsentativsystems betrachtet werden.

Das Repräsentativsystem begnügt sich indessen mit der getreuen und zuverlässigen Vertretung der politisch Mündigen nicht, sondern es will diese Wohlthat, soweit irgend möglich ist, also wenigstens mittelbar, auch den politisch Unmündigen gewährt wissen. Auch diese sollen nicht in blosser Rechtsdichtung, sondern in Natur und Wahrheit vertreten werden. Wenn bei jenen die freie Wahl, so wird bei diesen die Verknüpfung der Interessen oder das Naturgefühl die Bürgschaft einer treuen Wortführung sein. Männer, Brüder und Söhne werden für Frauen, Schwestern, Töchter und Mütter, Väter für Söhne und, wenn auch nicht Herren für Knechte, doch Bürger und Bauern für diejenigen aus ihren Familiengliedern, welche das Schicksal zeitlich zur dienenden Stellung verurtheilt, die wohl möglichst zuverlässigen Vertreter sein, und es wird aus dem Schosse der Nationalrepräsentation der lautere, wahre Ausdruck der Nationalgesinnung, der Nationalbedürfnisse und des Nationalwillens hervorgehen.

Hierdurch ist auch schon der unendliche Unterschied bezeichnet, der zwischen einer natürlichen und einer bloss künstlichen Repräsentation besteht.

Die Landstände stehen der Regierung, d. h. einem positiv eingesetzten oder künstlichen Organ des Gesamtwillens gegenüber, d. h. sie sind eine von der Regierung verschiedene und mit ihr in rechtlicher Wechselwirkung stehende Persönlichkeit. Auch wo sie gemeinsam mit der Regierung wirken, wie bei der Gesetzgebung und anderen getheilten Sphären der Staatsgewalt, bleibt die gedoppelte Persönlichkeit erkennbar. Sie sind nämlich alsdann mit der Regierung übereinsgekommen und erscheinen in solcher Vereinigung als identisch mit der Staatsgesamtheit selbst — König und Volk — und gegen-

überstehend nur den einzelnen, die da jenem vereinigten Willen als dem möglichst lauteren und positiv vollgültigen Ausdrucke des wahren Gesamtwillens Folge zu leisten haben, jedoch auch gewisse unantastbare Rechte wider denselben behaupten mögen.

Das Gegenüberstehen des Landtages in Ansehung der Regierung ist jedoch mit nichten ein feindliches, sondern vielmehr ein nach freundlicher Vereinigung sich sehnendes. Beiden, der Regierung und den Landständen, ist ein gemeinsames Ziel gesetzt, das öffentliche Wohl. Pflicht und Ehre auf einer Seite, Selbstliebe und Patriotismus auf der anderen sollen — dahin geht der Geist der Einsetzung — die stete Harmonie der Richtung, die innige Vereinbarung des Strebens, die Heilung jedes einseitigen Irrthums oder jeder einseitigen Unlauterkeit verbürgen. Aber dennoch stehen beide Persönlichkeiten auf eigenen, also auf gesonderten Rechtsgebieten, und selbst ihr Streben nach Vereinigung zeigt, dass sie an und für sich nicht eins sind, und erhält Bedeutung nur durch das Entgegengesetzte ihrer Stellung.

Der Tod der landständischen Verfassung oder des Geistes, welcher allein ihr einen Sinn und Werth gibt, wird demnach die unmittelbare Folge jeder Einsetzung oder jedes Verhältnisses sein, welches jene wesentliche Entgegensetzung aufhebt und eine Identität der beiden Persönlichkeiten oder eine Unterjochung der einen durch die andere hervorbringt. Die Landstände sollen identisch sein mit dem Volke, mit der Regierung aber nur befreundet. Wo sie identisch sind mit der Regierung, also zumal wo die Regierung sie etwa durch Wahlbeherrschung ernennt oder durch Corruption sie zu willenlosen Werkzeugen macht, da stehen sie dem Volke gegenüber, mit welchem gerade sie identisch sein sollen, und werden aus einer edelen und herrlichen Einsetzung zum erbärmlichen Zerrbilde. Aber auch wo sie die Regierung unterjochen, hören sie auf, wahre Landstände zu sein. Denn alsdann sind sie selbst Regierung und stehen nun gleichfalls dem Volke gegenüber, anstatt desselben Stellvertreter gegenüber der Regierung zu sein.

X. Carl Theodor Welcker,

geb. 29. März 1790 † 10. März 1869.

Die Despotie.

Die letzten Gründe von Recht, Staat und Strafe. 1813. S. 13—20.

In der Kindheit des einzelnen wie des ganzen Geschlechtes werden dem Menschen nur die Forderungen seiner sinnlichen Triebe laut. Ein Wesen, mehr durch Anlagen zu dem, was es werden kann, als durch das, was es ist, vom Thiere unterschieden, kennt es nur den Ruf seiner sinnlichen Natur, sinnt nur auf ihre Befriedigung, wird nur durch sie schmerzlich und freudig berührt. Wenn auch zuweilen ein Strahl der Gottheit in ihm aufflammt, so ist er vorübergehend wie der Wetterstrahl in finsterer Nacht und kein Licht, ihn auf seinem Wege zu führen.

Wie die ganze Natur des Menschen jetzt nur von dem Gesetze der Sinnlichkeit beherrscht wird, so behandelt er auch nur nach diesem Gesetze die Aussenwelt und seine Mitmenschen. Soweit sinnlicher Trieb und Kraft reichen, müssen sie seinen egoistischen Zwecken sich fügen. Spinoza sagt: „Was der Mensch nach dem Gesetze seiner Natur thut, thut er mit grösstem Rechte, und ihm, solange bessere Erkenntnisse ihm fehlen, zuzumuthen, er solle nach Gesetzen der Vernunft handeln, wäre eben so, als von der Katze zu fordern, sie solle nach dem Gesetze der Löwennatur handeln.“ So entsteht, was man Recht des Stärkeren genannt hat, besser aber durch Recht der Sinnlichkeit bezeichnet. Denn nur sie ist die Grundlage, vermittelt deren der Mächtigere zur Herrschaft gelangt, der Schwächere durch Furcht zum Gehorsam gebracht wird. Auch ist durch jene Bezeichnung oft der Irrthum entstanden, als solle überhaupt nur physische Stärke gemeint sein, welches höchst einseitig ist. Herrscht ja doch das wilde Thier nicht bloss durch sie, sondern vorzüglich durch List über seine Brüder. So auch der Mensch, — seine List ist ihm die vorzüglichste Waffe, und alle Verstandeskräfte dienen jetzt nur seinen niederen Trieben.

Wenn so die Menschen nur dem Gesetze der Sinnlichkeit fröhnen und weder Religion noch Vernunft sie aus dem schnöden Egoismus herauszureissen vermögen, in welchem sie sich und ihre Lüste als Mittelpunkt der Natur betrachten, dann und jedesmal dann entsteht, sobald sich überhaupt Staaten bilden, der Staat der

Sinnlichkeit oder die Despotie, entweder so, dass bei unausbleiblicher Collision sinnlicher Interessen endlich durch List und Gewalt eines Mächtigeren die Schwächeren unterliegen, oder dass, wie Hobbes es schildert, alle, des Kampfes der Sinnlichkeit müde, sich freiwillig einem Despoten unterwerfen und, wie die asiatischen Völker, sich der Ruhe und des Todesschlafes freuen, welche die Despotie ihnen gewährt, oder auch, indem alle, egoistischen Vortheilen nachjagend, aus Hoffnung eigenen Gewinnes immer mehr einer des anderen Rechte und Gewalt einem schlaunen Mächtigen überliefern.

Furchtstaaten kann man die Despotieen mit Recht darum nennen, weil das Mittel des Despoten, die Sinnlichkeit der Slaven an seine Dienste zu fesseln, mehr Furcht vor Unlust als Genuss, mehr positiver als negativer Natur ist. Gesetz und Zweck dieser Staaten sind sinnliche Lust, egoistischer Vortheil, und zwar zuerst des Despoten, dann seiner Satrapen und so immer stufenweise herunter, bis den Untersten nichts bleibt als die Furcht.

Princip dieses Staates ist, wie bemerkt, die Sinnlichkeit, weniger richtig die Furcht, welche nur die negative Seite desselben ist und keineswegs alles Handeln im Staate befasst und befassen kann, am wenigsten das des Regenten. Vertrag ist so wenig Grundlage dieser Staaten, als in ihnen Grenze der Gewalt und Constitution möglich ist. Wenigstens haben sie alle keine Bedeutung, hängen von der Laune des Despoten ab, sind so veränderlich wie sie. Selbst die Grenzen menschlicher Gewalt, das Heiligthum der Wünsche und Gedanken, verkennt die Tyrannenfurcht.

Selten indess wird dieser Zustand ganz rein erscheinen. Nicht selten ist ein Theil desselben auch in Staaten, die unter anderem Gesetze stehen, so wie z. B. in den meisten Staaten des Alterthums, die von ganz anderer Natur waren, doch die Sklaverei seine Folge war. Vorzüglich leicht verträgt sich mit demselben ein sehr passiver Glaube, der entweder, wie vielfältig im Orient, nicht selbstständig genug für indifferent und für blosse Staatssache, also der Despotie dienend, betrachtet wird oder, wie eben daselbst öfters, in blosser Contemplation bestehend oder auch, wie Muhameds Lehre, eine blinde Nothwendigkeit lehrend, die Thatkraft lähmt und positiv keinen grossen Einfluss auf Handlungen und Begierden der Menschen hat.

Despotie aber kann von Seiten der Unterthanen bestehen, wenn der Regent nicht unter dem Gesetze der Sinnlichkeit steht, sondern aus sittlichen Motiven, falschem Glauben oder irgend anderem

Wahne die Unterthanen zu einem nichtgewollten Gesetze durch Sinnlichkeit bestimmt, oder auch allein von Seiten des Regenten, wenn die Unterthanen durch andere Gesetze, z. B. Glauben gelenkt werden, der Regent aber, nur von Egoismus beherrscht, diesen Glauben zu schnöder Misshandlung der Getäuschten missbraucht; von welchen beiden Fällen die Geschichte leider viele Beispiele enthält, vorzüglich auch in der Hierarchie, wobei öfter politische Freiheit bestand, während Geistesfreiheit fehlte, welches beides wohl zu unterscheiden ist.

Noch ist zu bemerken, dass, wie die Menschen in dieser Periode überhaupt zu wenig bedächtig zu handeln aufgelegt sind und meist mehr rohe Kraft als List herrscht, sich auch jetzt leichter nur raubende Horden, Nomaden u. s. w. als feste Staaten und eigentliche Despotieen bilden, dass aber, nachdem der Mensch die Perioden des Glaubens und der Vernunft durchlaufen, der hohe Funken des Göttlichen allmählich in ihm erloschen ist und er, seine höheren Gesichtspuncte vergessend, sich im Irdischen wieder verliert, dann, wenn so Religion und Tugend seinem grübelnden Verstande leere Schatten geworden sind, der beschriebene Zustand, die Herrschaft des Egoismus und der Sinnlichkeit, zurückkehrt.

Für Menschen und Völker dieser Erde scheint nur eine bestimmte Stufe erreichbar, nach deren Erreichung ihr Streben erlischt, so wie Platon den Unwissenden und den das möglichste Wissenden das Streben nach dem Göttlichen abspricht. Mit diesem Streben aber, dem Höchsten und Heiligsten im Menschen, verschwindet ihm stets auch sein wahrhaft sittliches und humanes Leben.

Der Zustand des Volkes im Greisenalter ist ausser dem, dass List hier mehr herrscht als Körperstärke, von dem der Kindheit vorzüglich dadurch verschieden, dass jener immer steigend zum Besseren empor, dieser abwärts zum Grabe geht.

XI. Friedrich Wilhelm Joseph v. Schelling,

geb. 27. Januar 1775 † 20. August 1854.

Über das Studium der Jurisprudenz.

Vorlesungen über die Methode des akademischen Studiums. 1803. Sämmtliche Werke. 1. Abth. 5. Bd. 1859. S. 313—316.

In Ansehung der Gesetze, die sich allein auf den äusseren Mechanismus des Staates beziehen, gibt es keine andere Vorschrift, als sie empirisch, wie es zu dem Gebrauche in einzelnen Fällen vor Gerichtshöfen oder in öffentlichen Verhältnissen nöthig ist, zu erlernen und zu lehren und nicht die Philosophie zu entweihen, indem man sie in Dinge einmischt, welche an ihr keinen Theil haben. Die wissenschaftliche Construction des Staates würde, was das innere Leben desselben betrifft, kein entsprechendes historisches Element in den späteren Zeiten finden, ausser inwiefern selbst das Entgegengesetzte wieder zum Reflexe desjenigen dient, von dem es dies ist. Das Privatleben und mit ihm auch das Privatrecht hat sich von dem öffentlichen getrennt; jenes hat aber, abgesondert von diesem, so wenig Absolutheit, als es in der Natur das Sein der einzelnen Körper und ihr besonderes Verhältniss unter einander hat. Da in der gänzlichen Zurückziehung des allgemeinen und öffentlichen Geistes von dem einzelnen Leben dieses als die rein endliche Seite des Staates und völlig todt zurückgeblieben ist, so ist auf die Gesetzmässigkeit, die in ihm herrscht, durchaus keine Anwendung von Ideen und höchstens die eines mechanischen Scharfsinnes möglich, um die empirischen Gründe derselben in einzelnen Fällen darzuthun oder streitige Fälle nach jenen zu entscheiden.

Was allein von dieser Wissenschaft einer universell-historischen Ansicht fähig sein möchte, ist die Form des öffentlichen Lebens, inwiefern diese auch ihren besonderen Bestimmungen nach aus dem Gegensatze der neuen mit der alten Welt begriffen werden kann und eine allgemeine Nothwendigkeit hat.

Die Harmonie der Nothwendigkeit und Freiheit, die sich nothwendig äusserlich und in einer objectiven Einheit ausdrückt, differenziert sich in dieser Erscheinung selbst wieder nach zwei Seiten und hat eine verschiedene Gestalt, je nachdem sie im Realen

oder Idealen ausgedrückt wird. Die vollkommene Erscheinung derselben im ersten ist der vollkommene Staat, dessen Idee erreicht ist, sobald das Besondere und das Allgemeine absolut eins, alles, was nothwendig, zugleich frei und alles frei Geschehende zugleich nothwendig ist. Indem das äussere und öffentliche Leben in einer objectiven Harmonie jener beiden verschwand, musste es durch das subjective in einer idealen Einheit ersetzt werden, welche die Kirche ist. Der Staat in seiner Entgegensetzung gegen die Kirche ist selbst wieder die Naturseite des Ganzen, worin beide eins sind. In seiner Absolutheit musste er das Entgegengesetzte für die Erscheinung verdrängen, eben deswegen, weil er es begriff: wie der griechische Staat keine Kirche kannte, wenn man nicht die Mysterien dafür rechnen will, die aber selbst nur ein Zweig des öffentlichen Lebens waren; seit die Mysterien exoterisch sind, ist der Staat dagegen esoterisch, da in ihm nur das einzelne im Ganzen, zu welchem es im Verhältnisse der Differenz ist, nicht aber das Ganze auch im einzelnen lebt. In der realen Erscheinung des Staates existirte die Einheit in der Vielheit, so dass sie völlig mit ihr eins war. Mit der Entgegensetzung beider sind auch alle anderen in dieser begriffenen Gegensätze im Staate hervorgetreten. Die Einheit musste das Herrschende werden, aber nicht in der absoluten, sondern abstracten Gestalt, in der Monarchie, deren Begriff mit dem der Kirche wesentlich verflochten ist. Im Gegentheile musste die Vielheit oder Menge durch ihre Entgegensetzung mit der Einheit selbst ganz in Einzelheit zerfallen und hörte auf, Werkzeug des Allgemeinen zu sein. Wie die Vielheit in der Natur als Einbildung der Unendlichkeit in die Endlichkeit wieder absolut in sich Einheit und Vielheit ist, so war in dem vollkommenen Staate die Vielheit eben dadurch, dass sie zu einer abgeschlossenen Welt im Sklavenstande organisirt war, innerhalb derselben absolut die gesonderte, aber eben deswegen in sich bestehende reale Seite des Staates, während aus dem gleichen Grunde die Freien in dem reinen Äther eines idealen und dem der Ideen gleichen Lebens sich bewegten. Die neue Welt ist in allen Beziehungen die Welt der Mischung wie die alte die der reinen Sonderung und Beschränkung. Die sog. bürgerliche Freiheit hat nur die trübste Vermengung der Sklaverei mit der Freiheit, aber kein absolutes und eben dadurch wieder freies Bestehen der einen oder anderen hervorgebracht. Die Entgegensetzung der Einheit und der Vielheit machte in dem Staate die Mittler nothwendig, die aber in dieser Mitte von Herrschen und Beherrschtsein zu keiner absoluten Welt sich ausbildeten und nur in der Entgegensetzung waren, niemals

aber eine unabhängige, ihnen eigenthümlich inwohnende und wesentliche Realität erlangten.

Das erste Streben eines jeden, der die positive Wissenschaft des Rechtes und des Staates selbst als ein Freier begreifen will, müsste dieses sein, sich durch Philosophie und Geschichte die lebendige Anschauung der späteren Welt und der in ihr nothwendigen Formen des öffentlichen Lebens zu verschaffen. Es ist nicht zu berechnen, welche Quelle der Bildung in dieser Wissenschaft eröffnet werden könnte, wenn sie mit unabhängigem Geiste, frei von der Beziehung auf den Gebrauch und an sich behandelt würde.

Die wesentliche Voraussetzung hierzu ist die echte und aus Ideen geführte Construction des Staates, eine Aufgabe, von welcher bis jetzt die Republik des Platon die einzige Auflösung ist. Obgleich wir auch hierin den Gegensatz des Modernen und Antiken anerkennen müssen, wird dieses göttliche Werk doch immer das Urbild und Muster bleiben. Was sich über die wahre Synthesis des Staates in dem gegenwärtigen Zusammenhange aussprechen liess, ist im vorhergehenden wenigstens angedeutet und kann ohne die Ausführung oder die Hinweisung auf ein vorhandenes Document nicht weiter erklärt werden. Ich beschränke mich daher auf die Anzeige desjenigen, was in der bisherigen Behandlung des sog. Naturrechtes allein beabsichtigt und geleistet worden ist.

Fast am hartnäckigsten hat in diesem Theile der Philosophie sich das analytische Wesen und der Formalismus erhalten. Die ersten Begriffe wurden entweder aus dem römischen Rechte oder von irgend einer eben gangbaren Form hergenommen, so dass das Naturrecht nicht nur alle möglichen Triebe der menschlichen Natur, die ganze Psychologie, sondern auch alle erdenklichen Formeln nach und nach durchgewandert ist. Durch Analyse derselben wurde eine Reihe formaler Sätze gefunden, mit deren Hilfe man nachher in der positiven Jurisprudenz aufzuräumen hoffte.

Besonders haben Kantsche Juristen diese Philosophie als Magd ihrer Sciencz zu brauchen fleissig angefangen und zu diesem Behufe auch richtig immer das Naturrecht reformirt. Diese Art des Philosophirens äussert sich als ein Schnappen nach Begriffen, gleichviel welcher Art sie sind, nur dass sie eine Einzelheit seien, damit der, welcher sie aufgefassen, durch die Mühe, die er sich gibt, die übrige Masse nach ihr zu verziehen, sich das Ansehen eines eigenen Systems geben könne, das aber dann in kurzer Zeit wieder durch ein anderes eigenes verdrängt wird u. s. w.

Das erste Unternehmen, den Staat wieder als reale Organisation

zu construiren, war Fichtes Naturrecht. Wenn die bloss negative Seite der Verfassung, die nur auf Sicherstellung der Rechte geht, isolirt und wenn von aller positiven Veranstaltung für die Energie die rhythmische Bewegung und die Schönheit des öffentlichen Lebens abstrahirt werden könnte, so würde sich schwerlich überhaupt ein anderes Resultat oder eine andere Form des Staates ausfindig machen lassen, als in jenem dargestellt ist. Aber das Herausheben der bloss endlichen Seite dehnt den Organismus der Verfassung in einen endlosen Mechanismus aus, in dem nichts Unbedingtes angetroffen wird.

Überhaupt aber kann allen bisherigen Versuchen die Abhängigkeit ihres Bestrebens vorgeworfen werden, nämlich eine Einrichtung des Staates zu ersinnen, damit jenes oder dieses erreicht werde. Ob man diesen Zweck in die allgemeine Glückseligkeit, in die Befriedigung der socialen Triebe der menschlichen Natur oder in etwas rein Formales, wie das Zusammenleben freier Wesen unter den Bedingungen der möglichsten Freiheit, setzt, ist in jener Beziehung völlig gleichgültig. Denn in jedem Falle wird der Staat nur als Mittel, als bedingt und abhängig begriffen. Alle wahre Construction ist ihrer Natur nach absolut und immer nur auf eins, auch in der besonderen Form, gerichtet. Sie ist z. B. nicht Construction des Staates als solchen, sondern des absoluten Organismus in der Form des Staates. Diesen construiren heisst also nicht, ihn als Bedingung der Möglichkeit von irgend etwas Äusserem fassen, und übrigens, wenn er nur vorerst als das unmittelbare und sichtbare Bild des absoluten Lebens dargestellt ist, wird er auch von selbst alle Zwecke erfüllen, wie die Natur nicht ist, damit ein Gleichgewicht der Materie sei, sondern dieses Gleichgewicht ist, weil die Natur ist.

XII. Georg Wilhelm Friedrich Hegel,

geb. 27. August 1770 † 14. November 1831.

Die Idee des Staates.

Grundlinien der Philosophie des Rechtes. §§ 257—259. 1821. Werke. 3. Aufl. 8. Bd. 1854.

Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee, der sittliche Geist als der offenbare, sich selbst deutliche, substantielle Willen, der sich denkt und weiss und das, was er weiss und insofern er es weiss, vollführt. An der Sitte hat er seine unmittelbare und an dem Selbstbewusstsein des einzelnen, dem Wissen und Thätigkeit desselben seine vermittelte Existenz, sowie dieses durch die Gesinnung in ihm als seinem Wesen Zweck und Producte seiner Thätigkeit, seine substantielle Freiheit hat.

Der Staat ist als die Wirklichkeit des substantiellen Willens, die er in dem zu seiner Allgemeinheit erhobenen besonderen Selbstbewusstsein hat, das an und für sich Vernünftige. Diese substantielle Einheit ist absoluter, unbewegter Selbstzweck, in welchem die Freiheit zu ihrem höchsten Rechte kommt, sowie dieser Endzweck das höchste Recht gegen die einzelnen hat, deren höchste Pflicht es ist, Mitglieder des Staates zu sein.

Die Idee des Staates hat erstens unmittelbare Wirklichkeit und ist der individuelle Staat als sich auf sich beziehender Organismus, Verfassung oder inneres Staatsrecht. Zweitens geht sie in das Verhältniss des einzelnen Staates zu anderen Staaten über, äusseres Staatsrecht. Drittens ist sie die allgemeine Idee als Gattung und absolute Macht gegen die individuellen Staaten, der Geist, der sich im Processe der Weltgeschichte seine Wirklichkeit gibt.

Das innere Staatsrecht.

A. a. O. §§ 260—271.

Der Staat ist die Wirklichkeit der concreten Freiheit. Die concrete Freiheit aber besteht darin, dass die persönliche Einzelheit und deren besondere Interessen sowohl ihre vollständige Entwicklung und die Anerkennung ihres Rechtes für sich im System der Familie und der bürgerlichen Gesellschaft haben, als sie durch sich selbst in das Interesse des Allgemeinen theils übergehen, theils mit

Wissen und Willen dasselbe und zwar als ihren eigenen substantiellen Geist anerkennen und für dasselbe als ihren Endzweck thätig sind, so dass weder das Allgemeine ohne das besondere Interesse, Wissen und Wollen gelte und vollbracht werde, noch dass die Individuen bloss für das letztere als Privatpersonen leben und nicht zugleich in und für das Allgemeine wollen und eine dieses Zweckes bewusste Wirksamkeit haben. Das Princip der modernen Staaten hat diese ungeheuere Stärke und Tiefe, das Princip der Subjectivität sich zum selbstständigen Extrem der persönlichen Besonderheit vollenden zu lassen und zugleich es in die substantielle Einheit zurückzuführen und so in ihm selbst diese zu erhalten.

Gegen die Sphären des Privatrechtes und Privatwohles, der Familie und der bürgerlichen Gesellschaft, ist der Staat einerseits eine äusserliche Nothwendigkeit und ihre höhere Macht, deren Natur ihre Gesetze sowie ihre Interessen untergeordnet und davon abhängig sind, aber andererseits ist er ihr immanenter Zweck und hat seine Stärke in der Einheit seines allgemeinen Endzweckes und des besonderen Interesses der Individuen darin, dass sie in so fern Pflichten gegen ihn haben, als sie zugleich Rechte haben.

Die wirkliche Idee, der Geist, der sich selbst in die zwei ideellen Sphären seines Begriffes, die Familie und die bürgerliche Gesellschaft, als in seine Endlichkeit scheidet, um aus ihrer Idealität für sich unendlicher wirklicher Geist zu sein, theilt somit diesen Sphären das Material dieser seiner endlichen Wirklichkeit, die Individuen als die Menge zu, so dass diese Zutheilung am einzelnen durch die Umstände, die Willkür und eigene Wahl seiner Bestimmung vermittelt erscheint.

In diesen Sphären, in denen seine Momente, die Einzelheit und Besonderheit, ihre unmittelbare und reflectirte Realität haben, ist der Geist als ihre in sie scheinende objective Allgemeinheit, als die Macht des Vernünftigen in der Nothwendigkeit, nämlich als die in den beiden vorigen Abschnitten betrachteten Institutionen.

Die Individuen der Menge, da sie selbst geistige Naturen und damit das gedoppelte Moment, nämlich das Extrem der für sich wissenden und wollenden Einzelheit und das Extrem der das Substantielle wissenden und wollenden Allgemeinheit, in sich enthalten und daher zu dem Rechte dieser beiden Seiten nur gelangen, insofern sie sowohl als Privat- wie als substantielle Personen wirklich sind, erreichen in jenen Sphären theils unmittelbar das erstere theils das andere so, dass sie in den Institutionen als dem an sich seienden Allgemeinen ihrer besonderen Interessen ihr wesentliches Selbst-

bewusstsein haben, theils dass sie ihnen ein auf einen allgemeinen Zweck gerichtetes Geschäft und Thätigkeit in der Corporation gewähren.

Diese Institutionen machen die Verfassung, d. i. die entwickelte und verwirklichte Vernünftigkeit, im besonderen aus und sind darum die feste Basis des Staates sowie des Zutrauens und der Gesinnung der Individuen für denselben und die Grundsäulen der öffentlichen Freiheit, da in ihnen die besondere Freiheit realisirt und vernünftig, damit in ihnen selbst an sich die Vereinigung der Freiheit und Nothwendigkeit vorhanden ist.

Aber der Geist ist nicht nur als diese Nothwendigkeit und als ein Reich der Erscheinung, sondern als die Idealität derselben und als ihr Inneres sich objectiv und wirklich. So ist diese substantielle Allgemeinheit sich selbst Gegenstand und Zweck und jene Nothwendigkeit hierdurch sich eben so sehr in Gestalt der Freiheit.

Die Nothwendigkeit in der Idealität ist die Entwicklung der Idee innerhalb ihrer selbst. Sie ist als subjective Substantialität die politische Gesinnung, als objective in Unterscheidung von jener der Organismus des Staates, der eigentlich politische Staat und seine Verfassung.

Die politische Gesinnung, der Patriotismus überhaupt, als die in Wahrheit stehende Gewissheit und das zur Gewohnheit gewordene Wollen ist nur Resultat der im Staate bestehenden Institutionen, als in welchem die Vernünftigkeit wirklich vorhanden ist, sowie sie durch das ihnen gemässe Handeln ihre Bethätigung erhält.

Ihren besonders bestimmten Inhalt nimmt die Gesinnung aus den verschiedenen Seiten des Organismus des Staates. Dieser Organismus ist die Entwicklung der Idee zu ihren Unterschieden und zu deren objectiven Wirklichkeit. Diese unterschiedenen Seiten sind so die verschiedenen Gewalten und deren Geschäfte und Wirksamkeiten, wodurch das Allgemeine sich fortwährend, und zwar indem sie durch die Natur des Begriffes bestimmt sind, auf nothwendige Weise hervorbringt und, indem es eben so seiner Production vorausgesetzt ist, sich erhält. Dieser Organismus ist die politische Verfassung.

Dass der Zweck des Staates das allgemeine Interesse als solches und darin als ihrer Substanz die Erhaltung der besonderen Interessen ist, ist erstens seine abstracte Wirklichkeit oder Substantialität. Aber sie ist zweitens seine Nothwendigkeit, als sie sich in die Begriffsunterschiede seiner Wirksamkeit dirimirt, welche durch jene Substantialität eben so wirkliche feste Bestimmungen, Gewalten sind.

Drittens, eben diese Substantialität ist aber der als durch die Form der Bildung hindurchgegangene, sich wissende und wollende Geist. Der Staat weiss daher, was er will, und weiss es in seiner Allgemeinheit als Gedachtes. Er wirkt und handelt deswegen nach gewussten Zwecken, gekannten Grundsätzen und nach Gesetzen, die es nicht nur an sich, sondern fürs Bewusstsein sind und eben so, insofern seine Handlungen sich auf vorhandene Umstände und Verhältnisse beziehen, nach der bestimmten Kenntniss derselben.

Die politische Verfassung ist fürs erste die Organisation des Staates und der Process seines organischen Lebens in Beziehung auf sich selbst, in welcher er seine Momente innerhalb seiner selbst unterscheidet und sie zum Bestehen entfaltet. Zweitens ist er als eine Individualität ausschliessendes Eins, welches sich damit zu anderen verhält, seine Unterscheidung also nach aussen kehrt und nach dieser Bestimmung seine bestehenden Unterschiede innerhalb seiner selbst in ihrer Idealität setzt.

Die fürstliche Gewalt.

A. a. O. §§ 275—286.

Die fürstliche Gewalt enthält die drei Momente der Totalität in sich, die Allgemeinheit der Verfassung und der Gesetze, die Berathung als Beziehung des Besonderen auf das Allgemeine und das Moment der letzten Entscheidung als der Selbstbestimmung, in welche alles übrige zurückgeht und wovon es den Anfang der Wirklichkeit nimmt. Dieses absolute Selbstbestimmen macht das unterscheidende Princip der fürstlichen Gewalt als solcher aus, welches zuerst zu entwickeln ist.

Die Grundbestimmung des politischen Staates ist die substantielle Einheit als Idealität seiner Momente, in welcher erstens die besonderen Gewalten und Geschäfte desselben eben so aufgelöst, als erhalten und nur so erhalten sind, als sie keine unabhängige, sondern allein eine solche und so weit gehende Berechtigung haben, als in der Idee des Ganzen bestimmt ist, von seiner Macht ausgehen und flüssige Glieder desselben als ihres einfachen Selbst sind, und zweitens die besonderen Geschäfte und Wirksamkeiten des Staates als die wesentlichen Momente desselben ihm eigen und an die Individuen, durch welche sie gehandhabt und bethätigt werden, nicht nach deren unmittelbaren Persönlichkeit, sondern nur nach ihren allgemeinen und objectiven Qualitäten geknüpft und daher mit der besonderen Persönlichkeit als solcher äusserlicher- und zufälliger-

weise verbunden sind. Die Staatsgeschäfte und Gewalten können daher nicht Privateigenthum sein.

Diese beiden Bestimmungen, dass die besonderen Geschäfte und Gewalten des Staates weder für sich noch in dem besonderen Willen von Individuen selbstständig und fest sind, sondern in der Einheit des Staates als ihrem einfachen Selbst ihre letzte Wurzel haben, macht die Souveränität des Staates aus.

Die Souveränität, zunächst nur der allgemeine Gedanke dieser Idealität, existirt nur als die ihrer selbst gewisse Subjectivität und als die abstracte, in so fern grundlose Selbstbestimmung des Willens, in welcher das letzte der Entscheidung liegt. Es ist dies das Individuelle des Staates als solches, der selbst nur darin einer ist. Die Subjectivität ist aber in ihrer Wahrheit nur als Subject, die Persönlichkeit nur als Person, und in der zur reellen Vernünftigkeit gediehenen Verfassung hat jedes der drei Momente des Begriffes seine für sich wirkliche ausgesonderte Gestaltung. Dies absolut entscheidende Moment des Ganzen ist daher nicht die Individualität überhaupt, sondern ein Individuum, der Monarch.

Dieses letzte Selbst des Staatswillens ist in dieser seiner Abstraction einfach und daher unmittelbare Einzelheit. In seinem Begriffe selbst liegt hiermit die Bestimmung der Natürlichkeit. Der Monarch ist daher wesentlich als dieses Individuum, abstrahirt von allem anderen Inhalte, und dieses Individuum auf unmittelbar natürliche Weise, durch die natürliche Geburt, zur Würde des Monarchen bestimmt.

Beide Momente in ihrer ungetrennten Einheit, das letzte grundlose Selbst des Willens und die damit eben so grundlose Existenz als der Natur anheimgestellte Bestimmung, diese Idee des von der Willkür Unbewegten macht die Majestät des Monarchen aus. In dieser Einheit liegt die wirkliche Einheit des Staates, welche nur durch diese ihre innere und äussere Unmittelbarkeit der Möglichkeit, in die Sphäre der Besonderheit, deren Willkür, Zwecke und Ansichten herabgezogen zu werden, dem Kampfe der Factionen gegen Factionen um den Thron und der Schwächung und Zerstümmerung der Staatsgewalt entnommen ist.

Aus der Souveränität des Monarchen fliesst das Begnadigungsrecht der Verbrecher. Denn ihr nur kommt die Verwirklichung der Macht des Geistes zu, das Geschehene ungeschehen zu machen und im Vergeben und Vergessen das Verbrechen zu vernichten.

Das zweite in der Fürstengewalt Enthaltene ist das Moment der Besonderheit oder des bestimmten Inhaltes und der Subsumtion

desselben unter das Allgemeine. Insofern es eine besondere Existenz erhält, sind es oberste berathende Stellen und Individuen, die den Inhalt der vorkommenden Staatsangelegenheiten oder der aus vorhandenen Bedürfnissen nöthig werdenden gesetzlichen Bestimmungen mit ihren objectiven Seiten, den Entscheidungsgründen, darauf sich beziehenden Gesetzen, Umständen u. s. f. zur Entscheidung vor den Monarchen bringen. Die Erwählung der Individuen zu diesem Geschäfte wie deren Entfernung fällt, da sie es mit der unmittelbaren Person des Monarchen zu thun haben, in seine unbeschränkte Willkür.

Insofern das Objective der Entscheidung, die Kenntniss des Inhaltes und der Umstände, die gesetzlichen und andere Bestimmungsgründe allein der Verantwortung, d. i. des Beweises der Objectivität fähig ist und daher einer von dem persönlichen Willen des Monarchen als solchem unterschiedenen Berathung zukommen kann, sind diese berathenden Stellen oder Individuen allein der Verantwortung unterworfen, die eigenthümliche Majestät des Monarchen als die letzte entscheidende Subjectivität ist aber über alle Verantwortlichkeit für die Regierungshandlungen erhoben.

Das dritte Moment der fürstlichen Gewalt betrifft das an und für sich Allgemeine, welches in subjectiver Rücksicht in dem Gewissen des Monarchen, in objectiver Rücksicht im Ganzen der Verfassung und in den Gesetzen besteht. Die fürstliche Gewalt setzt in so fern die anderen Momente voraus, wie jedes von diesen sie voraussetzt.

Die objective Garantie der fürstlichen Gewalt, der rechtlichen Succession nach der Erblichkeit des Thrones u. s. f. liegt darin, dass, wie diese Sphäre ihre von den anderen durch die Vernunft bestimmten Momenten ausgeschiedene Wirklichkeit hat, eben so die anderen für sich die eigenthümlichen Rechte und Pflichten ihrer Bestimmung haben. Jedes Glied, indem es sich für sich erhält, erhält im vernünftigen Organismus eben damit die anderen in ihrer Eigenthümlichkeit.

XIII. Friedrich Carl v. Savigny,

geb. 21. Februar 1779 † 25. October 1861.

Staat, Staatsrecht, Privatrecht, öffentliches Recht.

System des heutigen römischen Rechtes. 1. Bd. 1840. § 9.

Fragen wir nach der Entstehung des Staates, so müssen wir dieselbe in eine höhere Nothwendigkeit, in eine von innen heraus bildende Kraft setzen. Und zwar gilt dieses nicht bloss von dem Dasein eines Staates überhaupt, sondern auch von der eigenthümlichen Gestalt, welche der Staat in jedem Volke an sich trägt. Denn auch die Erzeugung des Staates ist eine Art der Rechtserzeugung; ja, sie ist die höchste Stufe der Rechtserzeugung überhaupt.

Übersehen wir von diesem Standpunct aus das gesammte Recht, so unterscheiden wir in demselben zwei Gebiete, das Staatsrecht und das Privatrecht. Das erste hat zum Gegenstande den Staat, d. h. die organische Erscheinung des Volkes, das zweite die Gesammtheit der Rechtsverhältnisse, welche den einzelnen Menschen umgeben, damit er in ihnen sein inneres Leben führe und zu einer bestimmten Gestalt bilde. Nicht als ob es, wenn wir diese beiden Rechtsgebiete vergleichen, an Übergängen und Verwandtschaften fehlte. Denn die Familie hat in ihrer dauernden Gliederung sowie in dem Verhältnisse des Regierens und des Gehorchens unverkennbare Ähnlichkeit mit dem Staate, und eben so treten die Gemeinden, die doch wahre Bestandtheile des Staates sind, nahe an das Verhältniss der einzelnen heran. Dennoch bleibt zwischen beiden Gebieten ein fest bestimmter Gegensatz darin, dass in dem öffentlichen Rechte das Ganze als Zweck, der einzelne als untergeordnet erscheint, anstatt dass in dem Privatrechte der einzelne Mensch für sich Zweck ist und jedes Rechtsverhältniss sich nur als Mittel auf sein Dasein oder seine besonderen Zustände bezieht.

Allein der Staat hat zugleich den mannigfaltigsten Einfluss auf das Privatrecht, und zwar zunächst auf die Realität des Daseins desselben. Denn in ihm zuerst erhält das Volk wahre Persönlichkeit, also die Fähigkeit zu handeln. Wenn wir also ausser demselben dem Privatrechte nur ein unsichtbares Dasein in übereinstimmenden Gefühlen, Gedanken und Sitten zuschreiben können, so erhält es im Staate durch Aufstellung des Richteramtes Leben und Wirklichkeit.

Das hat jedoch nicht den Sinn, dass in dem Leben der Völker in der That eine Zeit vor Erfindung des Staates vorkäme, worin das Privatrecht diese unvollkommene Natur hätte (Naturzustand). Vielmehr wird jedes Volk, sobald es als solches erscheint, zugleich als Staat erscheinen, wie auch dieser gestaltet sein möge. Jene Behauptung also sollte bloss gelten von demjenigen Zustande des Volkes, welcher uns in Gedanken übrig bleibt, wenn wir von seiner Eigenschaft als Staat künstlich abstrahiren.

Hierin erhält zugleich das Verhältniss des einzelnen zu dem allgemeinen Rechte seine Realität und Vollendung. Das Recht hat sein Dasein in dem gemeinsamen Volksgeiste, also in dem Gesamtwillen, der in so fern auch der Willen jedes einzelnen ist. Allein der einzelne kann sich vermöge seiner Freiheit durch das, was er für sich will, gegen das auflehnen, was er als Glied des Ganzen denkt und will. Dieser Widerspruch ist das Unrecht oder die Rechtsverletzung, welche vernichtet werden muss, wenn das Recht bestehen und herrschen soll. Soll aber diese Vernichtung vom Zufalle unabhängig werden und eine regelmässige Sicherheit erhalten, so ist das nur im Staate möglich. Denn hier allein kann dem einzelnen die Rechtsregel als ein Äusseres und Objectives gegenüberstehen. Und in diesem neuen Verhältnisse erscheint die des Unrechtes fähige individuelle Freiheit als von dem Gesamtwillen gebunden und in ihm untergehend.

Ausserdem aber hat der Staat auch den entschiedensten Einfluss auf die Rechtserzeugung im Privatrechte, nicht nur auf dessen Inhalt, sondern auch auf die Grenzen der Rechtserzeugung, indem die Volksgemeinschaft innerhalb desselben Staates inniger und wirksamer, in verschiedenen Staaten dagegen, auch bei Stammesverwandtschaft, entfernter und auf vielfache Weise gehemmt sein muss. Eben so wird die Entstehung eines particulären Volksrechtes durch die Einheit des Staates zwar nicht ausgeschlossen, aber doch in so fern beschränkt, als dadurch jene wesentliche Einheit nicht gefährdet werden darf. Nur würde es irrig sein, in dieser Hinsicht den Einfluss des Staates in Vergleichung mit anderen Verhältnissen zu hoch anzuschlagen oder gar als ausschliessenden Bestimmungsgrund zu denken. So bestanden im Mittelalter nach der Zerstörung des weströmischen Reiches mehrere germanische Staaten mit theils germanischen theils römischen Unterthanen. Hier hatten die römischen Unterthanen des einen Staates mit denen der anderen dasselbe römische Recht, die germanischen Unterthanen der verschiedenen Staaten hatten wenigstens verwandtes Recht, und diese

mehr oder weniger vollständige Rechtsgemeinschaft wurde durch die Grenzen der Staaten nicht gestört.

Um die hier aufgestellte Classification der innerhalb des Staates geltenden Rechte gegen den Vorwurf der Unvollständigkeit zu sichern, ist jedoch noch folgende Ergänzung nöthig. Ich will nicht den Staat auf die Zwecke des Rechtes beschränken; ja, die Theorie soll sich überhaupt nicht anmassen, die Freiheit individueller Entwicklung durch Aufstellung ausschliessender Zwecke der Thätigkeit des Staates begrenzen zu wollen. Dennoch ist seine erste und unabweislichste Aufgabe, die Idee des Rechtes in der sichtbaren Welt herrschend zu machen. Dazu nun führt eine zwiefache Thätigkeit des Staates. Erstlich hat derselbe dem einzelnen, der in seinem Rechte verletzt wird, Schutz zu gewähren gegen diese Verletzung. Die Regeln, unter welchen diese Thätigkeit steht, nennen wir den Civilprocess. Zweitens hat er das verletzte Recht an sich zu vertreten und wiederherzustellen ohne Rücksicht auf das individuelle Interesse. Dieses geschieht durch die Strafe, durch welche der menschliche Willen im beschränkteren Gebiete des Rechtes das in der höheren Weltordnung waltende Gesetz sittlicher Vergeltung nachbildet. Die Regeln, unter welchen diese Thätigkeit steht, nennen wir das Criminalrecht, von welchem der Criminalprocess nur einen Theil bildet.

Civilprocess, Criminalrecht und Criminalprocess sind demnach Theile des Staatsrechtes und wurden bei den Römern auch so angesehen. Dass uns in neueren Zeiten diese Auffassung fremder geworden ist, hat seinen Grund in folgenden Umständen. Die Handhabung des Criminalrechtes ist oft an dieselben Richterbehörden wie der Schutz des Privatrechtes gewiesen worden, und daher hat auch die Behandlung beider Gegenstände eine ähnlichere Gestalt angenommen. In dem Civilprocesse ist aber die Thätigkeit des Staates mit den Rechten der einzelnen so verwebt, dass eine vollständige Trennung praktisch nicht ausführbar ist. Dennoch kann dadurch das hier angegebene innere Wesen dieser Rechtsdisciplinen nicht umgeändert werden. Um nun auf der einen Seite diesem Wesen der Sache, auf der anderen Seite jenen mehr praktischen Beziehungen ihre Anerkennung zu verschaffen, erscheint es, wie es nicht ungewöhnlich ist, so auch zweckmässig, neben dem Namen des Staatsrechtes noch den allgemeinen Namen des öffentlichen Rechtes zu gebrauchen, unter welchem der Civilprocess und das Criminalrecht mitbegriffen sind.

Eine andere Bewandtniss hat es mit dem Kirchenrechte. Vom

rein weltlichen Standpunct aus erscheint die Kirche wie jede andere Gesellschaft, und sowie andere Corporationen theils im Staatsrechte theils im Privatrechte ihre abhängige, untergeordnete Stellung erhalten, könnte man eine solche auch der Kirche anweisen wollen. Ihre das innerste Wesen des Menschen beherrschende Wichtigkeit lässt jedoch diese Behandlung nicht zu. In verschiedenen Zeiten der Weltgeschichte hat daher die Kirche und das Kirchenrecht eine sehr verschiedene Stellung gegen den Staat angenommen. Bei den Römern war das jus sacrum ein Stück des Staatsrechtes und der Staatsgewalt untergeordnet. Die weltumfassende Natur des Christenthums schliesst diese rein nationale Behandlung aus. Im Mittelalter versuchte die Kirche, die Staaten selbst sich unterzuordnen und zu beherrschen. Wir können die verschiedenen christlichen Kirchen nur betrachten als neben dem Staate, aber in mannigfaltiger und inniger Berührung mit demselben stehend. Daher ist uns das Kirchenrecht ein für sich bestehendes Rechtsgebiet, das weder dem öffentlichen noch dem Privatrechte untergeordnet werden darf.

XIV. Friedrich Christoph Dahlmann,

geb. 13. Mai 1785 † 5. December 1860.

Die Menschheit und der Staat.

Die Politik, auf den Grund und das Mass der gegebenen Zustände zurückgeführt. 2. Aufl. 1. Bd. 1847. S. 3—10.

Dem Staate geht kein Naturzustand voran, der von blinden Trieben und vernunftlosen Menschen handelt. Denn der Naturzustand des Menschen ist, Vernunft zu besitzen, ein Übersich und ein Untersich zu unterscheiden. „Kunst ist des Menschen Natur.“ (Burke.) Der Staat ist mithin keine Erfindung weder der Noth noch der Geschicklichkeit, keine Actiengesellschaft, keine Maschine, kein aus einem frei aufgegebenen Naturleben hervorspringendes Vertragswerk, kein nothwendiges Übel, kein mit der Zeit heilbares Gebrechen der Menschheit. Er ist eine ursprüngliche Ordnung, ein nothwendiger Zustand, ein Vermögen der Menschheit und eins von den die Gattung zur Vollendung führenden Vermögen. Der Staat ist uranfänglich. Die Urfamilie ist Urstaat; jede Familie, unab-

hängig dargestellt, ist Staat. „Der Mensch ist von Natur ein Staatswesen.“ (Aristoteles.) Was man in der Beschreibung ungebildeter Völker Naturstand nennt, ist nur ein Minus der Staatsthätigkeit, welches aus einem unentwickelten Bewusstsein des Staates stammt. Man kann mehr Volk als Staat sein, aber man kann nicht Volk ohne Staat sein. Die Aufgabe ist, den Staat im Volksbewusstsein zu vollenden.

Die Annahme eines Naturstandes ist als Behelf der Demonstration, als ein bewusstes Absehen vom Staate, um ihn demnächst frei aus der menschlichen Beschaffenheit entstehen zu lassen, nicht zu verwerfen. Wird aber der Naturstand mit positiven Eigenschaften ausgerüstet, ungesellig, gesellig, gleichgültig, so wird eben dadurch der Staat aus einer übermächtigen, übermenschlichen Ordnung zum Geschöpfe menschlicher Willkür. Denn der Staat ist nicht bloss etwas Gemeinsames unter den Menschen, nicht bloss etwas Unabhängiges. Er ist zugleich etwas Zusammengewachsenes, eine leiblich und geistig geeinigte Persönlichkeit. Die Familie, unabhängig gedacht, ist Volk und Staat in völliger Durchdringung beider. Durch mehrere Familien im Staate entsteht die Möglichkeit mehrerer Staaten, und indem herrschende Familien durch ihren Zusammenhang mit abhängigen zu Stämmen heranwachsen, geschieht ein starker Schritt dazu. Allein Volk und Staat weichen von nun an freier aus einander. Es braucht weder ein ganzes Volk sich in demselben Staate abzuschliessen, — trennen doch oft Welttheile die Mitglieder desselben Hauses — noch duldet es die schon mächtiger schaltende Geschichte, dass überall der Staat aus einer blutsverwandten Volksnatur erwachse oder, wenn erwachsen, unvermischt fortbestehe. Volk und Bevölkerung unterscheiden sich fortan häufig, und der Staat ist etwas anderes geworden als bloss die Form des Volkes.

Gleiche Volksart von Haus aus, das will sagen, ein körperlich und geistig gleichartiger Menschenschlag, gleiche Sprache als Zeugnis seit Jahrhunderten gleichverstandener Lebenserfahrungen bilden eine glückliche Mitgabe für den Naturstaat auf seinem dornichten Wege zur bewussten Durchbildung. Aber die Geschichte hat von je her häufig die stille Urbildung der Natur unterbrochen, indem sie verschiedenartige Stämme und Volksthümlichkeiten über einander schichtete und gerade aus der Vermischung manchmal eine zweite gelungenere Natur und gediegene Staatsbildungen gewann. Aus Pelasgern, Thrakern, Achäern, Ionern erwuchs das lebensvolle Volk von Attika, und seit das Christenthum unserem Welttheile Einheit

der Religion gab, konnte selbst einem Mischvolke von Briten, Römern, Sachsen, Dänen, Normannen, nachdem die furchtbaren Krisen des ersten Zusammentreffens überwunden waren, der Staat von England gelingen. Tritt so das Band der ursprünglichsten Blutsverwandtschaft allmählich zurück, so verstärkt sich dagegen das Band des örtlichen Zusammenseins mit dem Wachsthum der Bildung. Das unbestimmte Heimatsgefühl der Naturvölker, welches hauptsächlich nur Liebe zu den Genossen und zu gewissen Lebensarten ist, steigert sich mit dem Fortrücken der Bildung und namentlich durch Werke der bildenden Kunst zur örtlichsten Vaterlandsliebe. Völkerwanderungen hören auf.

Die übermächtige weltliche Ordnung, welche den Menschen in ein Volk setzt, indem sie ihn in einer Familie geboren werden lässt, nimmt aber ihre Macht nicht aus sich selber und hat ihren letzten Zweck nicht in sich. Sie dient vielmehr einer höher stehenden Ordnung, welche jedem einzelnen Staate und allen Staaten mit einander überlegen ist. Wir glauben an ein grosses gemeinsames Werk der Menschheit, zu welchem das einzelne Staatenleben nur die Vorarbeiten liefert, an eine auch äusserliche Vollendung der menschlichen Dinge am Ende der Geschichte. Das am tiefsten verschlungene Räthsel unseres Daseins steht freilich an ihrem Anfange. Darüber aber hat nun einmal die Lehre vom Staate nicht zu untersuchen, wie es denn gekommen sei, dass die Menschheit von Anfang her so schief gegen das Licht steht, dass sie bei jedem Schritte einen langen Schatten wirft, warum es unmöglich ist, die Lehren der Religion in ihrer ungetrübten Reinheit als Anforderung in den Menschenstaat einzuführen, warum Familienvortheil und Staatswohl sich so mannigfach bekämpfen und warum, was die höchsten Beziehungen angeht, eins gut sein kann, dem Sittengesetze des Individuums entsprechend, ein anderes aber recht, dem Gebote des Staates entsprechend. Die Staatslehre hat den Grund der ethischen Verhältnisse nicht aufzudecken, sie soll dieselben anerkennen und diejenigen äusserlichen Einrichtungen ausbilden, welche diesen Zwiespalt zu vermindern dienen, indem sie den Staat der höheren veröhnenden Sitte empfänglich machen. Der einzelne aber muss zuvor in seinem eigenen Wesen die billig herrschenden Gewalten von den billig dienenden unterscheiden lernen, ehe er von Staatssachen zu urtheilen unternimmt.

Darum ist die Errichtung des rechtlichen Zustandes, wie er denn auch beschaffen sei, freilich Sache des Staates, aber nicht letzter Zweck des Staates. Darum aber auch tritt der Staat als

solcher nicht an die Stelle der göttlichen, unbedingt zu befolgenden Ordnung, und es kann die Vorschrift nicht vor der Wahrheit bestehen, dass die äussere Pflicht vor der sittlichen erfüllt werden müsse, wiewohl nichts auf der Erde der göttlichen Ordnung so nahe steht als die Staatsordnung.

Der seiner höheren Bestimmung getreue Mensch bringt dem Staate jedes Opfer des Eigenthums und der Person, nur nicht das Opfer seiner höheren Bestimmung selber. Alles sein Recht mag er hingeben, nur nicht das, worüber er kein Recht hat. Das ist der Ruhm und die Gefahr der menschlichen Dinge, dass der einzelne am Ende unberechenbar gegen den Staat steht. Der Staat inzwischen wird keine Macht in seinem Inneren gestatten wollen, die sich gegen seine Rechtsanstalten erhebt. Der schlechte Staat bedient sich zu dem Ende lediglich seiner Gewalt, verschlingt die Familie mit der Macht seines Gesetzes, legt sich ein Obereigenthum bei, drückt auf die Forschung seinen Stempel, dringt jeder Regel jede Ausnahme auf. Der gute Staat hingegen, weit entfernt, das Privatrecht zu stören, stellt es unter den Schutz des öffentlichen Rechtes und legt dem Eigenthum und den Personen allein diejenigen Beschränkungen auf, welche das öffentliche Wohl erfordert. Durch diesen entscheidenden Schritt der Gewährleistung des Privatrechtes söhnt er das selbstständige Wesen der Familien mit den Schuldigkeiten des Staatsrechtes aus, und die Regierung stellt sich hoch über der Bevölkerung auf. Alle ferneren Zwistigkeiten kämpfen sich in kleineren Kreisen durch, bedrohen die Gesamttordnung nicht.

Da die Menschheit kein anderes Dasein hat als dieses, welches, im steten Entwicklungskampfe räumlich und zeitlich begriffen, in unserer Geschichte vorliegt, so entbehrt eine Darstellung des Staates, welche sich der historischen Grundlagen entäussert, aller ernststen Belehrung und gehört den Phantasiespielen an. Der Idealist, zeit- und ortlos hinstellend, was den guten Staat bedeuten soll, löst Räthsel, die er sich selber aufgegeben hat. Er vollbringt mit Menschen, die es nie gegeben hat, die Aufstellung einer Gegenwart, welche keine Fähigkeit zu sein besitzt. Die Politik muss, um lehrreich zu sein, ihre Aufgaben nicht wählen, sondern empfangen, wie sie im Drange von Raum und Zeit hervorgehen aus jener tiefen Verschlingung der gesunden Kräfte der Menschheit mit allem dem krankhaften Wesen, welches in der physischen Welt Übel, in der moralischen Böses heisst. Die Politik ist Gesundheitslehre, nicht weil sie Gesundheit geben, sondern weil sie die Ursachen der Krankheit entdecken und oft vermindern kann.

Darum darf auch selbst die Erklärung, was der Staat bedeute, in den Fluss der Zeit hingestellt sein. Der Staat kann erscheinen lediglich unter dem Charakter eines äusserlich unabhängigen Menschenvereines, der am Ende nicht einmal vollständige Familien zu besitzen braucht, geschweige denn festen oder überhaupt nur eigenen Boden, der aber doch immer, um ein Verein — nicht mehrere — zu sein, eine Anzahl gemeinsamer Obliegenheiten, durch eine Regierung nach aussen gegen andere Staaten, nach innen gegen die Unterthanen gewahrt, enthalten muss, — so der Staat in seiner dürftigsten Erscheinung. Dagegen kann er, wenn alle Bedingungen als günstig angenommen werden, sich gestalten als ein unabhängiger Verein von körperlich und geistig gleichartigen, unter demselben Gesetze lebenden Familien, welcher, nachdem er fortwachsend einen für eine dichte Bevölkerung ausreichenden Boden und starke anerkannte Grundlagen seines äusseren Lebens errungen hat und nun ausgewachsen ist, fortan arbeitet, wie er auch seinen inneren Frieden finde. Hat es Fortgang mit dieser Arbeit, so wird die reiche Vielgestaltigkeit seines Gemeinwesens nirgend ferner an Regierungseinheit darben, und alles, was nützlich, was wahr und schön und heilig unter den Menschen ist, gelangt zu einer diesem Volke eigenthümlichen und mit bewusstem Fortschreiten jede Volksclasse fortbildenden Darstellung. Denn zur Darstellung des weltlich Guten gehört auch das gute Gelingen, und weil nichts vollkommen ist, was besteht, so ist das höchste Darstellbare der Fortschritt.

In einem Staate dieser Art ist die Freiheit seiner bürgerlichen Gesellschaft ohne weiteres enthalten, und es ist dieselbe an keine allgemeingültige äussere Form gebunden, obwohl es freiheitstützende Einrichtungen gibt. In Hinsicht auf die Form aber nennen wir denjenigen Staat frei, dessen Grundeinrichtungen nur nach einer bestimmten allgemeinen Regel und nur unter Zuthun aller Stände oder Gliedmassen des Volkes verändert werden können.

Weil die Menschheit in jedem Zeitalter neue Zustände gebiert, so lässt sich kein Staat grundfest darstellen, ausser mit den Mitteln und unter den Bedingungen irgend eines Zeitalters, ausser gebunden an die Verhältnisse irgend einer unmittelbaren Gegenwart. Daher drängt alle Behandlung von Staatssachen im Leben und in der Lehre zur Historie hin und durch sie auf eine Gegenwart und weiter, weil keine neue Form des Lebens sich vernachlässigen lässt, auf unsere Gegenwart, unseren Welttheil, unser Volk.

Der Staat ist aber nicht allein ein Insich, er hat auch ein Nebensich, die anderen Staaten. Die Ausbildung auch dieses ge-

selligen Verhältnisses ist unabweisbar Aufgabe der Politik und steht mit der Stufe der inneren Ausbildung in nothwendiger Wechselwirkung. Wer einen Welt- oder Menschheitsstaat begehrt und in Universalmonarchieen vorherverkündigt sieht, der verschliesst der zu Staaten versammelten Menschheit die Aussicht auf ihre höchste Bildungsstufe, auf welcher sich der Staat, wie er von der Familie ausgegangen ist, in der Staatenfamilie vollende.

XV. Georg Waitz,

geb. 9. October 1813 † 24. Mai 1886.

Das Wesen des Bundesstaates.

Grundzüge der Politik. 1862. S. 162—168.

Der Bundesstaat ist, wie sein Namen es sagt, ein Staat. Wenn der Staat in wissenschaftlicher Auffassung nicht als eine zufällige Vereinigung von Individuen, herbeigeführt sei es durch Vertrag oder durch Gewalt, sondern als die Organisation eines Volkes zur Erfüllung seiner höheren Lebensaufgaben erscheint, so ist der Bundesstaat diejenige Form desselben, wo ein Theil dieser allgemeinen Aufgaben des Staatslebens gemeinsam von der ganzen Nation, ein anderer Theil getrennt von den einzelnen Stämmen oder Abtheilungen des Volkes zu erfüllen ist.

Für den Bundesstaat wird also zunächst erfordert, dass ein bestimmter Theil des staatlichen Lebens gemeinsam, ein anderer ebenso bestimmter den einzelnen Gliedern überlassen ist. Auf die Art der Theilung kann es im allgemeinen nicht ankommen; diese lässt sich verschieden denken und wird wirklich in verschiedenen Fällen verschieden sein. Aber mit der Theilung allein ist es nicht gethan, diese findet auch bei anderen Formen des Staates statt. Im Staatenbunde ist es die Gesammtheit nicht, im Staatenreiche sind es die Glieder nicht; im Bundesstaate müssen es beide sein, und darum kann man hier von dem Gegensatze des Gesamtstaates und Einzelstaates sprechen.

Es ist aber für jeden Staat ein erstes Erforderniss, dass er selbstständig sei, unabhängig von jeder ihm selbst fremden Gewalt. Darum waren die Fürstenthümer des Reiches keine wahren Staaten, weil sie eine Gewalt über sich hatten, die, sie mochte so schwach

sein, wie sie wollte, als eine höhere, ja als der Quell und Ausgangspunkt ihres Rechtes erschien. Der Staatenbund ist aus demselben Grunde niemals selber als ein Staat zu betrachten. Denn wieweit auch seine Competenz gezogen werde oder wie gross das Recht seiner leitenden Gewalt sei, das Mass und der Grund derselben liegt in der Vereinbarung der Staaten und in der Übertragung bestimmter Befugnisse, welche diese vornehmen. Eine solche Übertragung oder richtiger ein Aufgeben bestimmter Rechte kann auch bei dem Bundesstaate seiner ersten Begründung vorangehen und muss geschehen, wenn dieser an die Stelle einer früheren verschiedenen Staatsordnung tritt. Das ist aber nur ein einzelner historischer Act, ganz verschieden von jener Begründung der staatenbundlichen Gewalt, welche immer nur auf dem Grunde der Delegation oder Bevollmächtigung beruht und kein eigenes, selbstständiges Recht in sich trägt. Dem Bundesstaate aber ist eben dieses unentbehrlich. Der Gesamtstaat und der Einzelstaat müssen beide hier ein solches in sich tragen. Dieser darf eben so wenig seine Berechtigung von jenem empfangen, wie umgekehrt der Gesamtstaat nicht erst in der Vereinigung der Einzelstaaten die Wurzel und den Grund seiner Existenz findet. Die Thätigkeit, welche der Einheitsstaat ganz und ungetheilt umfasst, ist hier gewissermassen gespalten. Für jeden Theil gibt es eine besondere Organisation, jeder von beiden hat eine besondere Sphäre, aber innerhalb dieser Sphäre ist der eine so selbstständig wie der andere. Im Bundesstaate hat der Gesamtstaat und der Einzelstaat jeder ein geringeres Gebiet als der Einheitsstaat, aber innerhalb seines Bereiches ist das Recht weder des einen noch des anderen schlechter als das des letzteren.

Man kann diese Selbstständigkeit mit einem in der Politik üblichen Namen nicht unpassend Souveränität nennen. Und nun zeigt sich bestimmt der Gegensatz dieser Ausführung gegen diejenige Ansicht, welche wenigstens früher Stahl vertreten hat. Er sagt: „Wenn die Souveränität nicht bei den Einzelstaaten, sondern bei der Centralgewalt ist, da ist Bundesstaat.“ Wir sagen gerade entgegengesetzt: „Nur da ist ein Bundesstaat vorhanden, wo die Souveränität nicht dem einen und nicht dem anderen, sondern beiden, dem Gesamtstaate — der Centralgewalt — und dem Einzelstaate — der Einzelstaatsgewalt —, jedem innerhalb seiner Sphäre zusteht. So bemerkt Tocqueville von der Bundesgewalt der Vereinigten Staaten: „L'union telle qu'on l'a constituée en 1789 n'a, il est vrai, qu'une souveraineté restreinte; mais on a voulu que dans ce cercle elle ne formât qu'un seul et même peuple. Dans ce cercle,

elle est souverain.“ Ganz unrichtig behaupten dagegen manche deutsche Schriftsteller, das Wesen des Bundesstaates sei, dass hier Staaten die Unterthanen seien, oder der Bundesstaat begründe eine wahre Gehorsams- oder Unterthanenpflicht aller Bundesregierungen und also eine wesentliche, nicht bloss reale, sondern persönliche Beschränkung ihrer Souveränität. Auch davon ist gerade das Gegentheil wahr. Nur der Umfang, nicht der Inhalt der Souveränität ist beschränkt, und jener für die eine Staatsgewalt so gut wie für die andere.

Dies sind Grundsätze von durchgreifender Bedeutung. Sie geben für den Bundesstaat einen bestimmten unterscheidenden Begriff den früher erwähnten Staatsformen gegenüber. Nicht der Umfang der Gemeinsamkeit, sondern die Art derselben bestimmt den Unterschied. Es lässt sich sehr wohl denken, dass verschiedene Staaten sich über dieselben Gegenstände oder selbst über einen weiteren Kreis des Staatslebens zu einer Gemeinsamkeit im Staatenbunde vereinigen. Sowenig wie daraus schon ein Bundesstaat entsteht, eben so wenig wird dieser aufgehoben, wenn bei einer Organisation in der angegebenen Weise der Kompetenz der Einzelstaaten weitere, der des Gesamtstaates engere Grenzen gezogen werden. Umgekehrt wird der Bundesstaat sich dem Einheitsstaate nur dann annähern, wenn die Centralgewalt ihr Gebiet so weit erstreckt, dass sie alle wichtigeren Aufgaben des Staatslebens in ihren Bereich zieht. Die Organisation des Gesamtstaates und die Art seiner Thätigkeit mögen dagegen der des Einheitsstaates so nahe kommen wie irgend möglich. Es widerspricht das dem Wesen des Bundesstaates durchaus nicht, sondern es erscheint vielmehr nur als eine Nöthigung, die sich eben dadurch ergibt, dass der Gesamtstaat innerhalb seiner Sphäre ganz dasselbe zu leisten hat, was der Einzelstaat in der seinen, der Einheitsstaat in dem ganzen Umfange des Staatslebens.

Wenn aber dergestalt die Selbstständigkeit für den Einzelstaat wie für den Gesamtstaat als die wesentliche Bedingung dieser Staatsordnung erscheint, so bedarf es nur der Anwendung dieser Grundsätze auf die wichtigsten Verhältnisse des Staatslebens überhaupt, um ein vollständiges Bild von dem Wesen und der Einrichtung derselben zu gewinnen. Es wird im ganzen auch nicht darauf ankommen, die Nothwendigkeit dieser Forderung bei dem Einzelstaate durchzuführen, wo die allgemeine Meinung hierüber kaum an einzelnen Punkten einen Zweifel hat. Dass weder die Regierung des Einzelstaates von der Centralgewalt bestellt noch die Mittel ihrer Existenz von dieser geboten werden sollen, ist auch dem unzweifelhaft, welcher

Bedenken haben wird, ob dasselbe mit dem gleichen Rechte in dem umgekehrten Verhältnisse behauptet werden kann. Es ist eben hier die Aufgabe und die Absicht, zu zeigen, dass es sich in der That in beiden Fällen gleich verhält und dass die Selbstständigkeit an der einen Stelle eben so vollständig durchgeführt werden muss wie an der anderen. Auch hat, wie ein näheres Eingehen auf geschichtliche Thatsachen zeigt, wo ein wahrer Bundesstaat entstanden ist, ein innerer Trieb die Völker zu den entsprechenden Formen geführt. Die Lehre der Politik, von wie allgemeinen Grundsätzen sie auch auszugehen scheint, ist doch immer nur der Nachweis des Gesetzes, welches den lebendigen Productionen des Völkerlebens zu Grunde liegt.

XVI. Carl Salomo Zachariä,

geb. 14. September 1769 † 27. März 1843.

Von dem Einflusse des Klimas auf die Menschen- und Staatenwelt.

Vierzig Bücher vom Staate. Umarbeitung. 2. Band. 1839. S. 46—51.

Schon Herodot macht die Bemerkung, dass die Verschiedenheit der Gesetze und Gewohnheiten der Völker hauptsächlich auf der Verschiedenheit des Himmelsstriches beruhe, unter welchem die Völker leben. Dieselbe Bemerkung wiederholen andere Schriftsteller, z. B. Hippokrates. Noch weiter ist diese Theorie von dem Einflusse des Klimas auf die Menschen- und Staatenwelt von einigen neueren Schriftstellern, namentlich von Bodin und dann von Montesquieu, ausgedehnt worden. Einige dieser Schriftsteller scheinen so weit zu gehen, dass sie eine jede Verschiedenheit unter den Gesetzen, Einrichtungen und Sitten der Völker auf die Rechnung der Verschiedenheit des Klimas setzen, eine Theorie, welche darauf hinausläuft, dass die Menschenwelt eben so wie die Körperwelt allein unter der Herrschaft physischer Ursachen stehe.

Dagegen wird von anderen Schriftstellern dem Klima der in Frage stehende Einfluss gänzlich abgesprochen. Wie jene, so berufen sich auch diese auf Thatsachen.

Man kann die erstere Meinung der Vermessenheit beschuldigen. Soviel auch für die Bearbeitung der Naturwissenschaften bereits geschehen ist, so müssten doch diese Wissenschaften eine Stufe der

Vollkommenheit erreicht haben, auf welcher sie noch keineswegs stehen und welche sie vielleicht nie erreichen werden, wenn es möglich sein sollte, zu dem stolzen oder zu dem demüthigenden Resultat zu gelangen, welches in jener Meinung liegt.

Es fehlt zwar nicht an Thatsachen, welche einen tieferen Zusammenhang zwischen der Körper- und der Geisterwelt zu beweisen scheinen oder ahnen lassen. Die Schädellehre oder Phrenologie ist ihrem ganzen Inhalte nach eine Sammlung solcher Thatsachen. Zuweilen ereignen sich sogar Begebenheiten, welche an das Wunderbare grenzen, wenn man sie nicht auf physische Ursachen zurückführt. Wenn z. B. die Geschichte, wie die der Kreuzzüge, die der Reformation, die der französischen Revolution, lehrt, dass sich neue Meinungen und deren Folgen nicht selten mit Blitzesschnelle verbreiten, so ist man versucht, zur Erklärung dieser Erscheinung zu einem in der Luft gerade verbreiteten Ansteckungsstoffe seine Zuflucht zu nehmen.

Aber diesen Thatsachen, die ohnehin nur vereinzelt stehen, kann man wieder andere entgegensetzen, welche eben so sehr für die Unabhängigkeit des Menschen von physischen Ursachen und namentlich von dem Einflusse des Klimas zu sprechen scheinen. Schon die Thatsache lässt sich mit der Meinung, welche hier bestritten wird, nicht füglich vereinigen, dass der Mensch unter allen Thieren das einzige ist, welches unter einem jeden Klima ausdauern kann, ohne dass seine Kräfte und Anlagen durch die Beschaffenheit des Klimas oder durch eine Übersiedelung wesentlich modificirt würden; noch weniger die Thatsache, dass, ungeachtet sich in keinem Lande der Erde das Klima wesentlich verändert zu haben scheint, dennoch mit den Völkern, welche die verschiedenen Länder der Erde bewohnen, so viele und so grosse Veränderungen vor sich gegangen sind; endlich eben so wenig die Thatsache, dass nirgends die klimatische Verschiedenheit der Länder über die geistige und moralische Verschiedenheit der Bewohner entscheidet. Der stolze Araber und der harmlose Hindu leben ungefähr unter demselben Klima. Der Abstand zwischen dem Bewohner des südlichen Asiens und dem Africaner ist ausser allem Verhältnisse mit der Verschiedenheit des Klimas, in welchem der eine und der andere lebt. In Neu-californien, erzählt Langsdorf, im 38. Breitengrade, wo die Einwohner des Landes in einem gemässigten Klima leben, wo sie keine Sorge für Wohnung und Kleidung haben, wo sie sich von der Jagd, von Früchten und Wurzeln, von Fischen und anderen Seethieren reichlich nähren können, sind sie hässlich, klein, übelgebaut, dünn,

dahingegen andere Bewohner derselben Küste, z. B. die Kaluschen im 58. und 59. Breitengrade, starke, wohlgebaute und so verschmitzte Menschen sind, dass sie schon die Europäer überlisteten. Mit einem Worte: „Die Menschenwelt müsste ein ähnliches Schauspiel wie die vegetabilische Schöpfung darbieten, wenn das Klima denselben Einfluss auf die eine wie auf die andere hätte. Es müsste sich z. B. die Macht und Pracht der Vegetation der Tropenländer in den geistigen Vollkommenheiten der Völker dieser Länder wiederholen.“

Jedoch die Haupteinwendung, welche der vorliegenden Theorie entgegengesetzt werden kann, ist die: „Wir müssten uns zur Bestätigung dieser Theorie in eine Vergangenheit versetzen können, bis zu welcher keine Geschichte hinaufreicht.“ Unsicher aber sind die Schlüsse, welche in dieser Hinsicht von der Gegenwart auf die Vergangenheit gezogen werden, theils weil, wie aus so vielen That-sachen hervorgeht, die Lebenskraft der Natur einst weit mächtiger und unter anderen Verhältnissen auf der noch jungen Erde wirkte, als sie jetzt auf der schon greisen Erde wirkt, theils deswegen, weil sich kaum von irgend einer Nation der Erde annehmen und noch weniger von irgend einer Nation nachweisen lässt, dass sie ihre ursprünglichen Wohnsitze von je her und bis auf diesen Tag behauptet habe. Nun kann oder muss man zwar zugeben, dass dieselben Naturkräfte, welche ursprünglich auf der Erde in Thätigkeit waren, auch jetzt noch auf ihr in Thätigkeit sind. Aber diese Naturkräfte wirken jetzt schwächer und allmählicher, ihre Wirkungen sind daher weniger auffallend. Sie werden jetzt mehr durch die Macht des Menschen über die Natur gehemmt und gestört als in dem Jugendalter der Erde und unseres Geschlechtes. Auf jeden Fall fehlt es uns an Beobachtungen, welche zahlreich und sicher genug wären, um den Einfluss des Klimas auf die Denk- und Gemüthsart der Menschen zu bestätigen.

Diese Beobachtungen müssen besonders in Ländern angestellt werden, welche eine neue Bevölkerung durch Einwanderer aus einem unter einem anderen Klima liegenden Lande erhalten haben. Bis jetzt sind nur wenige Beobachtungen dieser Art gemacht worden. Doch wird z. B. berichtet, dass die Kinder, welche in Neusüdwallis von Eltern englischer Abkunft gezeugt werden, sich von den in England geborenen durch mehrere geistige Eigenthümlichkeiten auffallend unterscheiden.

Dieselbe Einwendung kann aber auch der anderen Meinung entgegengehalten werden. Die Gründe, mit welchen die erstere

Meinung bestritten worden ist, gehen nur so weit, dass man nicht eine jede Verschiedenheit der Völker aus der klimatischen Verschiedenheit der Länder, welche von ihnen bewohnt werden, ableiten könne, dass man die Frage von dem Einflusse des Klimas auf die Menschen- und Staatenwelt nur so zu stellen habe: „Gibt es gewisse Erscheinungen, welche man aus diesem Einflusse schon nach dem heutigen Stande der Naturwissenschaften mit einiger Sicherheit ableiten kann?“

Der Völkerstaat eine Rechtsidee.

A. a. O. 5. Bd. 1841. S. 152 u. 153.

In rechtlicher Hinsicht ist ein Volk, gleichsam ein künstlicher Mensch, einem Menschen gleichzustellen. Denn beiden, einem Volke und einem Menschen, kommt die Eigenschaft der Persönlichkeit zu, d. i. das Vermögen, andere — andere physische oder moralische Personen — rechtlich zu verpflichten und von anderen rechtlich verpflichtet zu werden. Sowie daher den Menschen als einzelnen die Pflicht obliegt, einen Staatsverein mit einander abzuschliessen, so haben dieselbe Pflicht auch Völker gegen einander. In der einen und in der anderen Beziehung beruht diese Pflicht auf der Rechtlosigkeit des Naturstandes, d. i. desjenigen Zustandes, in welchem der Mensch oder ein Volk sein eigener Richter über Recht oder Unrecht ist. Wie daher das Völkerstaatsrecht seinen Grundlagen nach von dem Staatsrechte nicht wesentlich verschieden, so ist es auch seinem Inhalte nach von dem letzteren Rechte nicht wesentlich verschieden. Nur die Verhältnisse sind verschieden, auf welche dieselben Grundsätze in der einen und in der anderen Wissenschaft anzuwenden sind.

Zwar setzt das Völkerstaatsrecht noch andere Thatsachen voraus als die, welche das Staatsrecht voraussetzt, die Thatsachen, dass mehrere Völker neben einander existiren und dass sie in dem Verhältnisse der Wechselwirkung zu einander stehen. Aber diese Voraussetzung beruht auf eben so ewigen Naturgesetzen als die Voraussetzung des Staatsrechtes, dass sich die Menschen zu einander gesellen können und dass sie zu einander gesellt sind.

Neue Rechtsfragen bieten sich dar, wenn man sich den Fall denkt, dass mehrere Völkerstaaten neben einander oder dass neben einem Völkerstaate selbstständige Staaten existiren, allemal übrigens das Verhältniss der Wechselwirkung vorausgesetzt.

Der Satz: „Auch Völker sollen in einen Staatsverein mit

einander treten“ ist eben so wohl eine Maxime der Politik als ein Gebot des Rechtes. Denn

nulla salus bello, pacem deprecemur omnes!

Aber wenn beide, die Politik und das Recht, zu demselben Resultat führen, so ist es sogar eine Forderung der Politik, das Resultat vor allen Dingen aus Rechtsgründen abzuleiten. Denn die Stimme des Rechtes ist die entscheidendere; sie spricht zugleich zum Gewissen.

Entstehung und Fortdauer von Völkerstaaten und Völkerbünden.

A. a. O. 5. Bd. 1841. S. 160—164.

Völkerstaaten oder Völkerbünde entstehen entweder so, dass gewisse Völker einen Staatsverein oder einen Bund allererst mit einander abschliessen, oder so, dass ein einfacher Staat in einen Völkerstaat übergeht, d. i. dass sich ein Volk in mehrere Völker spaltet, diese jedoch, vereinigt zu einem Völkerstaate, den früheren Verein in einer anderen Gestalt fortsetzen. Auf die erstere Art hat sich z. B. der Verein gebildet, welcher unter den Völkern des heutigen Europas besteht. Des letzteren Ursprunges ist z. B. die schweizer Eidgenossenschaft, die Union in Nordamerika, der deutsche Bund.

Dass, wenn sich ein Staat in mehrere Staaten spaltet, die Theile des bisherigen Ganzen dennoch als Glieder eines Völkerstaates oder Bundes mit einander vereinigt bleiben, liegt so ganz in der Natur der Verhältnisse, dass man sich unter dieser Voraussetzung leichter die Entstehung des neuen Vereines als die gänzliche und bleibende Auflösung des früheren erklären kann. Wenn auch das äussere Band, welches diese Staaten bisher zu einem einzigen Staate vereinigte, gelöst oder zerrissen worden ist, so gibt es doch noch andere Bande, welche ihnen eine politische Verbindung, wenn auch eine anders gestaltete, zum Bedürfnisse machen. Sogar kann sich der Fall so stellen, dass einerseits die Errichtung eines Bundes das Mittel ist, die Auflösung des Staates ins Werk zu setzen, und dass andererseits in der Verfassung des nun aufgelösten Staates schon der Grundriss zu der dem Bunde zu gebenden Verfassung liegt. So stellte sich z. B. der Fall, als sich die Staaten der Union von Grossbritannien losrissen. Mit einem Worte: „Ein Völkerstaat oder Bund, der auf diese Weise entsteht, hat, schon was seinen Ursprung betrifft, eine Geschichte. Auch verbürgen ihm dieselben Ursachen, welchen er seine Entstehung verdankt, zugleich seine Dauer“.

Schwieriger ist die Entstehung dieser Vereine unter der entgegengesetzten Voraussetzung auf ihre Ursachen zurückzuführen. Zwar scheinen dieselben Gründe, welche die einzelnen Menschen nöthigen, ihr Heil im Staate zu suchen, auch die Völker zu demselben Entschlusse bestimmen zu müssen. Ja, auch angenommen, dass ein Volk für die Unverletzlichkeit seiner Rechte weniger als der einzelne Mensch für seine Sicherheit im Stande der Natur zu fürchten hat, so droht doch ein Krieg, welcher unter Völkern ausbricht, einer Unzahl Menschen zugleich Tod und Verderben, und so wirken doch die Ursachen, welche die Menschen überhaupt entzweien, als Ursachen der Kriege unter Völkern im grossen und in neuen Gestalten. So hat es z. B. den Völkern des Nordens von je her und überall, in Europa, in Asien, in America nach den Schätzen des Südens gelüstet.

Allein wenn die Menschen fast überall, die Völker nur ausnahmsweise zu Staaten vereinigt sind, so erklärt sich dieser Unterschied daraus, dass nicht leicht jemand gehorcht, wenn er nicht gehorchen muss. Gehorsam ist, wie nach Brown das Leben, ein gezwungener Zustand. Einem Volke aber dringt sich die Nothwendigkeit, Ruh' und Frieden mit einem Theile seiner Selbstständigkeit zu erkaufen, in dem Grade weniger auf als dem einzelnen Menschen, in welchem es mächtiger als ein einzelner Mensch ist. Wäre auch das Volk nicht eine Macht der ersten Grösse, so überschätzt doch eine jede Macht ihre Kräfte. Ja, wäre auch das Volk, als ein Ganzes betrachtet, noch so friedliebend, so ist doch die Regierung, im Inneren des Gebietens gewohnt, schwerlich geneigt, ihre Selbstständigkeit in den auswärtigen Verhältnissen aufzugeben. Das ist die Auflösung des Räthsels!

Es muss daher, wenn sich Völker entschliessen sollen, in einen Staatsverein oder in einen Bund mit einander zu treten, die Gefahr, die ihnen von aussen droht, aus besonderen Gründen so gross und so dringend sein, dass die Furcht jeden Widerwillen zu überwinden vermag. Und die Gefahr ist von dieser Art, wenn entweder eine Anzahl Staaten von einem ihnen bei weitem überlegenen Nachbarn oder auch von mehreren gemeinschaftlich und auf die Dauer bedroht werden oder wenn eine Anzahl Staaten in einem Verhältnisse zu einander stehen, dass einer den anderen in einem jeden Augenblicke zu fürchten hat, keiner aber mächtig genug ist, um den übrigen die Spitze zu bieten. Auf die eine oder auf die andere dieser Ursachen oder auch zuweilen auf beide Ursachen zugleich kann man die Ursprünge eines jeden Völkerstaates oder Bundes, er

gehöre der Vergangenheit oder der Gegenwart an, zurückführen. Selbst die Völkerstaaten machen nicht eine Ausnahme von der Regel, welche ein geoffenbartes Recht zur Grundlage haben oder hatten. Die Offenbarung ist dann nur das Gewand, in welches das Interesse der unter dem Vereine begriffenen Völker eingekleidet wird.

Jedoch selbst wenn diese Bedingungen der Entstehung eines Völkerstaates, die eine oder die andere oder beide zusammen, gegeben sind, muss noch immer eine weitere Bedingung hinzukommen oder wenigstens, wenn er von Dauer sein soll. Diese Bedingung ist, dass die Völker, welche einen solchen Verein unter sich abschliessen wollen oder abgeschlossen haben, ein jedes derselben für sich betrachtet, auch ihrem inneren Zustande nach einander verwandt sein müssen. Denn die Centrifugalkraft, welche sie aus einander treibt, ist zu mächtig, als dass ihr die auswärtigen Staatsinteressen die Wage halten könnten. Ein Völkerstaat muss in so fern einem Volke gleichen, das in der That und Wahrheit ein Ganzes ist. Die Mitglieder eines solchen Vereines müssen, was ihre Nationalität und besonders in dieser Beziehung ihre Verfassung, ihren Glauben, ihre Handelsinteressen, ihre Cultur und Civilisation betrifft, gleich als ein Volk betrachtet werden können. Jedoch ist das nicht so zu deuten, als ob eine jede Verschiedenheit oder Ungleichheit oder Parteiung unter ihnen mit dem Gedeihen des Vereines unvereinbar wäre oder als ob nicht nach Zeit und Umständen eine Ausnahme von der Regel dem Ganzen vortheilhaft sein könnte, — sind doch selbst in einem einfachen Staate Einheit und Mannigfaltigkeit, Einigkeit und Parteiung mit einander vereinbar. So steht z. B. der deutsche Bund allerdings deswegen fester als das deutsche Reich, weil es unter seinen Mitgliedern eine weit geringere Zahl Freistaaten gibt, als es unter den Ständen des deutschen Reiches gab. Aber wenn auch die vier freien Städte des deutschen Bundes noch immer ein fremdartiger Zusatz zu dem deutschen Bunde zu sein scheinen, so können sie doch als Freihäfen für den Handel mit dem Auslande den Stützen des deutschen Bundes beigezählt werden.

Ein Völkerstaat oder Bund, der schon längere Zeit bestanden hat, hat in sich selbst eine Bürgschaft für seine Fortdauer. Je ausgedehnter das Gebiet des Vereines und je grösser die Zahl seiner Mitglieder ist, desto stärker ist diese Bürgschaft.

XVII. Friedrich Jacob Schmitthenner,

geb. 17. März 1796 † 19. Juni 1850.

Der Natur- und Kunststaat.

Zwölf Bücher vom Staate. 2. Aufl. 1. Bd. 1839. S. 23—27.

Der Staat ist ein nothwendiges Postulat für den Menschen, der ausserhalb desselben seine Bestimmung nicht zu erreichen vermag. Die Grundlage des Staates ist von der Natur gegeben. In dem bewussten oder unbewussten Plane, nach welchem der Mensch entstanden ist, war auf das zukünftige Vorhandensein von Familien, Gemeinden und einer bürgerlichen Gesellschaft gerechnet. Da dieser Plan ein objectiver ist, so gestaltet sich auch, wo der Mensch kein Bewusstsein über denselben hat, was er vor der Realisirung nicht haben kann, ohne das Zuthun desselben, mithin natürlich, die Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft und die ganze Gliederung des Volkes in Gewerbswesen, Recht und Bildung.

Sehr natürlich bildet sich die Cooperation. Die nackten Kräfte zu vereinigen, lehrt schon die Noth; dann die Arbeit zu theilen, bestimmt natürliche Anlage; Eigenthum aber zu behaupten, ein unüberwindlicher Trieb. Hiermit aber ist die Nothwendigkeit des Tausches, einer weiteren individuellen und territorialen Arbeitstheilung, der Unterscheidung der Gewerbsclassen, überhaupt der ganzen Entwicklung und Individualisirung des Systems der Bedürfnisse und ihrer Befriedigung gegeben.

Ähnlich ist die Bildung des Systems der Rechte. Schon bei der Erzeugung und Geburt des Menschen ist die Persönlichkeit desselben ideell gesetzt. Allein erst mit dem Erwachen des Selbstbewusstseins nimmt er eigentlich Besitz von sich selbst. Erst mit der Entwicklung der Freiheit ist auch die Entfaltung der realen Persönlichkeit gegeben und ihrer angeborenen, unverjährbaren Rechte. Daher findet sich der Mensch in Naturstaaten oft in Verhältnissen, wie die Sklaverei u. s. w., die seiner Idee durchaus widersprechen, ohne selber den Schmerz des Widerspruches zu fühlen. Wo er aber auch im Genusse aller Urrechte ist, ist die Form seiner erwerblichen Rechte durch die Gestaltungen der Geschichte als einer fortgehenden Schöpfung bedingt. Die ethischen Formationen, Sitten, Gewohnheiten und Gebräuche haben theils eine innere, natürliche, organische Grundlage, die das göttliche Recht genannt werden kann,

da sie die göttliche Ordnung der Dinge ist. Allein da das Ethische nicht bloss dem Grade nach, sondern durch Metamorphose von dem Organischen verschieden ist, so sind auch die ethischen Verhältnisse, die ihrem Begriffe nach die Freiheit, den Markstein der Natur, zum Fundament haben, durch die organischen nur dem Sein, nicht der Form nach bedingt. Sie lassen sich nicht aus ihnen construiren, wie etwa aus einem gegebenen Winkel mit den anliegenden Seiten ein Dreieck.

Zuletzt entfaltet sich das System der Cultur. Gott war immer mit der Welt schon fertig, wenn die Menschen mit der Wissenschaft anfangen. In den Anfängen der Geschichte kann die Cultur, die eine grosse Theilung der Arbeit voraussetzt, nur gering sein. Religion und Recht, Philosophie und Dichtkunst sind noch in ununterschiedener Einheit, und das wissenschaftliche Bewusstsein hat sein Organ in dem Priesterstande.

Gleichzeitig mit dieser inneren Ausbildung des Volkslebens gestaltet sich das System der Regierung, die als Einheit der Mannigfaltigkeit des Volkes gegenüber tritt, das Bewusstsein und der Geist des Staates, in dem er zur Beschauung seiner selbst gelangt. Diese Entwicklung ist eine rein organische. Sie ist nicht so zu fassen, als komme die Regierung erst später zu dem Volke hinzu. Sie ist vielmehr mit demselben, wie die Seele mit dem Leibe, in der Entstehung des Ganzen, wenn auch nur ideell, gesetzt, kommt aber erst später zur äusseren Existenz und zur Entfaltung ihrer Organe. Die ursprüngliche Form derselben ist die patriarchalische Monarchie, eine breit aus einander gewachsene Haushaltung, gewissermassen der unenthüllte Keim des vollendeten Staates. Der Kastenstaat, welcher sich neben derselben findet, ist nur aus einem organischen Durcheinanderschieben der Völkermassen zu erklären.

Die aufgezeigte Gestaltung des Naturstaates bewährt die Richtigkeit der Ansicht, welche die Idee des Staates eine objective sein und mit innerer Nothwendigkeit an das Licht der Welt treten lässt. Der Mensch kann sich seine Wiege nicht machen. Ursprünglich hat sich kein Volk den Boden seiner sittlichen und geistigen Subsistenz selber geschaffen.

Nur irrt man, wenn man den Naturstaat als die einzige und vollkommene Form des Staates nimmt, wenn man die Entlassung des Menschen aus der Vormundschaft der Natur leugnet. Ursprünglich entwickelt und gliedert das Volk sich natürlich, und selbst die Verfassung des Staates ist das Erzeugniss eines unbewussten ethischen Processes. Bei fortgehender Entwicklung aber

erstrahlt das Bewusstsein, und lösen sich die Bande der Freiheit. Die Verfassung des Staates und selbst die Formen der bürgerlichen Gesellschaft können und müssen sogar, da ein civilisirtes Volk höhere Aufgaben zu lösen hat als ein in dem Kreise des Naturlebens gehaltenes, das Werk der Freiheit, der Weisheit und der Wissenschaft sein.

Das Volk durchläuft, wenn auch nur ideell, die vier Stufen des Jäger- und Hirtenlebens, des Ackerbaues, gewinnt dann Gewerbe, Handel, Kunst und Wissenschaft, und die subjective Freiheit, die sich auf diese Weise in dem Naturstaate entwickelt, erwirbt in dem Kunststaate ihre Berechtigung.

Die zwei Principien, das natürliche und das freie, bleiben auch in dem ausgebildetsten Zustande der Gesellschaft in steter inniger Wechselwirkung und treten nicht selten in der Form von Verhältnissen und Verordnungen in Widerstreit. Jede Verfassung lässt sich nicht unter jeden Verhältnissen aufstellen. Kein Gesetz hat an sich lebendige Gewalt, nur die Sitte, die Gewohnheit, nach ihm zu leben, gibt sie ihm, und alle Formen sterben ab, wenn kein Trieb dafür da ist. Ein weiser Gesetzgeber muss daher die Bedingungen geben, ohne welche sich seine Satzungen auflösen. Er ist überhaupt nicht sowohl Speculant, als er vielmehr nur das ausspricht, was durch die Verhältnisse verlangt wird, nur die Mittel anwendet, welche durch dieselben indicirt sind. Nur in den Zeiten tiefster Erschütterung der sittlichen Welt oder wo der Enthusiasmus für eine Idee durch alle Gemüther glüht, gelingt ein neuer Guss der Formen des öffentlichen, seltener des Privatlebens.

XVIII. Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher,

geb. 21. November 1768 † 12. Februar 1834.

Das Staatsbewusstsein.

Über die Begriffe der verschiedenen Staatsformen. 1814. Sämmtliche Werke.
3. Abth. 2. Bd. 1838. S. 259—263.

Die Frage: „Welches sind die verschiedenen Arten des Staates?“ muss sich auf diese andere zurückführen lassen: „Auf wie verschiedenerlei Weise kann ein Staat entstehen?“ Denn jeder entsteht ja gleich nicht als ein Staat im allgemeinen, sondern als ein solcher und solcher, — sonst nämlich gäbe es überhaupt nur verschiedene Zustände, nicht verschiedene Arten des Staates — die Form aber, die ein Ding in seinem Entstehen zeigt, ist auch die, unter der es fortbesteht, wenn es nämlich dasselbe Ding bleibt und die Form des vollendeten Entstehens richtig aufgefasst worden.

Wir müssen also zunächst überhaupt fragen: „Wie und wodurch entsteht ein Staat?“, nämlich aus seinem Gegentheile, dem Nichtstaate, und müssen dabei Achtung geben auf das, was hierbei immer dasselbe sein muss und was davon auch verschieden sein kann, nämlich nicht sowohl auf unbestimmte Weise verschieden, — denn dieses können wir nicht brauchen, um Arten der Staatsform festzustellen — sondern was auf bestimmte Weise verschieden ist.

Indem ich mich aber auf die Frage zurückwerfe, wodurch der Staat entstehe, so bin ich keineswegs gesonnen, den alten Streit darüber zu erneuern, ob der Staat auf göttliche Weise entstehe oder auf menschliche und im letzten Falle, ob durch Usurpation oder durch Vertrag, sondern ich meine es nur so: „Indem sich ein Staat bildet, was entsteht, das vorher noch nicht da gewesen?“ Dieses aber scheint nicht schwer zu beantworten.

Das immer schon vorher da Gewesene, der Stoff gleichsam des Staates, ist ein Volk, eine naturgemäss zusammengehörige und zusammenlebende Masse, — ohne Volk kein Staat. Wenn wir uns Menschen von allerwärts her zusammengetrieben oder geweht denken und diese könnten auch unter Gesetze gebracht werden, wie die Sage das alte Rom darstellt, so werden wir diese doch schwerlich eher einen Staat nennen, bis wir auch die Masse ein Volk nennen können, nämlich bis Boden und Menschen von einander Besitz genommen haben, bis wenigstens ein zweites Geschlecht Eingeborener

da ist, welches durch Anhänglichkeit an den gemeinsamen Boden und an die gleichen Lebensbedingungen auch auf eine natürliche Weise verbunden ist. Der Staat aber ist die Form des Volkes. Das Volk ist nur völlig ausgebildet, wenn sich diese Form rein und vollendet in ihm darstellt, aber das Volk ist eher, als diese Form an ihm sichtbar wird. Seine ersten Zustände sind nur Annäherungen zu derselben. Und wenn wir gleich keinen Staat mit geschichtlicher Gewissheit bis auf seinen ersten Anfang verfolgen können, so gibt es doch in unserem Bereiche Völker, die auch jetzt, streng genommen, noch nicht im bürgerlichen Vereine, sondern nur in den Annäherungen dazu leben, so dass wir beide Zustände wohl mit einander vergleichen können.

Rücken wir nun die Punkte so nahe als möglich zusammen, — ein schon vorgeschrittenes Volk, dem gleichsam nur noch das rechte Wort fehlt, um die Form des Staates zu finden, und einen gleichsam frisch und möglichst leicht aus jenem Zustande hervorgegangenen Staat, so wird in diesem fast ganz dasselbe sein wie in jenem. Die Geschäfte, die die Nachbarn in der Horde treiben, werden die Bürger im Staate forttreiben, ein erweiternder Einfluss desselben auf ihre naturbildende Thätigkeit kann nur allmählich eintreten. Was im Staate als Recht und Pflicht feststeht, wird ziemlich dasselbe sein, was vorher Sitte und Gewohnheit war. Und wenn die Bürger im Staate durch das Gesetz zusammengehalten werden, so hielten auch die Nachbarn in der Horde zusammen, und ganz von selbst hätte keiner sich von den anderen getrennt. Nur dies erscheint als der schneidende Unterschied: Vorher, wenn sie dasselbe trieben, war es bewusstloser Instinct, fortgepflanzte Gewohnheit, jetzt ist es eine mit Bezug auf die Bedürfnisse des Ganzen unternommene und vertheilte Arbeit; wenn vorher einer Rache übte, handelte der von den anderen stillschweigend gebilligte und getheilte Affect, jetzt tritt an seine Stelle die vom Gesetze bestimmte Strafe; und vorher, wenn sie zusammenblieben, war es eine wahrhaft mechanische Cohäsion des Gleichartigen, jetzt ist es Vaterlandstreue, die zwar an sich keinen höheren Grad und keinen weiteren Umfang hat als jene, aber die sich als das erkennt, was sie ist. Kurz, indem der Staat wurde, ist nur die sonst schon vorhandene Gesinnung und Thätigkeit im Gesetze zusammengefasst und dargelegt worden. Was da war, ist nun auch ausgesprochen, die bewusstlose Einheit und Gleichheit der Masse hat sich in eine bewusste verwandelt, und diese Entstehung des Bewusstseins der Zusammengehörigkeit ist das Wesen des Staates.

Allein wie es kein Bewusstsein gibt als nur mit dem Gegensatze zugleich, so besteht auch im Volke das Bewusstsein seiner Zusammengehörigkeit nur im Gegensatze des Fürsichbestehens jedes einzelnen. Daraus bildet sich der Gegensatz von Herrschenden und Beherrschten, von Regierung und Unterthan. Dieser irgend wie gebildete Gegensatz ist das wesentliche Schema des Staates, und das Bestreben, diesen Gegensatz und mit ihm das Bewusstsein von dem Verhältnisse des einzelnen zu einem bestimmten Naturganzen hervorzurufen, dem ganzen Leben einzuprägen und selbstthätig zu erhalten, ist es, was ich im engeren Sinne den politischen Trieb nenne. Ehe dieser nämlich erwacht ist, gibt es keinen Unterschied zwischen dem Sein und Thun des einzelnen und dem Sein und Bestehen des Ganzen. Das dunkle Gefühl des geselligen Menschen vor dem bürgerlichen Vereine, ähnlich jenem unvollkommenen kindischen Bewusstsein, welches sich und den Gegenstand noch nicht recht aus einander zu halten weiss, unterscheidet sich als einzelnes noch nicht bestimmt und stellt eben so wenig sich bestimmt das Ganze gegenüber, so dass alle Handlungen innerhalb des Ganzen in dieser Hinsicht nur eine gleichartige Masse bilden. Sowie wir uns aber den Staat denken, auch schon in seinen ersten Anfängen, so ist mit dem Bewusstsein des Ganzen auch das des Unterschiedes zwischen dem einzelnen und dem Ganzen erwacht.

Das Selbstbewusstsein und somit auch der Selbsterhaltungstrieb zerfällt in zwei vorher ungeschiedene Momente, nämlich das Privatinteresse und den Gemeingeist, und wenn auch nicht bestimmt zwei Classen von Menschen, doch zwei sich bestimmt auf einander beziehende Massen von Handlungen treten aus einander. Die Handlungen der Unterthanen als solcher oder das ganze Gebiet der Geschäftigkeit im weitesten Sinne sind diejenigen Handlungen, welche das Bewusstsein der Einheit des Ganzen und der Gleichheit aller Theile mit dem Ganzen nicht unmittelbar in sich tragen, diejenigen, welche die einzelnen zunächst nur auf sich als einzelne beziehen, aber die eben deshalb auch, wenn anders die einzelnen wirklich Bürger sind, sich abhängig erklären von der anderen Reihe. Diese, die Handlungen der Obrigkeit oder im weitesten Sinne Recht und Gesetz, sind diejenigen Handlungen, welche nur jenes Bewusstsein ausdrücken, welche unmittelbar nur dem Ganzen, nicht auch dem einzelnen, der sie gleichsam zufällig verrichtet, beigelegt werden, welche Reihe aber eben deshalb auch strebt, sich überall jener anderen Reihe einzubilden. Denn nur in der Vermittelung dieses Gegensatzes ist das wirkliche bewusste Leben des Staates. Gesetz

und Geschäft sind in ihm nur in Beziehung auf einander. Ist das Geschäft nicht dem Gesetze gewärtig, wirkt das Gesetz nicht auf das Gewerbe ein, so ist kein Staat vorhanden.

Fragt man aber: „Wie soll denn aus jenem Unbewusstsein das Bewusstsein, aus dem Nichtstaate der Staat entstehen?“, so weiss ich freilich mit keiner Erfahrung zu antworten, die, wie gesagt, niemals so weit hinaufgeht, sondern nur mit einer vorausgesetzten und sehr unbestimmten Geschichte. Denn Erdichtung will ich sie auch nicht nennen, da sie wirklich die allgemeine Geschichte aller Staaten enthalten muss, — ich meine die unbestimmten Grundzüge dessen, was überall den Zwischenraum zwischen beiden Gegebenen, dem Zustande, den wir vor dem Staate kennen, und den ersten Zuständen des Staates, die wir schon geschichtlich kennen, hier so, dort etwas anders wirklich ausgefüllt hat.

XIX. Robert v. Mohl,

geb. 17. August 1799 † 5. November 1875.

Die Gesellschaft.

Encyklopädie der Staatswissenschaften. 2. Aufl. 2. Ausgabe. (1881.) § 6.

Die Erfahrung zeigt, dass sich bei allen irgend zahlreicheren und in der Gesittigung vorgeschritteneren Bevölkerungen mannigfache gleichförmige Beziehungen und infolge dessen bleibende Gestaltungen einzelner Bestandtheile dieser Menschenmenge vorfinden.

Der Mittelpunkt dieser Verhältnisse ist immer ein bedeutendes fortdauerndes Interesse, welches den sämtlichen Betheiligten ein gemeinschaftliches Ziel des Wollens und Handelns gibt, — oder auch wohl eine Verbindung solcher Interessen — dadurch aber auch gleiche Sitte und Lebensansichten, gemeinschaftliche Einrichtungen, endlich mehr oder weniger ausgebildete und bewusste Organismen erzeugt. Durch diese Gleichförmigkeit der geistigen, körperlichen und wirthschaftlichen Richtungen, durch Zusammenlegung der Kräfte und, wenigstens zuweilen, durch Wirksamkeit der Organisation können solche Lebensgestaltungen eine grosse Macht besitzen und auf ihre Genossen und auf dritte in weiterer oder engerer Weise wesentlich einwirken.

Ihre Entstehung ist in letztem Grunde eine ganz naturwüchsige,

und sie sind keineswegs künstlich, etwa durch Staatsanordnung, erzeugt, sondern durch die gemeinschaftlichen Beziehungen zu einer und derselben Thatsache entstanden.

Ihr Umfang und die Zahl ihrer Theilnehmer ist äusserst verschieden. Oft beschränken sie sich auf eine einzelne Örtlichkeit oder ist nur eine verhältnissmässig unbedeutende Anzahl von Menschen dabei betheiligt, z. B. bei kleineren kirchlichen Secten, gewissen Adelsclassen. Dagegen erstrecken sie sich aber auch über grosse Bevölkerungstheile und sogar über mehr als ein Land und einen Welttheil, die grossen Kirchen. Die Theilnahme ist keineswegs in dem Sinne ausschliesslich, dass derselbe Mensch nur Mitglied einer und derselben Genossenschaft sein könnte, sondern vielmehr mag jeder, je nach seiner Betheiligung bei geeigneten Interessen, einer grösseren oder kleineren Anzahl zu gleicher Zeit angehören. So kann z. B. ein ungarischer Magnat zu gleicher Zeit in seiner Betheiligung bei diesem Stande, bei specifisch magyarischen Anstalten, bei der katholischen Kirche, bei den Interessen des grossen Grundeigenthums erscheinen, sich fühlen und handeln.

Diese gemeinschaftlichen Zustände und Organismen werden gesellschaftliche genannt. Die Gesammtheit derselben in einem bestimmten Lande ist die Gesellschaft.

Die Zahl dieser gesellschaftlichen Kreise ist weder an sich und überhaupt noch für ein concretes Land von vorn herein feststellbar, sondern sie wird durch das thatsächliche Vorhandensein der massgebenden Interessen bei einem concreten Volke und zu bestimmter Zeit geordnet. Wo Interessen gross und bleibend sind, dienen sie zum Kerne gesellschaftlicher Kreise, aber auch nur dann. Unbedeutende Verhältnisse vermögen nämlich keine hinreichende Anziehungskraft und keine Nöthigung zu einem alle Betheiligten umfassenden Organismus zu üben, und bloss vorübergehende, wenn gleich grosse Interessen können keine dauernden Gestaltungen hinterlassen. Natürlich ist hierbei sehr vieles subjectiv, und es kann ein Verhältniss zu einer Zeit oder bei einem Volke von der grössten gemeinschaftlichen Wichtigkeit erscheinen, während es bei anderen Menschen und auf verschieden gesittigten Stufen wenig beachtet wird. Nichts ist daher unter sich abweichender als der gesellschaftliche Zustand verschiedener Völkerschaften und selbst desselben Volkes zu verschiedenen Zeiten.

Völkern der Neuzeit und von europäischer Gesittigung sind übrigens erfahrungsgemäss hauptsächlich folgende Interessen auch Mittelpunkte gesellschaftlicher Kreise:

Die gemeinschaftliche Abstammung von geschichtlich ausgezeichneten oder rechtlich bevorzugten Familien. Sowohl der Stolz auf eine solche Herkunft als die Bemühung zur Erhaltung der Bevorzugung können zu einem sehr festen Bande unter den Betheiligten und zu einer schroffen Absonderung derselben von allen Plebejern, selbst im gewöhnlichen Umgange, führen. Hieran knüpfen sich dann leicht noch eigene Sitten, vorzugsweiser Betrieb bestimmter Lebensbeschäftigungen, vielfache gegenseitige Verwandtschaft. Ein solcher gesellschaftlicher Kreis mag sich selbst über die Grenzen eines Staates hinaus erstrecken, wenn die geschichtlichen und die besonderen rechtlichen Verhältnisse in solcher Ausdehnung und in wesentlicher Gleichartigkeit vorliegen, somit die Gleichheit der Interessen sowie der geistigen und äusseren Zustände eine Solidarität auch unter weit aus einander wohnenden und in sonstigen Beziehungen verschieden stehenden Genossen erzeugt.

Die gemeinschaftliche persönliche Bedeutung. Die durch Bildung, genügenden Besitz und staatlichen Einfluss an der Spitze einer Bevölkerung Stehenden haben, auch wenn keine bevorzugte Geburt dazu kommt, eine gemeinsame Stellung und gleich natürliche Interessen gegenüber von der grossen Menge, so die Aufrechterhaltung feinerer Sitte, die Bewahrung des natürlichen Einflusses für Begabung und Bildung, das Bestehen höherer Culturanstalten u. s. w. Dieser Mittelpunkt ist naturgemäss und berechtigt, allein er ist weniger fest und zu abgesonderter formeller Gestaltung lange nicht so geeignet als z. B. die Geburtsaristokratie, dies aber wegen Unbestimmtheit der Grenzen der Genossenschaft und wegen Verschiedenheit der Ansprüche. Es sind also die Optimaten, die Gentry, die Honoratioren eines Volkes immerhin eine bemerkliche und wichtige gesellschaftliche Gestaltung, allein doch weniger gesondert und ausgeschieden als der Adel und in der Regel ohne eine eigene äussere Organisation. Auch hier geht eine freilich ziemlich laxen Wahlverwandtschaft durch die Betheiligten aller Völker derselben Gesittigungsart.

Gleiche Beschäftigung. Allerdings kann dieselbe, wo unmittelbare Mitbewerbung besteht, sogar ein Grund von Spaltung und persönlicher Feindschaft sein. Allein einmal treten diese störenden Beziehungen thatsächlich nicht immer ein unter Gleichbeschäftigten, sodann sind für Denkende und Leidenschaftslose die Gründe des Zusammenschliessens der Genossen und der Absonderung von Fremden überwiegend. Gleiche Beschäftigung bringt übereinstimmende

Lebensanschauungen und Sitten, das Gedeihen aller einzelnen hängt vielfach von denselben äusseren Umständen ab, diese bedingen häufig eine gleiche Ordnung des täglichen Lebens und geben gemeinschaftliche Widersacher und feindselige äussere Gestaltungen, — daher denn eine naturgemässe Neigung nicht nur zu gleichartigem Verhalten gegenüber von den Umgebungen, sondern selbst zu einer kräftigen Zusammenlegung der Einzelkräfte und zu einer bestimmten Organisation für gemeinschaftliche Erstrebung der von allen getheilten Vorthelle. Wenn sich mit diesen Zuständen, wie leicht geschehen mag, auch noch Erblichkeit, staatliche Einrichtungen oder religiöse Vorschriften verbinden, so wird dieser gesellschaftliche Kreis ein eben so fester als bedeutsamer. Kaum bedarf es dabei der Bemerkung, dass je nach dem thatsächlichen Vorhandensein gemeinsamer Arbeiten verschiedene einzelne Kreise dieser Art neben einander bestehen können, welche unter sich wieder in den verschiedensten freundlichen oder gegnerischen Beziehungen sein mögen. Beispiele festester Ordnung und reichster Gliederung dieser Art sind die Kasten Hindostans oder Ägyptens. Schon abgeschwächt sind die Zünfte und Gilden, noch loser endlich die gemeinschaftlichen Kreise der Bürger und Bauern, der Gewerbenden und Kaufleute überhaupt, der Fabrikarbeiter und Fabrikbesitzer u. s. f.

Gemeinschaftliche Verhältnisse des Besitzes und Erwerbes, und zwar in zwei Beziehungen:

Grösse des Besitzes. Ungleichheit des Vermögens gibt in der Regel eine verschiedene Lebensstellung, sowohl was den Einfluss auf andere, als was die Forderungen an die Gesamtheit betrifft. Daran knüpfen sich dann verschiedene Sitten und Sympathieen. Zu allen Zeiten haben die Reichen, die mittelmässig Begüterten und die Armen scharf unterschiedene Abtheilungen der Gesellschaft gebildet, und ihre Interessen sind häufig, entweder in der Wirklichkeit oder doch in der Meinung der Betheiligten, ungleichartig und selbst feindselig gewesen, — daher denn ein natürliches Zusammenhalten bezw. Abstossen, nicht selten sogar die furchtbarsten Kämpfe, namentlich wo der Reichthum der einen die Ursache der Armuth der anderen zu sein schien oder sonst das Übergewicht des Reichthums missbraucht wurde. Eine förmliche Organisation der verschiedenen Vermögensklassen ist allerdings nicht immer vorhanden, besonders nicht aller zu gleicher Zeit. Allein theils besteht der Einfluss der verschiedenen Grösse des Besitzes auch ohne eine äussere Einrichtung und macht sich in einem Gefühle der Gemeinschaftlichkeit und einem Bedürfnisse gleichen Handelns geltend,

theils kommt selbst eine Organisation nicht selten vor, entweder als eigene staatliche Einrichtung, Censusclassen, oder durch eine Verbindung mit anderweitigen gesellschaftlichen Gestaltungen, z. B. den Geburtsständen und den Beschäftigungsarten. In Fällen der letzteren Art tritt natürlich das eigenthümliche Interesse jeder Classe sehr entschieden hervor und wird fest von den Genossen geschützt, freilich wohl auch grimmig angefeindet von den Ungenossen und weniger Begünstigten. Ein erst in neuerer Zeit entstandener, in seinen Folgen noch lange nicht überschaubarer gesellschaftlicher Kreis dieser Gattung ist der des lohnarbeitenden Proletariats. Er ist bereits zu riesenmässiger Macht herangewachsen und stellt durch begründete Forderungen die tiefgehendsten Veränderungen im häuslichen und öffentlichen Leben, durch übertriebene und widersinnige Verlangen aber einen furchtbaren Umsturz in Aussicht.

Art des Besitzes. Von wenigstens eben so grosser Bedeutung als die Grösse ist die verschiedene Beschaffenheit des Besitzes, namentlich ob derselbe in Grund und Boden oder in fahrender Habe besteht. Die erstere Art begünstigt eine Neigung zum Beharren und erzeugt in denen, welche selbst die Bebauung betreiben, einen kräftigen Menschengeschlag, ausserdem in roheren Zuständen eine trotzigte Unabhängigkeit, in verfeinerten eine Abneigung gegen staatliche Änderungen und gegen vorzugsweise Berücksichtigung der Persönlichkeit. Der Besitz fahrender Habe dagegen, namentlich der von Geldcapitalien, macht eher geneigt zum Kosmopolitismus in gutem und schlechtem Sinne, zu immer neuen Unternehmungen und zur Beweglichkeit, womit sich freilich auch oft geringe Gewissenhaftigkeit und feige Scheu vor Gewalt und auch nur vorübergehender Unruhe verbindet. Eine scharf durchgreifende Sonderung der beiden Gattungen von Besitzern ist freilich in so fern nicht vorhanden, als derselbe Mann Vermögen von beiderlei Art haben kann; auch pflegt eine förmliche Organisation nach der Verschiedenheit des Besitzes nicht zu bestehen. Dennoch ist im grossen ganzen der Unterschied und die Wirkung des Grundbesitzes und des Reichthums an fahrender Habe unverkennbar und der ganze Zustand einer Bevölkerung wesentlich ein anderer, je nachdem dieselbe überwiegend aus der einen oder der anderen Art von Besitzenden besteht.

Die Gemeinschaft der Religion. Ein gemeinschaftlicher Glauben und Cult ist für die meisten Menschen ein höchst bedeutendes Interesse und die Beschaffenheit der Religion in verständiger und sittlicher Beziehung von dem grössten Einflusse auf den gesamten

geistigen, zum Theile auch auf den wirthschaftlichen Zustand. Das naturgemässe Verhältniss ist, wenigstens bei einem Volke von wesentlich gleichartiger Gesittigung, Bekenntniss aller zu derselben Religion. In diesem Falle fällt dasselbe und seine Wirkung zusammen mit der Nationalität. Eben so ist es in vielfachen Beziehungen bedeutend und erspriesslich, wenn der staatlichen Abgrenzung einer Bevölkerung auch der Abschluss ihrer religiösen Einrichtung entspricht. Allein gewöhnlich weicht freilich hiervon die Wirklichkeit ab, und dies zwar nach zwei entgegenstehenden Seiten hin. Einerseits nämlich sind sehr häufig innerhalb derselben in anderen Beziehungen eine Einheit bildenden Bevölkerung verschiedene religiöse Überzeugungen und somit auch verschiedene kirchliche Organisationen, andererseits erstrecken sich manche dieser Glaubensgemeinschaften und der denselben entsprechenden Kirchen weit über den einzelnen Staat oder das einzelne Volk hinaus. Die Folgen hiervon sind nun aber in Beziehung auf verschiedene, neben einander bestehende Religionen, wo nicht nothwendigerweise, so doch oft, eine scharfe, die übrigen gesellschaftlichen Gestaltungen wunderbar durchschneidende und zersetzende Absonderung der verschiedenen Gläubigen, häufig bittere Feindschaft und Verfolgung, auf die Dauer verschiedene Lebensrichtung und Gesittigungsstufe unter Stammesgenossen und sonst Gleichgestellten, bei einer Weltausdehnung einer Kirche dagegen eine Verbindung mit Menschen, welche in jeder anderen Beziehung unter verschiedenen Einflüssen stehen und deren sonstige Interessen nichts weniger als gleichartig sind, überdies möglicherweise zwingende Beziehungen zu einem ausserhalb des Landes stehenden und von dessen Einrichtungen und Gewalten ganz unabhängigen Religionshaupte oder zu sonstigem kirchlichen Mittelpunkt. Die Bedeutung dieser Zustände für die verschiedenen Stufenfolgen des Zusammenlebens der Menschen kann, wie leicht einzusehen, kaum hoch genug angeschlagen werden.

Das geistige und stoffliche Ergebniss der zahlreichen gesellschaftlichen Kreise für das Leben der Menschen und für die Erreichung ihrer Zwecke ist ein höchst verschiedenes, je nachdem das eine oder das andere Interesse in den Vordergrund tritt, ferner nach dem Verhalten und dem Bildungsgrade der Betheiligten sowie nach dem Mangel oder der Festigkeit einer Organisation, endlich je nachdem sich die verschiedenen Lebenskreise durchdringen und zersetzen oder nur in Raum und Zeit neben einander liegen. Die Folgen können sehr gut, aber auch sehr verderblich sein. Sie mögen mit den Richtungen der übrigen einfacheren und zusammengesetzteren

Lebenskreise des Menschen zusammenfallen und sie dann stärken und steigern oder aber sie hemmen, verändern, ganz aufheben. Sie können ihrer Macht nach vorwiegen und ein Volk vorzugsweise in Anspruch nehmen, aber auch bei grosser Gleichförmigkeit seiner Bestandtheile und Interessen zurücktreten oder vielmehr einfach mit dem Wesen desselben zusammenfallen. Willkürlich bestimmbar sind übrigens weder die gesellschaftlichen Kreise selbst noch ihre Folgen, sondern beide stammen natürlicher- und unvermeidlicher Weise aus den Thatsachen. Diese letzteren sind zwar vielleicht ganz oder theilweise aus menschlichem Willen hervorgegangen oder können auch wohl mit Bewusstsein abgeändert werden. Allein wenn sie einmal bestehen und solange sie bestehen, haben sie ihren nothwendigen Verlauf und ihre Wirkung.

Damit ist jedoch nicht gesagt, das die gesellschaftlichen Kreise nicht ausser ihren natürlichen psychologischen, sittlichen und Zweckmässigkeitsgesetzen auch bindenden äusseren Normen zu folgen haben. Einmal ordnet nicht selten die positive Religion manche gesellschaftlichen Verhältnisse. Zweitens aber können auch für die Gesellschaft aus allen Quellen, welche überhaupt Rechte erzeugen, Zwangsvorschriften entstehen, so aus blosser Vernunft ein natürliches Recht, d. h. Feststellung der nothwendigen Mittel zur Erreichung der Zwecke, aus Gewohnheit und allgemeinem Rechtsbewusstsein ein positives Recht, oft mit sehr empfindlichen Folgen für die Dawiderhandelnden, endlich aus zuständiger äusserer Auctorität willkürliche Satzung.

XX. Heinrich Leo,

geb. 19. März 1799 † 24 April 1878.

Begriff und Inhalt der Wissenschaft der Naturlehre des Staates.

Studien und Skizzen zu einer Naturlehre des Staates. 1. Abth. 1833.

Einleitung. Erstes Capitel.

Wie in der Sprache eines Volkes Regel, Zusammenhang, Verständniss und Nothwendigkeit ist, wie sie eine einzige geistige Masse ist, die niemand für das Volk erfunden hat, sondern die unmittelbar mit dem Volke gegeben ist, so sind alle Lebensregungen des Volkes ebenfalls nur Ausflüsse und Darstellungen dieses einen und ein-

geborenen Volksgeistes, und auch die öffentlichen Verhältnisse, d. h. die gesellschaftlichen Beziehungen, der Staat, — um hier einmal das Wort in ausgedehnterem Sinne zu gebrauchen — haben bei jedem Volke Regel, Zusammenhang, Verständniss und innere Nothwendigkeit, und ihr Bau ist um so ungetrübter, ihre Regel um so ungestörter, der Staat ist um so reiner ein Kunstwerk göttlichen Ursprunges, je weniger noch sich frei ihm gegenüberstellende Reflexion sich seiner bemächtigt hat, je naturwüchsiger noch seine Entwicklung gewesen ist.

Die Betrachtung der verschiedenen natürlichen und geistigen Elemente und Momente des Staatslebens, wie sie gewissermassen ein System von Gefässen bilden und beschäftigen, in denen der Geist der Völker gefasst ist und sich bewegt wie das Blut in den Adern, gibt einer eigenen Wissenschaft das Dasein, welche man die Naturlehre des Staates nennen kann.

Wenn auch der ursprüngliche, unbewusste Staat, wenn auch die natürlich erwachsenen Verhältnisse menschlicher Gesellschaften diesen Charakter an sich tragen, aus der geistigen Innigkeit eines Volkes hervorgegangen zu sein, so treten doch nach dem Freierwerden der Reflexion vielfach Zustände ein, theils infolge krankhafter oder einseitiger Fortbildung, theils infolge der Nothwendigkeit gegen aussen zu entwickelnder Energie, theils infolge des Unterliegens eines Volkes unter fremdartige Sieger, wo die Menschen dazu gezwungen sind, Regeln für gesellschaftliche Verhältnisse ohne Rücksicht auf Hergebrachtes aufzustellen und diese mit äusseren Mitteln zu den allein geltenden, zum Staate, zu machen.

Nennen wir im Gegensatze dieser mechanischen Staaten die aus dem unmittelbaren Leben der in einem unabhängigen gesellschaftlichen Verbands sich befindenden Individualitäten herausgebildeten, nicht weiter vermittelten Zustände organische, so ergibt sich folgendes als der Unterschied des organischen und mechanischen Staates. Die Regel des Lebens des organischen Staates geht aus dem Ganzzustand seines Glieder natürlich hervor, die Regel des Lebens des mechanischen Staates wird durch ein einzelnes entweder von Natur mächtigeres oder von den natürlich mächtigeren Staatsgliedern als wichtiger anerkanntes Interesse gegeben, und alle Gliederung fügt sich durch äusseren Zwang diesem Interesse.

Nach einer anderen Seite unterscheiden sich die Staaten in systematische und unsystematische, und auch dieser Unterschied ist für die Betrachtung öffentlicher Verhältnisse von der höchsten Wichtigkeit. Unsystematische Staaten sind solche, die entweder

noch zu keiner Arbeits- und Ständetheilung gekommen sind, wie z. B. die Nomadenstaaten, oder wo eine Richtung so vorherrscht, dass alle anderen Richtungen des Lebens von ihr politisch unmündig gemacht werden, wie es grösstentheils in Militärherrschaften der Fall war, oder solche, wo zwar eine Arbeits- und Ständetheilung schon stattfindet, wo aber jeder Stand sich als ein ganz abgesondertes Ganzes für sich fühlt, keine innigere Verbindung mit den anderen Ständen hat und in den Puncten, wo Collisionen und Berührungen stattfinden, durch eine höchste geistliche oder weltliche Gewalt diese Berührungen vermitteln lässt. Solche Staaten sind unsystematisch zu nennen, weil in ihnen entweder nicht mehr als eine Richtung, also kein System menschlicher Thätigkeiten zu finden ist oder die verschiedenen Thätigkeiten in kastenartiger Isolirung nur äusserlich eine Gesamtordnung haben.

Die diesem entgegengesetzte Weise des politischen Lebens findet da statt, wo das Leben entwickelt genug ist, um verschiedenen Richtungen Raum zu gewähren, und wo die Nation nach diesen Richtungen sich zwar in Stände theilt, aber nicht in Kasten zerfällt, wo alle Stände und Stämme ein lebendiges Ganzes, ein organisch zusammengehörendes System von Verhältnissen bilden, in unmittelbarer Wechselbeziehung stehen und ihre Einheit nicht erst in einer äusserlich aufgestellten obersten Gewalt finden.

Nicht alle Richtungen sind fähig, Principien politischer Gestaltungen zu werden, indem einige von der Art sind, dass sie nicht allgemeine Beziehungen genug zu dem menschlichen Leben und seinen Bedürfnissen enthalten, um diesem als umfassende Form dienen, um für einen selbstständigen Kreis das Verbindungsmittel abgeben zu können. Der Besitz einzelner bestimmter, nur einem eben so einzelnen bestimmten Gebrauche oder Genusse dienender sinnlicher Gegenstände wird weder den Bestrebungen der Menschen noch der Stellung derselben zu einander als Grundlage dienen können. Wohl aber kann dies der Besitz solcher Gegenstände, welche als Quellen aller sinnlichen Besitzthümer, wenigstens in gewissen Zeiten, betrachtet werden können, wie Heerden bei Nomaden und Land, und der Besitz des Gegenstandes, welcher als Repräsentant aller sinnlichen Güter betrachtet werden muss, des Geldes im weitesten Verstande. Eben so sind von den geistigen Richtungen nicht alle, sondern nur die, welche die allgemeinste Beziehung zu den Bedürfnissen des Lebens haben, fähig, Grundlage selbstständiger politischer Gestaltungen zu werden. Diese sind aber die Philosophie im weitesten, aber auch schlechtesten Verstande und übermächtiger

Willen, der seine Übermacht entweder aus dem Reiche der Sinnlichkeit nimmt und dann im Siege der Waffen erscheint oder aus dem Reiche des Geistes und dann durch die Furcht vor geistigem Verluste, vor dem Verluste der Ehre hier oder der Seligkeit dort, sich geltend macht.

Indem wir nun sehen, dass nur Heerden und Grundeigenthum in patriarchalischen, Geld in entwickelteren Zuständen, die Übermacht des Siegers, des Gedankens und die Furcht vor geistigem Unglücke zu allen Zeiten Grundlagen von Verfassungen werden können, haben wir in ihnen in der That auch die Elemente des politischen Lebens erkannt. Denn alle anderen Gegenstände und Beziehungen sind für gesellschaftliche Verhältnisse von untergeordneterer Bedeutung.

Auf diesen Elementen erheben sich, je nachdem das eine oder das andere wesentliche Basis wird, folgende unsystematische Staaten:

auf dem organischen Element

der von Benutzung der Heerden lebenden Stämme Nomadenstaaten mit patriarchalischer Einrichtung, wie z. B. der altjüdische; der von Benutzung festen Grundeigenthums lebenden Stämme Ackerbaustaaten, z. B. die altgermanischen Markgenossenschaften und altceltischen Clane;

auf dem mechanischen Element

der geistigen Gewalt, des Zitterns vor geistigem Unglücke Priesterherrschaften, z. B. der Staat von Meroe; des reinen, das concrete Individuum nicht achtenden Gedankens Ideokratieen, z. B. Robespierres Staat, St. Simons Staat, wenn der letztere ausgeführt würde; der sinnlichen Gewalt, des siegenden Heeres und der Feldherren-gewalt Militärherrschaften, z. B. der römische Imperatorenstaat, Napoleons Staat; des die sinnlichen Güter repräsentirenden Geldes Bankiersherrschaften, z. B. der ältere Mediceische Staat in Florenz.

Jeder Elementarstaat hat zur Grundlage, wie wir gesehen haben, eine einseitige Richtung. Mag diese nun eine von Natur gegebene organische oder eine später künstlich erzeugte mechanische sein, solange sie bleibt, hält sie, wenn sie eine natürliche ist, oder zwingt sie, wenn sie eine künstliche ist, das Leben in sehr engen Schranken zusammen und thut ihm in der Art Gewalt, dass es sich nicht allseitiger entwickeln kann. Die Weiterbildung beruht also hier nicht auf der Wirkung eines gesetzlich in das Staatsleben und in seinen Kreis aufgenommenen Gegensatzes, sondern darauf, dass eine bis dahin zurückgehaltene Richtung die Schranken bricht, welche von dem bisher dominirenden Princip gegeben waren. Nur

so entsteht in dem unsystematischen Staate ein neuer Zustand, dass das Element, welches früher demselben seinen Charakter verlieh, vernichtet oder doch zurückgedrängt, dass es gebrochen wird. Der Kampf verschiedener Elemente in demselben Staate gehört zu den interessantesten Schauspielen, welche die Geschichte bietet. Man sieht in diesem Sinne die mannigfachsten Richtungen sich begegnen.

Der Kampf verschiedener Elemente in einem und demselben Staate kann ein zweifaches Resultat haben, nämlich entweder führt er bloss zu dem Bruche des einen und zu der Herrschaft des anderen Elements. Dann wird er, nur in anderer Färbung, später dieselben Erscheinungen wie früher, nämlich einen neuen Kampf verschiedener Elemente und einen Bruch erzeugen und hat also im Grunde kein wahres Ende gehabt. Entweder wird dies der Fall sein, oder aber der Kampf wird nicht zu der Herrschaft eines Elements, sondern zu dem Neben- und Ineinanderbestehen mehrerer Elemente, deren jedes, wenn es ein mechanisches ist, auf einen Theil seiner mechanischen Abgeschlossenheit verzichtet, führen und also eine organische Ordnung, in welcher die verschiedensten individuellen Richtungen und Principien einen Platz finden, zum Resultat haben oder, mit anderen Worten, einen organisch-systematischen Staat, den geraden Gegensatz jedes Elementarstaates und insbesondere des mechanischen Elementarstaates. In diesem Resultat hat dann der frühere Kampf ein wahres Ende gefunden. Denn eben, was früher als Gegentheil des ordnungsmässigen Bestehens bezeichnet werden musste, ist hier der ordnungsmässige Bestand selbst geworden.

XXI. Friedrich Julius Stahl,

geb. 16. Januar 1802 † 10. August 1861.

Die göttliche Institution des Staates.

Die Philosophie des Rechtes. 3. Aufl. 2. Bd. 2. Abth. 1856. §§ 48—52.

Wenn der Staat zunächst als ein sittliches Reich der menschlichen Gemeinschaft sich darstellt, so ist er doch, tiefer betrachtet, zugleich eine göttliche Institution.

Es ruht vor allem das Ansehen des Staates auf der Verordnung — Ermächtigung, Einsetzung — Gottes. Das ist der letzte Grund des ihm selbst innewohnenden ursprünglichen Ansehens. Seine ganze legitime Ordnung — Gesetz, Verfassung, Obrigkeit — hat

daraus ihre bindende Macht. Insbesondere hat die Obrigkeit Ansehen und Gewalt von Gott. Sie ist von Gottes Gnaden. „Wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet (*τεταγμένη*)“. Von sich selbst kann kein Mensch obrigkeitliche Gewalt über andere Menschen haben, auch nicht die sämmtlichen über den einzelnen, noch auch können die Menschen durch Vertrag obrigkeitliche Gewalt gründen, da sie über ihr Leben und ihre Freiheit nicht verfügen, daher nicht jemandem Gewalt einräumen können. Das ist das göttliche Recht der Obrigkeit.

Es hat seine Geltung in allen Staatsformen, für die Comitien und Magistraturen in der Republik nicht minder als für den König in der Monarchie, für den Wahl- wie für den Erbkönig. Denn wenn auch die Personen für die Obrigkeit durch die Wahl bezeichnet werden, so gründet sich doch ihr Amt und Ansehen selbst nicht auf Willen und Ermächtigung der Wähler, sondern allein auf Gottes Gebot und Ermächtigung.

Die göttliche Institution des Staates und seiner Obrigkeit bedeutet nun zwar bloss, dass das Ansehen derselben sich auf Gottes Gebot und Ordnung, nicht dass es sich auf Gottes unmittelbare, die Natur durchbrechende That gründet. Es bleibt darum die völlige Freiheit der Menschen, der Nation, in dieser oder jener Verfassung zu leben, unverkürzt. Aber jene göttliche Institution bedeutet wieder nicht bloss, dass der Staat überhaupt Gottes Gebot ist, sondern auch, dass überall die bestimmte Verfassung und die bestimmten Personen der Obrigkeit Gottes Sanction haben. Hierauf ist nun der Hauptangriff gegen die göttliche Institution des Staates gerichtet.

Man entgegnet, von Gott und seiner Ordnung lasse sich doch immer nur ableiten, dass die Menschen überhaupt in Staaten leben sollen, nicht aber der Bestand des bestimmten Staates, der bestimmten Verfassung, des bestimmten Fürsten. Wie dies alles offenbar von Gott unmittelbar nicht vorgeschrieben noch bewirkt sei, sondern immer von den Menschen ausgehe, so könne es auch immerdar nur vom menschlichen Willen abhängen. Der Gehorsam gegen die bestimmte Verfassung, gegen den bestimmten König Jacob oder Wilhelm könne deshalb nicht auf Gottes Sanction, sondern nur auf die freie Zustimmung der Menschen begründet werden, — so Rousseau, so auch die Jesuiten.

Dagegen ist zunächst schon das zu erwägen, dass der bestimmte Staat, die bestimmte Verfassung, die bestimmte Dynastie zwar mittelst des menschlichen Willens, aber doch nicht durch den

menschlichen Willen entstehen, sondern als das unberechenbare Ergebniss vieler sich durchkreuzender und, einzeln betrachtet, auf etwas ganz anderes gerichteter Willen eine höhere bewirkende Ursache voraussetzen, die, wenn nicht ein sinnloser Zufall, so eben Gottes Fügung ist, was sich wohl unterscheidet von unmittelbarer, die Natur durchbrechender That Gottes.

Aber selbst die Thatsache zugestanden, dass menschlicher Willen dies alles bewirke, so folgt doch daraus noch gar nicht, dass es auch auf menschlichen Willen sein Ansehen stützt und vom menschlichen Willen abhängt, sondern sowie der menschliche Willen, der Willen des Volkes, den bestimmten Staat, die bestimmte Verfassung, die bestimmte Dynastie gegründet hat, so lösen sich diese auch sofort von ihm, sie sind damit eben Staat geworden und binden daher allsogleich als Staat, eben weil der Staat göttliche Ordnung ist, diejenigen, so sie errichtet, nicht minder als die Nachkommen, so sie vorfinden.

Die Menschen haben daher allerdings unbedingt Macht und Fug, solange noch nichts besteht, die oder jene Verfassung festzusetzen, den Jacob oder Wilhelm zum König machen. Allein sowie dies geschehen, ist eben diese Verfassung Staat, ist der Jacob König, und ist alles dieses nun zur gottverordneten Auctorität über ihnen geworden, so dass sie die Verfassung nicht ändern dürfen ausser nach ihren eigenen Gesetzen, den König nicht entfernen ausser nach ihrem eigenen Willen. Dies sagt auch deutlich der Ausspruch: „Wo Obrigkeit ist, da ist sie von Gott“. Ähnlich ist ja auch die Ehe eine Ordnung Gottes, und obwohl auch hier von Gott weder vorgeschrieben noch sichtbar gefügt ist, dass eine Jungfrau den Jacob oder den Wilhelm eheliche, sowie sie den Jacob geheiratet, so ist gerade ihr eheliches Band zu Jacob Gottes Ordnung und Gebot. Der Staat aber, da er nicht ein Werk jedes einzelnen Menschen, sondern nur der Gemeinschaft als eines Ganzen ist, wird in der Gestalt Gottes Ordnung, in der er durch die Gemeinschaft, sei es in bewusstem Act oder in Sitte und Herkommen, gebildet worden ist.

Es ruht aber auch der Beruf des Staates auf dem Dienste Gottes. Es ist Gottes Gebot für das Gemeinleben, — Gerechtigkeit, Zucht, Sitte — das er handhaben, es ist Gottes Herrschaft, die er aufrichten soll. Die Obrigkeit ist nach dem Ausspruche der h. Schrift nicht bloss von Gott verordnet, sondern sie ist auch Gottes Dienerin (*θεοῦ διάκονος*, Dei minister). Das bedeutet auch hier wieder nicht, dass die Anordnungen der Obrigkeit selbst als Gebote Gottes zu betrachten seien, sondern dass es ihr Amt ist, seine Gebote aufrecht

zu halten. Die Obrigkeit ist darum von Gott nicht bloss in dem allgemeinen Sinne, wie alle Rechte von Gott sind, sondern in dem ganz specifischen Sinne, dass es das Werk Gottes ist, das sie versieht. Sie übt ihr Recht nicht bloss nach Gottes Ordnung wie auch der Eigenthümer, der Vater, sondern sie übt es für Gottes Ordnung. Es ist nicht ein blosses eigenes Recht, ein eigener Besitz, sondern eine göttliche Mission. Die Gewalt über Leben und Freiheit der Menschen und zu dem Zwecke, eine höhere sittliche Ordnung herzustellen, kann nie das bloss eigene Recht eines Menschen über den anderen sein gleichwie das Recht eines Ehegatten über den anderen, des Vaters über die Kinder, sondern nur ein im Amte Gottes geübtes Recht. Nur als die Dienerin Gottes ist die Obrigkeit die Rächerin zur Strafe über den, der Böses thut. Darum ist auch die Obrigkeit mit der Majestät umkleidet. Denn die Majestät ist die specifische Attribution Gottes als der absoluten realen und sittlichen Macht und des Rächers des Gesetzes.

Hierin liegt in seinem letzten Grunde der generische Unterschied der öffentlichen Gewalt, imperium, von aller Privatgewalt, sei diese Gesellschaftsgewalt oder häusliche Gewalt, potestas, und liegt in seinem letzten Grunde der durch und durch öffentliche Charakter des Staates. Nur um deswillen, weil der Staat zum Dienste eines Höheren, zum Dienste Gottes, vorhanden ist, muss in ihm alles Persönliche, Private, bloss Menschliche sich unterordnen und das Anstaltliche, das eigentlich Organische hervortreten. Nur um deswillen stehen Obrigkeit und Volk gemeinsam unter einer höheren Nothwendigkeit, auf die ihre Befugnisse und ihre Wirksamkeit bezogen sind. Es ist aber danach auch der Zweck des Staates nicht bloss eine Erfüllung sittlicher Ordnungen, sondern auch ein Dienst und Gehorsam gegen die Person Gottes und die Aufrichtung eines Reiches zur Ehre Gottes, und also sollen Obrigkeit und Volk ihn betrachten.

Es ruht endlich auch die Wirksamkeit des Staates in der That, wenngleich verborgen, auch auf dem Einflusse Gottes. Zwar jene Durchdringung Gottes und des Menschengeschlechtes, nach welcher er göttliches und menschliches Reich in untrennbarer Einheit wäre, ist in dem irdischen Zustande der Gottentfernheit nicht möglich. Dennoch aber ist es nur der göttliche Hauch, der die Staaten bildet und erhält, und ist der Staat ein Werkzeug in Gottes Hand. Gott legt den Menschen, je nach einem jeglichen Zeitalter und jeglichen Volke, ins Herz, welche Ordnung sie herstellen, welche Ziele sie anstreben sollen. Mögen dann einzelne und Massen, Herrschende

und Gehorchende ihm auch widerstreben, die Macht der Gemeinschaft über die einzelnen, die Macht der die Geschlechter überdauernden Einrichtung behält den Sieg, und wie dann auch die Menschen innerlich zu Gott stehen mögen, für den allgemeinen äusseren Zustand muss mehr oder weniger sein Gebot erfüllt werden. Ja, Gott hat, da er den Menschen die unbegrenzte Freiheit gab, das sittliche Gebot zu befolgen oder nicht, eben diese Macht der Einrichtung befestigt, damit sie eine Schranke sei gegen den äusseren Abfall des ganzen Menschengeschlechtes. Desgleichen, wenn der Staat der Führung in der Geschichte dient, welche die Zustände und die Bildung des menschlichen Geschlechtes in künstlerischem und providentiellen Gange durch die Völker und Epochen durch zu ihrer letzten Entfaltung bringt, so dient er damit dem lebendigen Gotte, der da die Geschichte fügt, und steht unter seinem Einflusse.

So hat Gott, nachdem er seine persönliche und unmittelbare Wirksamkeit aus der Zeitlichkeit um der menschlichen Schuld willen zurückgezogen, doch auf wunderbare Weise diese Anstalt über die Menschen gesetzt, aus ihnen selbst gebildet, aber mit seinem Ansehen bekleidet und seinem Einflusse zugänglich, dass sie in seinem Namen ihren ganzen äusseren Zustand beherrsche. Der Staat ist hiernach die Anstalt Gottes für diesen Zustand. Er soll ihn an Gottes Statt ordnen, fördern, Verletzung der Ordnung strafen, eben damit aber auch den sittlich-vernünftigen Willen der menschlichen Gemeinschaft bewähren, d. i. ihren Gehorsam, Gottes Ordnung aufzurichten, und ihre eigene Einsicht in die Weisheit dieser Ordnung. Dazu ist der Staat ausgestattet mit der Majestät Gottes und seiner Machtvollkommenheit auf Erden. Er ist, wenn auch in der getrübtsten Weise, immerdar ein göttlich-menschliches Reich.

Beruhet hiernach das Ansehen des Staates in seinem tieferen Grunde auf göttlicher Vollmacht, so kommt es doch vermöge der Selbstständigkeit, die Gott allen seinen Schöpfungen und Einrichtungen verleiht, und vermöge der Zurückziehung aller unmittelbaren und sichtbaren Wirkung Gottes aus der Zeitlichkeit dem Staate in völlig selbstständiger Weise zu. Es ist zunächst und unmittelbar ein ihm selbst innewohnendes Ansehen und verbleibt ihm unbedingt auch dann, wenn er es gegen den Zweck, für welchen es ertheilt ist, gebraucht. Nur hat es vermöge jenes seines Ursprunges eine Grenze da, wo das unmittelbare Gebot Gottes spricht. Man darf der Obrigkeit nicht gehorchen, wenn sie Verletzung apodiktischer religiöser oder sittlicher Vorschriften anordnet. Es ist hiernach keineswegs der Rechtsgrund des Staates in der göttlichen Vollmacht

zu suchen. Diesen hat der Staat in sich selbst, weil er eben die realisirte Rechtsordnung ist. Es ist sein Recht, nicht das Recht Gottes, welches die Unterthanen rechtlich bindet.

Nur der tiefere sittliche Grund für den Staat eben so wie für das Recht selbst liegt in der göttlichen Vollmacht. Darum ist auch ein Staatsbefehl, der Gottes Gebot widerstreitet, keineswegs unrechtmässig, — denn der Staat ist selbst die Quelle aller Rechtmässigkeit — sondern bloss sittlich unverbindlich und sittlich zum Nichtgehorsam auffordernd für alle, die Gottes Gebote erkennen. Darum kann auch ein der Religion völlig entkleidetes Volk immer noch eine Anerkennung des Staates als einer höheren, in ihm selbst gegründeten Auctorität möglicherweise behalten, und es ist umgekehrt auch für das Volk, das den Glauben bewahrt, diese Selbstständigkeit der Staatsauctorität nicht aus den Augen zu verlieren.

Der Streit über das göttliche Recht der Obrigkeiten scheint deshalb, zunächst betrachtet, mehr ein religiös-philosophischer als ein rechtlich-politischer Streit. Denn Recht und Politik haben es an und für sich bloss mit dem Grundsatz zu thun, dass der Staat und bezw. der König sein Ansehen von sich hat, nicht durch die Unterthanen. Ob dagegen dieses in sich gegründete Ansehen von Gott ausfliesst oder von der Weltsubstanz oder von einer mechanischen Nothwendigkeit, ist rechtlich und politisch zunächst nicht in Frage. Allein einerseits erscheint doch die Aufgabe des Staates ganz anders, wenn er von der Person Gottes völlig gelöst wird, andererseits kann sich das Ansehen des Staates thatsächlich nicht erhalten, sowie der Glauben an die göttliche Sanction entschwunden ist, sondern es ist dann jeder geneigt, seinen Willen und sohin das Volk seinen, d. i. der Massen Willen als Quelle und Richtschnur der Staatsgewalt geltend zu machen. Darum hat das göttliche Recht der Obrigkeit dennoch nicht bloss das religiöse Interesse, dass die menschliche Lebensordnung auf Gott bezogen werde, sondern auch das politische Interesse, dass der Staat und seine Verfassung diese tiefere Befestigung und Bürgschaft erhalte. Das menschliche Ansehen im Staate darf nimmermehr theokratisch mit dem göttlichen Ansehen vermengt, aber es muss nothwendig religiös auf das göttliche Ansehen gegründet werden.

Mit diesem allen wird das Ansehen des Staates keineswegs auf die Thatsache der Offenbarung gegründet, sondern auf Gottes Ordnung und Ermächtigung, die schon unser Gewissen bezeugt und die Offenbarung nur sicherer und vollkommener kundgibt und ausdrücklich bekräftigt. Und wie die Gebote und Ordnungen Gottes überall

nicht von der menschlichen Erkenntniss derselben und den Mitteln für diese Erkenntniss abhängen, so gilt das Ansehen des Staates und der Obrigkeit auch da, wo die christliche Offenbarung nicht gekannt ist oder wo der Unglauben sich von ihr emancipirt hat.

Die Griechen fassen den Staat in unbefangener Beobachtung als eine gegebene sittliche Auctorität. Das ist ein Mangel der Erkenntniss des tieferen Grundes dieser Auctorität wie einer wesentlichen Seite in der Bedeutung des Staates, aber keine Leugnung. Das Mittelalter übertreibt die Gottverordnetheit der Obrigkeit zu theokratischer Auffassung. Die Reformation erkennt die göttliche Institution der Obrigkeit in ihrer Reinheit. Die neuere Rechtsphilosophie — Grotius bis Kant und Rousseau — entzieht dem Staate die selbstständige Auctorität und gründet ihn bloss auf die Einwilligung seiner Glieder, aus der sich aber nie ein Staat und eine Auctorität ergibt. Die speculative Rechtsphilosophie — Schelling und Hegel — hat die selbstständige Auctorität desselben wieder zur Einsicht gebracht, aber sie nimmt diese nicht, wie die Griechen, als eine gegebene an, sondern gründet sie darauf, dass sie den Staat selbst zu Gott, nämlich zu einer und zwar einer der höchsten Entwicklungsstufen Gottes, macht.

XXII. Carl Christian Friedrich Krause,

geb. 6. Mai 1781 † 27. September 1832.

Der Organismus des Staates.

Abriss des Systems der Philosophie des Rechtes oder des Naturrechtes. 1828.
S. 177—178.

Die Menschheit, sofern sie das Recht verwirklicht, darlebt oder individuell herstellt, ist der Rechtsstaat der Menschheit, der Menschheitsrechtsstaat, auch wohl der Staat der Menschheit, der Menschheitsstaat, oder auch der Staat geradehin genannt. Der Rechtsstaat der Menschheit selbst ist in seiner Art und in seinem Gebiete unendlich, wie es die eine Menschheit des Weltalls in Gott selbst ist, und ist als untergeordneter Theil enthalten in dem einen unendlichen Staate Gottes, dem Gottesstaate, der civitas Dei.

In dem in seiner Art und in seinem Gebiete unendlichen Menschheitsrechtsstaate ist weiter untergeordnet enthalten der Rechtsstaat jeder einzelnen Theilmenschheit auf einem bestimmten Himmelswohnorte, mithin zugleich auch das Rechtsleben, d. i. der Staat aller in einer jeden Theilmenschheit enthaltenen besonderen gesellschaftlichen Personen und aller und jeder Einzelmenschen, wobei es der wissenschaftlichen Betrachtung stets gegenwärtig bleiben soll, dass auch jede Theilmenschheit und alle in selbiger enthaltenen Personen, zu unterst alle und jede einzelnen Menschen, auch in unmittelbarer, eigenleblicher, individueller Beziehung zu Gott als Urwesen, als zu der heiligen, gerechten, liebenden und rettenden Vorsehung sind und leben, dass mithin auch das eigenlebliche, individuelle Rechtsleben einer jeden Theilmenschheit und einer jeden in selbiger enthaltenen Rechtsperson in eigenleblicher Beziehung ist und lebt zu Gottes eigenleblicher Rechtspflege, d. i. dass jede Theilmenschheit auch als Theilmenschheitsstaat und wiederum der Rechtsstaat jeder untergeordneten Rechtsperson in selbiger auch in unmittelbarer eigenleblicher Beziehung und Vereinigung steht mit dem eigenleblichen Rechtsstaate Gottes, d. i. mit Gott als auch dem zeitlichen Urheber, Ordner und Regierer des Rechtslebens aller endlichen Rechtspersonen der Welt.

Hieraus ergibt sich das unveräusserliche Recht eines jeden Einzelmenschen und jeder Gesellschaft von Einzelmenschen, sich in ihrem Gewissen unmittelbar auf ihr Recht in Gott und zu Gott, dem unbedingt und unendlich gerechten Ordner und Richter des Rechtes in aller Welt, zu berufen, sofern sie sich selbst im Rechte erhalten, und auf alle rechtsgemässe Weise dahin zu streben und zu wirken, dass das Recht, unabhängig von der Weltbeschränkung, für sie selbst und alle untergeordneten Rechtspersonen auch im gesellschaftlichen Rechte aller höheren Rechtspersonen wirklich werde.

Alle gedenklichen gesellschaftlichen Bestimmtheiten des Rechtes können und sollen die untergeordneten Rechtspersonen in ihrem unmittelbaren Rechtsverhältnisse zu Gott, der einen unendlichen, unbedingten, alle endlichen, bedingten Rechtspersonen in sich verursachenden und lebenleitenden, in unendlicher Macht, Heiligkeit und Liebe regierenden und beherrschenden Rechtsperson nicht stören oder kränken. Vor Gott stehen Einzelmenschen, Familien, Stämme, Völker und Theilmenschheiten, stehen Mitglieder und Verwalter aller endlichen Staaten auf gleiche Weise unmittelbar zu Recht und Gericht, ihr Recht und ihr Urtheil auf völlig gleiche Weise empfangend.

Von dem menschlichen Staate im allgemeinen.

Das System der Rechtsphilosophie. 1874. S. 519—524.

Betrachten wir den Staat der Menschheit als Ganzes in sich und als System von untergeordneten Theilganzen oder Theilstaaten, so bezieht sich der Staat zuerst auf das innere Recht einer jeden Rechtsperson, d. i. zuhöchst der Menschheitsstaat als ganzer ist das ganze innere Rechtsleben der Menschheit. Eben so der Staat eines Völkervereines ist zunächst das innere Rechtsleben dieses Völkervereines; so der Staat eines Volkes, der Volksstaat, befasst zuerst wesentlich das ganze innere Rechtsleben dieses Volkes.

Sofern aber der Staat einer höheren Person in sich untergeordnet enthält das Rechtsleben seiner untergeordneten Personen, so bezieht sich der Staat der höheren Rechtsperson zunächst auf das äussere wechselseitige Rechtsleben seiner untergeordneten Personen oder seiner Glieder, mittelbar aber bezieht er sich als das höhere Lebensganze auch auf das innere Rechtsleben aller seiner untergeordneten Glieder, z. B. das Rechtsleben eines Volkes oder der Volksstaat enthält in sich als Personen oder Glieder die Stämme, die Ortschaften, die Familien, die einzelnen Menschen, dann die werktthätigen Vereine für Wissenschaft, für Kunst, für Liebe und für Gottinnigkeit. Sofern nun der Volksstaat als das höhere Ganze des Rechtslebens das Rechtsleben der untergeordneten Glieder in sich befasst, ist dadurch zunächst das äussere Recht dieser Glieder gegen einander und zum Ganzen bestimmt, mittelbar aber auch das innere Recht, z. B. alle einzelnen Bürger des Volksstaates erhalten zunächst im Volksstaate die Bestimmtheit ihres äusseren Rechtes, d. h. die Herstellung ihrer zeitlich freien äusseren Bedingnisse zur Erreichung ihrer Vernunftbestimmung. Mittelbar bezieht sich aber auch der Volksstaat auf das innere Recht und die innere Rechtspflege jedes Menschen, weil diese abhängt von seiner Einsicht, von seiner Gemüthsbildung, von der Bestimmtheit seines Willens und seiner ganzen inneren Wirksamkeit, dieses alles aber auch von aussen mitbestimmt ist durch Erziehung, durch Gesellschaft, durch gemeinsames Wollen und Wirken.

Zweitens: Die Bildung des Gesellschaftsstaates auf Erden beginnt geschichtlich vom Rechtsleben der einzelnen Menschen, schreitet dann fort zum Rechtsleben der einzelnen Familien und erst von da aus zu dem Rechtsleben höherer geselliger Ganzen oder moralischer Personen. Man sagt gewöhnlich, dass alle Staatenbildung von Familien anhebe, insofern nach dem jetzigen Gesetze der Fortpflanzung

der Menschheit jeder einzelne Mensch aus dem Geschlechtsvereine wenigstens zweier hervorgeht. Da aber die Philosophie der Natur und der Menschheit lehrt, dass auf jedem Himmelswohnorte die Menschheit zuerst ursprünglich erzeugt wird und dann erst geschlechtlich durch Fortpflanzung, so ist hieraus philosophisch, freilich aber nicht rein historisch klar, dass alle Rechtslebensbildung der Gesellschaft von dem Vereine einzelner ausgeht, und selbst der geschichtliche Verlauf der Staatenbildung, die Gründung einzelner Staaten, nachdem schon Familien überall gebildet sind, zeigt, dass die Gründung der Staaten durch einzelne Menschen als einzelne möglich ist.

Drittens: Die Darlegung des Rechtes hängt selbst von der Freiheit ab. Es ist Bedingung, wenn der Staat entstehen und gebildet werden soll, dass die in ihm vereinten Menschen ihre Freiheit darauf richten, die Darstellung des Rechtes zu erwirken, — mithin ist fürs erste die Bildung des Rechtes selbst ein Recht, weil, dass das Recht zu Stande komme, selbst durch Freiheit bedingt ist. Fürs andere aber, sachlich angesehen, ist die Darlegung des Rechtes oder der Staat ein Kunstwerk, — mithin ist zur Gründung und Ausbildung des Staates erforderlich Einsicht des Rechtes, die Gesinnung, das Recht herzustellen, dann gerechter Willen, auch Thatkraft oder Macht und Kunstgeschicklichkeit, Staatskunst, Kunstübung und Kunstfleiss. Also ist die Kunst, den Staat zu bilden, welche man Politik im engeren Sinne nennen kann, ein wesentlicher Theil der ganzen Lebenskunst der Menschheit. Daraus ergibt sich zugleich in Hinsicht auf die Endlichkeit aller einzelnen Menschen, dass im gesellschaftlichen Staate diese Kunst, den Staat zu bilden und zu verwalten, einzelnen Menschen und Gesellschaften übertragen werden muss als ihr vorwaltender Lebensberuf, indem zugleich die ganze Gesellschaft darüber zu wachen hat, dass diejenigen Personen, denen die Ausübung der Staatskunst überlassen ist, diese Kunst dem Rechte gemäss üben.

Sehen wir hierbei auf den eigenthümlichen Zweck des Staates und der Staatskunst, so ist dieser eben die Herstellung des Rechtes als eines individuellen Organismus, so dass alle Rechtspersonen zu allen Rechtspersonen in das Verhältniss des Rechtes versetzt und darin erhalten werden, dass also auch alle Rechtspersonen zu allen Sachen, sofern an den Sachen Rechte haften, in das rechtmässige Verhältniss kommen und dass auch alle Sachen zu allen Sachen, sofern an den Sachen Rechtsbedingnisse haften, in dasjenige Rechtsverhältniss kommen, was dem Rechtszwecke dieser Sachen gemäss

ist. Dies ist der innere Rechtszweck des Staates und der Staatskunst, aber der höhere, in Ansehung des Rechtes äussere Zweck ist, dass überhaupt die Bestimmung der Menschheit erreicht werde, soweit diese unter der zeitlich freien Bedingtheit steht, d. h. soweit sie vom Rechte abhängt. Wird dies richtig verstanden, so kann wohl gesagt werden, dass der höchste und allgemeinste Staatszweck sei das allgemeine Beste oder das Gemeinwohl, sofern dasselbe durch das Recht hergestellt wird.

Betrachten wir nun viertens näher das Verhältniss der in der Menschheit enthaltenen Theilstaaten in Ansehung der Zeitfolge ihres Entstehens und in Ansehung des rechtlichen Verhältnisses der nach und nach in der Menschheit entstehenden Staaten! Es ist vorhin schon gezeigt worden, dass der eine Staat der Menschheit in sich die Staaten aller untergeordneten Rechtspersonen enthalte. Es folgt also daraus, dass der ganze Staat der Menschheit erst dann vollwesentlich ausgebildet zu achten ist, wenn derselbe die Staaten aller Völker der Erde befasst und in diesen wiederum vollständig die Staaten aller dem Volke untergeordneten Personen enthalten sind, wenn also jeder der darin enthaltenen Staaten für sich organisch vollendet ist, mit allen anderen in organischer Wechselwirkung des Rechtslebens steht und wenn sie alle mit dem höchsten Rechtsleben des ganzen Menschheitsstaates in organischer Verbindung sind.

Es ist hieraus ferner klar, dass das Recht jedes untergeordneten Rechtsstaates organische Bestimmnisse in sich aufnehmen, in so fern höhere Rechtsgesetze anerkennen und empfangen muss von allen höheren Rechtsstaaten über ihm, dass aber doch das Recht jedes untergeordneten Staates keineswegs ursprünglich begründet und abhängig sei von irgend einem Rechtsstaate neben oder über ihm, sondern ursprünglich bestimmt und begründet in dem einen göttlichen Rechte, in dem einen inneren Rechtsgrunde einer jeden Person selbst. Wenn demnach auch nach bestimmten historischen Gesetzen die einzelnen Staaten in aufsteigender Ordnung entstehen, von den einzelnen Menschen aus durch die Völker hindurch bis zur Menschheit, so haben doch alle untergeordneten Rechtspersonen an ihnen selbst die Befugniss, ihren Rechtsstaat zu gründen und auszubilden, ohne dass sie befugt oder gehalten wären, erst die Ausbildung der höheren Rechtspersonen über ihnen abzuwarten, und ohne dass deshalb, weil die höheren Rechtspersonen noch nicht wirklich sind, das Recht der untergeordneten Rechtspersonen nicht begründet, nur ein einstweiliges, an sich nicht gültiges Nothrecht sei, daher dann auch, wenn die höheren Rechtspersonen nach der

Reihe hinzukommen, wie schon oben gefunden worden, die höheren Rechtspersonen das bestehende Recht der untergeordneten anzuerkennen haben und ihnen nicht die Befugnis zusteht, das Recht der untergeordneten Rechtspersonen für nichtig und ungültig zu erklären, sondern lediglich die höhere Rechtsbefugnis ihnen zukommt, dann das bestehende Recht der untergeordneten Rechtspersonen, die nun in eine höhere Rechtsperson vereint werden, nach dem inneren Rechtsgrunde dieser höheren Rechtspersonen rechtlich zu bestimmen und umzugestalten.

Sehen wir fünftens auf die wesentliche Form, in welcher der Staat der Menschheit und aller untergeordneten Personen in der Menschheit entstehen und bestehen soll! Da der sittlich freie Willen überhaupt die vernunftgemässe Grundform der Herstellung des einen Rechtes sowohl in Ansehung Gottes selbst, der in Heiligkeit das eine Recht will und vollzieht, als auch aller untergeordneten endlichen Vernunftwesen ist, so ist auch die Vernunftform jeder gesellschaftlichen Herstellung des Rechtes, d. i. eines jeden Gesellschaftsstaates, der gesellschaftlich vereinte Rechtswillen aller derjenigen Rechtspersonen, welche in diesen Staat vereint sind.

Nennen wir nun die in einen Gesellschaftsstaat vereinten einzelnen Rechtspersonen zusammen die Gemeinde des Staates oder die Rechtsgemeinde, so folgt, dass die rechtliche Form des Staates der gesellschaftliche Rechtswillen der ganzen Rechtsgemeinde ist; und es ist in dieser Hinsicht zu bedenken, dass dieses nicht etwa eine Form des Staates ist, die wohl stattfinden könne, aber etwa auch nicht, sondern dass dies die einzige vollwesentliche Form alles Rechtslebens in Gesellschaft ist, sowie für ein jedes Gesellschaftsleben, welches irgend einem vernünftigen Zwecke gewidmet ist, die Erreichung des Gesellschaftszweckes in Vollkommenheit nur möglich ist, wenn die vereinten Glieder der Gesellschaft ihren freien Rechtswillen zu Herstellung des Guten, welches den Gesellschaftszweck ausmacht, vereinigen. Daher denn auch der Staat vollwesentlich nur ausgebildet werden kann, mithin auch soll in der Form, dass die ganze Gemeinde ihren rechtlich freien Willen zur Herstellung des Rechtes verbunden hat.

Es ist zuletzt gezeigt worden, dass die vernünftige Form des Staates der freie Willen der Gemeinde ist, welcher dann in Form des Staatsvertrages wirklich und gültig wird. Dadurch aber wird keineswegs behauptet, dass sich der Staat selbst als das Rechtsleben und das Staatsrecht auf den Staatsvertrag gründet. Denn niemals gründet sich der Gehalt auf die Form, sondern die Form ist am

Gehalte. Überhaupt gründet sich das Recht gar nicht auf den Willen, vielmehr hat sich der rechtliche Willen auf das Recht zu gründen. Umgekehrt erzielt sich hier also in der Erkenntniss des einen Rechtes auch die Einsicht in das Recht, das Recht zu verwirklichen, in das Staatsrecht, und die Einsicht in das Recht, den Staatsvertrag zu schliessen, das Staatsvertragsrecht.

Sehen wir nochmals auf die geschichtliche Entwicklung der Staaten in der Menschheit hin, so ist zwar der unterste Gesellschaftsstaat, der Familienstaat, nicht anders als entstehend zu denken denn durch gesellschaftliche Übereinkunft des Willens der Stifter der Familien in der geschlechtlichen Übereinkunft der Ehe zunächst zur Zeugung, aber von der einen Seite ist, zumal in noch unvollkommenen Zuständen der Gesellschaft, der Willen zur Geschlechtsvereinigung nicht sittlich frei, weil die Menschen meistens durch den Geschlechtstrieb dazu hingetrieben werden. Dazu ist auch das Familienband nicht rein und allein das Recht, sondern vorwaltend die persönliche Liebe und das Bedürfniss. Erst in höheren Zuständen der menschlichen Gesittigung und der Gesellschaftlichkeit bildet sich auch der Familienstaat rein und vollwesentlich aus.

Sehen wir aber auch auf die geschichtliche Entstehung der nächsthöheren Gesellschaftsstaaten hin, so ist anfangs das Vereinigungsband dazu weder der reine Trieb, das Recht herzustellen, noch die Liebe, sondern meist das selbstische Bedürfniss, weil der Mensch dem selbstsüchtigen Menschen das bei weitem nützlichste Mittel von allen ist, seiner Selbstsucht Genüge zu leisten. Daher ist die geschichtlich erste Form der Rechtsstaaten über den Familien Zwang durch Willkürgewalt nach selbstischen Zwecken. Nur untergeordneterweise wirkt auch das Edlere im Menschen dabei mit ein, die Liebe und das keimende Gefühl für das Recht, bis stufenweise die Menschen sich weiter ausbilden in Erkenntniss, Gefühl und Wollen, wo dann auch die Wesenheit des Menschen und der Menschheit erst geahnt, dann erkannt, erst bloss im Gefühle erfasst, dann in sittlich freiem Willen erstrebt wird. Dann tritt auch der sittlich freie Gedanke des Rechtes in Geist und Gemüth ein, tritt hervor als rechtlicher Willen und erweist sich endlich zuletzt in der höchsten Stufe seiner Ausbildung als die allgemeingültige Gemeindeverfassung des Rechtes, wo die Genossen des Staates alle einen und denselben Willen des einen ganzen Rechtes haben und diesen Willen in gemeinsamer Kunst und Arbeit auch gültig machen und in einem vollkommenen Rechtsleben verwirklichen. Erst in den Beginn des dritten Hauptlebensalters der Menschheit, des Lebens-

alters der Reife, fällt dieser vollendete Zustand des Staates. Bis dahin aber zeigt sich eine Reihe untergeordneter Staatengestaltungen, welche sich stufenweise, indem sie eine Wesenheit nach der anderen in sich aufnehmen, dem Urbilde des vollwesentlichen Staates annähern.

XXIII. Heinrich Ahrens,

geb. 14. Juli 1808 † 2. August 1874.

Der Cultur- oder Humanitätsrechtsstaat.

Naturrecht. 6. Aufl. 2. Bd. 1871. § 116.

Die vergleichende Betrachtung der praktischen Resultate der verschiedenen Staatsformen und die tiefere wissenschaftliche Erforschung des Wesens des Staates haben die Erkenntniss reifen lassen, dass die Staatsformen, ungeachtet ihrer bedeutenden Rückwirkung auf die innere Gestaltung des Staatslebens, doch nur ein äusserer Rahmen sind, der in derselben Form eine sehr verschiedenartige staatliche Bildung einschliessen kann und oft in entgegengesetzten Staatsformen gleich übele Resultate hervortreten lässt. So ist der Glaube an alleinseigmachende monarchische oder republicanische Formen des Staates der richtigeren Einsicht gewichen, dass für die Gebrechen, die sich bei allen Staatsformen kundgeben können, eine gründliche Abhilfe nur in der richtigen Auffassung der Stellung des Staates zu allen gesellschaftlichen Lebensgebieten, in einer dadurch bestimmten Begrenzung seiner Thätigkeit und in der guten Anordnung des inneren Baues gefunden werden kann. Fast allgemein wird daher jetzt das Princip der Selbstverwaltung als Grundlage alles Staatslebens betrachtet, und wenn früher das Streben vorwaltend war, die Staatsgewalt zu begrenzen, so wird es jetzt als eine weitergreifende, wichtigere Aufgabe erkannt, der Omnipotenz des Staates selbst wesentliche Schranken zu ziehen.

Diese ganze Bewegung in ihren verschiedenen Richtungen hat sich in der Forderung concentrirt, dass der Staat als Rechtsstaat aufgefasst und organisirt, das Recht als beherrschende Seele des Staates und aller seiner Organe begriffen werde. Dieser Begriff hat sich zunächst nur als Ausdruck eines allgemeinen unbestimmten Bedürfnisses dargestellt, aber bei näherer Bestimmung und Durch-

führung ist sofort dieselbe Verschiedenheit der Ansichten hervorgetreten, die sich über das Rechtsprincip überhaupt ausgebildet haben.

Diese Ansichten lassen sich in zwei Gruppen theilen, je nachdem nämlich auf Grundlage des Kantschen abstracten Rechtsprincips der Rechtsstaat selbst in mehr oder weniger abstracter Form ohne positive Beziehung zum gesellschaftlichen Culturleben aufgefasst oder nach dieser Beziehung als Cultur- oder Humanitätsrechtsstaat begriffen wird. Nur in dieser letzteren Auffassung soll hier der Rechtsstaat nach einigen geschichtlichen Bemerkungen in den Grundzügen näher entwickelt werden.

Der Rechtsstaat ist nach seinem Grundcharakter ein Product des germanischen Geistes und bildet den Gegensatz zu dem aus römischem und romanischem Geiste hervorgegangenen Herrschaftsstaate. Wie der Germane die staatliche Ordnung auf dem Grunde der sich selbst bestimmenden Persönlichkeit aufbaute, im Staate nur eine höhere Macht des Schutzes erblickte, der sich bloss ergänzend an das Princip und das Recht der Persönlichkeit anschloss, so war die Staatsgewalt, selbst in den durch Könige regierten germanischen Staaten, beschränkt gewesen.

Von dieser germanischen Staatsanschauung war noch die grosse Reichsordnung Carls des Grossen durchdrungen, wenn auch die Reichsgewalt schon durch römische Elemente gestärkt erschien. Nach der Auflösung dieses Reiches trat in Frankreich und in Deutschland eine entgegengesetzte Staatsentwicklung ein, dort durch Ausbildung einer starken staatlichen und monarchischen Gewalteinheit, hier durch immer grössere Zersetzung in eine Vielheit grösserer oder kleinerer, nur durch ein schwaches Reichsband zusammengehaltener staatlicher Gebilde, in denen später der nachgeahmte französische Absolutismus im verkleinerten Masse oft eine widrige Fratze wurde.

In England dagegen wurde zwar auch durch Wilhelm den Eroberer 1066 eine kräftige, fast absolute, die alte Sachsenconföderation zerstörende Staatsgewalt errichtet, aber die alten germanischen Rechts- und Freiheitsprincipien, welche bald auch von den Normannen als die gemeinsame Brustwehr gegen den königlichen Absolutismus erkannt wurden, kamen wieder mehr und mehr in Geltung und erhielten ihre erste Sanction in der Magna charta libertatum 1215. Auf dem Grunde dieser germanischen Principien hat sich in England der Rechtsstaat gebildet mit der eigenthümlichen aristokratischen Färbung, die in der ganzen staatlichen Gestaltung ihren Widerschein findet.

Dieser Rechtsstaat ruht auf mehreren wesentlichen Grundlagen: auf dem Princip der Selbstregierung des Landes durch das Land im Parlament, auf der Selbstverwaltung aller corporativ gestalteten politischen und socialen Lebensgebiete, auf dem Princip formeller Rechtsgleichheit und auf dem Schutze aller, auch der politischen Rechte nach dem wichtigen Grundsatz, dass, wo ein Recht ist, es auch ein Rechtsmittel gibt. *Where is a right, there is a remedy.* Dieser Rechtsstaat hat jedoch ein wesentlich demokratisches Element nur in der Jury beibehalten, in allen anderen wichtigen Gebieten dagegen ein aristokratisches Gepräge angenommen.

Bis zu den letzten Reformen lag noch die ganze Gesetzgebung sowie die Verwaltung durch Lord-Lieutenants, Sheriffs, Friedensrichter u. s. w. in den Händen und unter dem Einflusse der Aristokratie, und erst die grossen Missbräuche und das überall fühlbar gewordene Bedürfniss einer besseren Verwaltung haben zu wichtigen Reformen geführt, die jedoch gerade wegen des früheren Ausschlusses der volksthümlichen Elemente durch Übertragung wichtiger Gebiete auf den Staat die Selbstverwaltung beschränkt und auf eine bureaukratische Bahn gelenkt haben, die man in Deutschland zu verlassen bereit ist. Das Gesetz ist die herrschende Macht, und der englische Staat ist vor allem Gesetzesstaat. Die bürgerliche Rechtspflege wird durch unabhängig gestellte Richter geübt, aber sie ist in der Regel so theuer, dass sie den weniger Bemittelten kaum zugänglich ist. Die Gerichte entscheiden auch über Verwaltungsstrafsachen, und wegen dieser höheren Stellung der Gerichte hat der englische Rechtsstaat den Charakter eines souveränen Gerichtsstaates angenommen. Ein Grundgebrechen des englischen Staatswesens liegt aber vor allem in seiner bloss passiven Beziehung zur geistigen Bildung des Volkes, welche, soviel auch hierfür durch Schulen der Geistlichkeit und der Privaten geleistet wird, doch hinter der deutschen Bildung weit zurückgeblieben ist. Erst neuere Bestrebungen sind auf die Abstellung dieses Gebrechens durch Einführung eines obligatorischen Volksunterrichtes gerichtet.

Der Rechtsstaat in England hat daher einen formalistischen, abstracten, gegen die höhere Cultur indifferenten Charakter angenommen. Die ganze aristokratische Verfassung und Verwaltung ist zwar lange Zeit in den Händen einer tüchtigen, für den Staatsdienst lebenden Aristokratie ein Hebel der Macht und Grösse Englands geworden, aber durch die Concentration der Ämter in ihren Händen sind die übrigen Classen von der lebendigen Mitwirkung beim Staatsdienste ausgeschlossen worden, und heute, wo

bei der zunehmenden sittlich-politischen Erlahmung der Aristokratie ihr Verfall unverkennbar ist und das Bedürfniss einer verbesserten Verwaltung in allen Gebieten hervortritt, sind wegen des Mangels der allgemeinen Bildung und eines im Staatsdienste geschulten Beamtenstandes grosse Schwierigkeiten entstanden, um in die rechte Bahn einzulenken. Der germanische Volksstamm in England hat die Bestimmung gehabt, während auf dem Continent römische und romanische Staatsprincipien den Absolutismus grosszogen, ein freies, von Recht und Gesetz getragenes Staatswesen als ein beachtenswerthes Vorbild bewahrt zu haben.

In Deutschland wurde von Kant und seiner Schule vom theoretischen Gesichtspunct aus im Gegensatze zu dem alle Lebensgebiete überwuchernden Polizeistaate die Idee des Rechtsstaates in abstracter und praktisch unausführbarer Auffassung aufgestellt. In neuerer Zeit hat die Wissenschaft diesen Begriff von mehr praktischer Seite aufgestellt. Es ist jedoch hauptsächlich das gründlichere Studium der englischen Verfassung, welches den Begriff des Rechtsstaates immer mehr in das allgemeine Bewusstsein eingeführt hat. Dieser Begriff bedarf jedoch der genaueren Bestimmung und einer wesentlichen Erweiterung. Der Rechtsstaat ist Culturrechtsstaat, und nach dieser Auffassung haben wir ihn jetzt näher zu charakterisiren.

Der Rechtsstaat ist zu oberst die Alleinherrschaft des Rechtes in den objectiv rechtlichen Normen, in den gesetzlichen Formen und nach zwei Richtungen, einerseits für den Zweck des Rechtes selbst und andererseits für die allseitige Cultur.

Die objectiven Normen sind durch die verfassungsmässige Feststellung der Grundrechte, der Rechte der Staatsgewalt und durch die Regelung der Grundverhältnisse der Staatsgewalt zu allen Lebens- und Culturgebieten gegeben. Alle Glieder und Kräfte der Staatsgenossenschaft sollen von dem Bewusstsein durchdrungen sein, dass sie unter dem Schirme einer festen Rechtsordnung leben, welche, der Willkür enthoben, allen das Gefühl der Sicherheit gewährt. Das objective Recht und Gesetz kann jedoch nur herrschen, wenn überall, wo eine Verletzung auf dem bürgerlichen oder auf dem öffentlich-rechtlichen Verwaltungsgebiete eintritt, ein Rechtsmittel gegeben ist, um von einer unabhängigen richterlichen Behörde die Achtung und Wiederherstellung des Rechtes zu erlangen. Der oben berührte englische Grundsatz ist daher eine unerlässliche Bedingung des Rechtsstaates.

Die formelle Organisation desselben verlangt aber auch die

strenge rechtliche Feststellung aller Unter- und Überordnungsverhältnisse und die genaue Abgrenzung des Wirkungskreises einer jeden staatlichen Function. So ist die Gesetzgebung der Verfassung und die Verwaltung in ihrem Verordnungsrechte beiden unterzuordnen, und im Falle eines Streites über die Rechtmässigkeit einer administrativen Anordnung muss in richtiger Regelung der Administrativjustiz eine unabhängige richterliche Behörde hierüber zu entscheiden berechtigt sein. Hierbei muss auch die Verantwortlichkeit aller Beamten, zu oberst der Minister, genau bestimmt werden.

Der Rechtsstaat beruht ferner auf der Rechtsgleichheit, welche gleiches Recht und Gerechtigkeit bei gleichen Verhältnissen fordert, Rechtsbevorzugungen, Ausnahmsgerichte verwirft, welche nicht nach den Verhältnissen, sondern nach den Personen bestimmt sind, wie Militärgerichte für nichtmilitärische Sachen, geistliche Gerichte u. s. w., vielmehr alle Glieder des Staates einem allgemeinen bürgerlichen und Strafrechte unterordnet.

In Bezug auf das Culturleben hat der Staat auch das geistige und materielle Wohl, nicht durch Hinwegsetzung über das Recht oder ausserhalb des Rechtes, sondern gleichfalls nur in der Form des Rechtes zu fördern.

Der Rechtsstaat muss aber eine treue Widerspiegelung des organischen Charakters der lebendigen Volksordnung sein, in welcher die Freiheit aller Glieder und Kräfte in der Selbstverwaltung die vornehmste Grundlage bildet, die Staatsgewalt nur die Leitung und Beaufsichtigung ausübt und durch Mitwirkung aller Glieder und Kräfte bei der Ausübung der Staatsgewalt ein organisches Wechselverhältniss hergestellt wird. Der grosse Lebensstrom des Volkes wird nicht vom Staate und der Staatsgewalt angefacht, sondern wird gebildet durch die vielen in den örtlichen Kreisen der Gemeinden, Kirchen, Provinzen und in den verschiedenartigen Culturgebieten entspringenden Quellen, deren Ausströmungen nur in geregeltem Bette zu erhalten und vom Staate zu einem grossen, wohlgeordneten, in viele fruchtbare Seitenströmungen sich ergiessenden Laufe zu verknüpfen sind.

Das organische Verhältniss zwischen der Staatsgewalt und der Volksgesamtheit wird durch die Mitwirkung volksthümlicher Factoren hergestellt, dadurch das Recht an der Quelle des Volksebewusstseins und der fortschreitenden Bedürfnisse lebendig erhalten und zwischen der Gesetzgebung selbst und den beiden anderen Functionen eine Wechselwirkung und Controle geschaffen, welche

in der Civil- und Strafgesetzgebung für den legislativen Repräsentativkörper, der sich leicht der Tendenz abstracter Gesetzmacherei hingibt, eine Nöthigung wird, auch auf die Volkselemente bei der Vollziehung Rücksicht zu nehmen. Dies hat schon bei der Criminalgesetzgebung durch Vereinfachung der Grundsätze und Begriffe gute Früchte getragen, und auch das Processrecht wird erst eine gründliche Reform erhalten, wenn auch die bürgerliche Rechtspflege, wie es grundsätzlich geboten ist, in allen Gebieten auf die Mitwirkung volksthümlicher Elemente gestellt wird. Alsdann schwebt das Recht nicht über dem Volke wie ein mysteriöses Wesen, in dessen geheimnissvolle Formen bloss die Rechtsgelehrten eingeweiht sind, sondern es lebt und webt in dem Volke, welches dadurch ein beruhigendes Gefühl des Rechtes und der rechtlichen Sicherheit gewinnt. Durch das Eindringen des fremden römischen Rechtes ist das Volk mundtot gemacht worden. Die Gegenwart muss ihm die Sprache auch im Rechtsprechen wiedergeben.

Der Rechtsstaat, welcher auf diese Weise in die Strömung des Volkslebens gestellt wird, alle Quellen der Bewegung, alle Wege der Bildung erschliesst, ist wahrer Entwicklungs- und Fortschrittsstaat, nicht in dem Hegel-Lassalleschen Sinne, als wenn dadurch alle Festigkeit der obersten Rechtsgrundsätze und der Rechtsordnung, sogar das Privateigenthum und alle wohlerworbenen Rechte, wie Lassalle meint, aufzuheben, die Entwicklung selbst gewissermassen zum alleinigen Rechtsprincip zu erheben wäre, sondern in der Art, dass nach festen Normen und auf geregelten Wegen die Entwicklung sich frei in allen Gebieten vollziehen kann.

Das vornehmste politisch-socialle Problem hat aber der Staat als Culturrechtsstaat durch positive allseitige Förderung aller gesellschaftlichen Lebensgebiete zu lösen. Der Staat ist keine blosser Schutzanstalt, er nimmt keine bloss passive oder indifferente Stellung zu dem Culturleben ein, sondern hat alle Lebens- und Bildungszwecke in ihrer Harmonie, Ausgleichung und gegenseitigen Ergänzung zu fördern.

Durch die richtige Erkenntniss und Vollführung dieser Aufgabe hat er auf dem volkswirtschaftlichen Gebiete den grundsätzlich verkehrten Socialismus zu entwaffnen, indem er diejenigen Einrichtungen unterstützt, welche zu der Selbsthilfe des Arbeiterstandes eine gerechte Beihilfe gewähren und die Lage desselben wesentlich zu verbessern geeignet sind.

Schwieriger, weil die innersten Seiten des geistigen Lebens berührend, stellt sich die Aufgabe der richtigen Regelung des Ver-

hältnisses des Staates zu der Kirche, welche der Culturstaat nicht, wie in America, mit Indifferenz behandeln darf, vielmehr in ihrem wesentlichen Wirkungskreise zu fördern, aber auch anzuhalten hat, die Bildungselemente in sich aufzunehmen, welche allein eine gedeihliche Wirksamkeit in dem nach vielen Richtungen sich entwickelnden Staatsleben möglich machen.

In Bezug auf das Schul- und Unterrichtswesen hat der Staat in Deutschland nur auf den jetzigen Grundlagen fortzubauen, aber auch hier bei der Leitung des Unterrichtswesens durch Organisirung von Schulsynoden das Princip der Selbstverwaltung in rechtem Masse zur Anerkennung zu bringen.

Die richtige Erkenntniss und der praktische Ausbau des Culturrechtsstaates werden in Ableitung mancher einseitigen oder verkehrten Richtungen, die in das Staatsleben eingedrungen sind, allen Lebenskreisen die geordneten Bahnen allseitiger freier Entwicklung öffnen.

XXIV. Johann Caspar Bluntschli,

geb. 7. März 1808 † 21. October 1881.

Das monarchische Princip und der Begriff der constitutionellen Monarchie.

Lehre vom modernen Staate. 5. Aufl. 1. Theil. 1875. 6. Buch. 16. Capitel.

Die constitutionelle Monarchie will eine wahre, keine Scheinmonarchie sein. Was ist nun das Wesen der Monarchie? Ohne Zweifel die Personification der Staatshoheit und der Staatsgewalt in einem Individuum. Von der Theokratie unterscheidet sie sich auch dann, wenn der als Herrscher gedachte Gott sich durch einen Fürsten vertreten lässt, indem sie dem Monarchen selber das Recht der Herrschaft zuschreibt, von den Republiken, welche einen Dogen oder Präsidenten an der Spitze haben, aber dadurch, dass die republikanischen Staatshäupter genöthigt sind, sei es die aristokratische Minderheit, sei es die demokratische Mehrheit, als den eigentlichen Herrscher zu betrachten, dessen Vertreter und Diener sie sind, der Monarch aber nicht Unterthan dieser Mächte, sondern immer selbstständiger Inhaber der Regierungsgewalt ist. Die Staatsauctorität erhält in der Monarchie im Gegensatze zu dem Collectivausdrucke

der Republik einen höchst individuellen Ausdruck. Der Monarch ist die Staatsperson im eminenten Sinne.

In jener Begriffsbestimmung sind zwei Seiten zu unterscheiden, die beide vorhanden sein müssen, wenn noch von Monarchie die Rede sein soll: die persönliche Erhebung des Staatshauptes als individuellen Repräsentanten und Organs der obrigkeitlichen Gewalt, die inhaltliche Concentration der obersten Staatshoheit und der vollkommenen Staatsgewalt in ihm. Die beiden Pole der fürstlichen Thätigkeit sind die Initiative und die Sanction.

Mit dem ersten Princip ist wohl verträglich die Beschränkung des Monarchen durch die Repräsentation der übrigen Bestandtheile des Volkes in der Gesetzgebung und die Gebundenheit des Monarchen an die Mitwirkung der Minister in der regelmässigen Ausübung der Regierungsrechte und Pflichten. Denn wenn auch die anderen Glieder des Volkskörpers noch so hoch stehen, so überragt er sie doch noch als der Höhere; und wenn die Verfassung auch dafür sorgt, dass sein individueller Willen wahrer Staatswillen und nicht selbstsüchtiger Eigenwillen sei, so wird dadurch nur seine Aufgabe erleichtert und seine Staatsauctorität vor Missgriffen und Fall bewahrt. Aber es verträgt sich damit nicht die Vorstellung, dass der Monarch ein blosses Idol, eine blosse Form, nicht ein lebendiges Wesen sei, die Einrichtung, dass der Monarch der Volksrepräsentation oder den Ministern untergeordnet sei und von ihnen gezwungen werden dürfe, einen Willen zu äussern, den er nicht hat, und zu handeln, wie er nicht will.

Da die oberste Gewalt seiner Person zusteht, so gebührt ihm auch die Freiheit und das Recht der Persönlichkeit. Seine Person gehört zwar auch nicht in allen Beziehungen und nicht ganz, aber sie gehört doch vorzugsweise und mehr dem Staate an als jede andere Person. Er ist auch ein Gatte, Vater, ein Genosse einer Kirche, vielleicht ein Gelehrter oder Dichter. Aber in allen öffentlichen Dingen soll sich der Staatswillen in ihm zum individuellen Willen erheben und potenziren. Der monarchische Staat legt auf die individuelle Sorge und die individuelle Energie des Monarchen einen grossen Werth, und es wäre ungereimt, dem Monarchen das höchste Recht im Staate zuzusprechen und zugleich ihn um deswillen unter die Vormundschaft anderer zu setzen. Nicht die Kammern schaffen das Gesetz, sondern indem er seine Sanction frei ertheilt, begründet er das staatliche Ansehen des Gesetzes. Nicht die Minister fügen seinen Regierungsbeschlüssen ihre Auctorität bei, sondern er verleiht denselben seine Auctorität, und die Minister

dienen ihm als Organe, wenn auch als unentbehrliche Organe seines Willens. Soweit der König durch die Verfassung nicht beschränkt und nicht gebunden ist an die nothwendige Zustimmung oder Mitwirkung anderer Glieder des Staatsorganismus, so weit ist er auch völlig frei, seinen eigenen persönlichen Willen auszusprechen und demgemäss zu handeln.

Die Eigenthümlichkeit der constitutionellen im Gegensatze zu anderen Monarchieen besteht darin, dass der Monarch für sich allein weder Gesetze geben noch in der Regel Regierungshandlungen ausüben darf, sondern in der ersteren Beziehung die Mitwirkung und Zustimmung der Kammern, in der letzteren die Mitwirkung der Minister erfordert wird. Sie besteht aber nicht darin, dass der Schwerpunkt der Staatsregierung in den Kammern oder in den Ministern liegt. Würde die Kammermajorität und der Ministerrath in allen Fällen mit formeller Nothwendigkeit die Handlungen des Fürsten bestimmen, so wäre eine solche eigentliche Parlaments- und Ministerregierung allerdings im Widerspruche mit dem monarchischen Princip. Der constitutionelle Monarch wird sich thatsächlich meistens durch das schwere Gewicht jener Abstimmungen und Anträge bestimmen lassen, weil er darin den vorbereiteten Staatswillen erkennt, aber er wird sich die freie Prüfung aus dem Standpunct des Staatswohles vorbehalten müssen, wenn er seine monarchische Pflicht üben soll.

Innerhalb jener Schranken bewegt sich auch der constitutionelle Monarch mit voller Freiheit. Es ist abgeschmackt, ihn verhindern zu wollen, dass er seine eigene Meinung ausspreche. Jeder tüchtige Mann hat ein Bedürfniss, seine wirkliche Gesinnung zu äussern. Politische Rücksichten mögen den Monarchen oft zurückhalten, dieselbe ganz und laut zu offenbaren, aber niemandem steht das Recht zu, ihm die freie Rede zu versagen oder gar ihn zu falscher Rede zu nöthigen.

Dem Monarchen kommt es ferner zu, mit eigenen Augen zu sehen und mit eigenen Ohren zu hören, selber zu prüfen, wie es steht in seinem Lande, unmittelbar sich von den Bedürfnissen des Volkes zu unterrichten, die Erscheinungen des öffentlichen Lebens zu beobachten und, wo das Interesse und die Wohlfahrt des Ganzen es erfordert, anregend einzugreifen, Aufträge zur Bearbeitung der nöthigen Gesetze oder zur Einleitung der erforderlichen Massregeln zu geben. Das ist es, wodurch von je her grosse Monarchen sich ausgezeichnet haben. Das ist die wahre Activität des Monarchen. Auch die constitutionelle Staatsform bietet einer bedeutenden Indi-

vidualität in diesen Beziehungen noch immer freien Spielraum. Sie darf denselben nicht verschliessen.

Das zweite Princip ist: Dem Monarchen steht die oberste Staatshoheit und die vollkommene Staatsmacht zu. Auch das englische Staatsrecht, welches die Rechte des Königthums in einem Masse beschränkt, wie es die meisten Monarchieen des Continents noch nicht ertragen, erkennt das Princip dennoch an. Darin liegt: Die Monarchie ist nicht ein Aggregat von einzelnen Hoheitsrechten, sondern die Einheit und Fülle der Hoheitsrechte. Die absolute Monarchie outrirt diesen Gedanken dahin, dass sie anderen politischen Körperschaften und Organen weder selbstständige, der Willkür des Monarchen entzogene Rechte noch eine nothwendige Betheiligung bei der Ausübung der Rechte des Monarchen zugesteht und dass sie auch von berechtigten Freiheiten der Individuen und Volksclassen nichts wissen will. Alles Recht nimmt sie für sich in Anspruch, den anderen vergönnt sie höchstens Gnaden. Die constitutionelle Monarchie dagegen ist auch hierin eine beschränkte und erkennt die Rechte jener Körperschaften und die Freiheit der Unterthanen an.

An der Gesetzgebung vorerst hat der Monarch nicht bloss einen Antheil, sondern den dem Inhalte nach in der Regel, der Form nach immer entscheidenden Antheil. Ihm steht die Initiative und die Sanction der Gesetze zu, und in seinem Namen werden sie verkündet. Wird dieser Grundsatz in einer constitutionellen Monarchie verneint, so wird auf diesem Gebiete das monarchische Princip durch die Einwirkung republicanischer Ideen in Wahrheit beeinträchtigt. Denn dann ist die oberste Staatsmacht nicht mehr bei dem Monarchen, sondern bei den, für sich allein betrachtet, offenbar republicanischen Kammern, und er ist, soweit die Gesetzgebung reicht, der Unterthan der Kammern. Die Rechte der Kammern können folglich nach dem System der Monarchie nur concurrirende, nicht ausschliessliche sein.

Alle Staatsregierung ist in dem Monarchen concentrirt, steht ihm zu selbstständigem Rechte zu und wird in seinem Namen ausgeübt. In der constitutionellen Monarchie dürfen die Minister oder andere Regierungsbeamtete nicht in ihrem Namen regieren, aber auch der Fürst kann nicht ohne die Mitwirkung der Minister, sondern nur im Einverständnisse mit ihnen regieren. Alle ihre Gewalt erscheint als ein Ausfluss der königlichen Gewalt, ihr Regierungsrecht wird aus der Fülle der königlichen Macht abgeleitet, und zwar nicht im Sinne der mittelalterlichen Lehensmonarchie, so dass ihnen diese abgeleiteten Rechte für sich zu ihrem eigenen Rechte und

eigener Nutzung verliehen wären, sondern so, dass die organische Einheit des Staates gewahrt bleibt. Auch im Verhältnisse zu den Ministern hat der König Initiative und Sanction. Die erstere können und sollen auch die Minister üben als leitende Staatsmänner, diese steht dem Könige allein, den Ministern nur das Recht der freien Zustimmung zu den Befehlen des Königs zu.

Das im Mittelalter erkannte Princip, dass alle Regierungauctorität und Gewalt von oben her komme und stufenweise nach unten verliehen, nicht aber umgekehrt von unten nach oben aufgetragen werde und dass alle obrigkeitliche Macht vom Centrum zur Peripherie und nicht von dieser zu jenem den Weg nehme und wirke, ist in der constitutionellen Monarchie der neueren Zeit in Anerkennung geblieben. Aber die mittelalterliche Zersplitterung dieser Gewalt in selbstständige Theilgewalten ist nun aufgegeben worden.

Alle einzelnen Staatsorgane sind dem Monarchen untergeordnet, und zwar nicht bloss die, welche in ihrem Wirkungskreise von seinem Willen völlig abhängig sind, sondern auch die, an deren Zustimmung er selber gebunden ist, um einen staatlichen Willen zu äussern, wie die Minister und die, denen ein von der Einwirkung des Staatsoberhauptes unabhängiger Wirkungskreis angewiesen ist, wie die Richter, ja selbst die gesetzgebenden Kammern, welche als selbstständige Mächte im Staate sich mit ihm zur Gesetzgebung einigen. Wie das Haupt allen anderen Gliedern des Körpers und dem Leibe übergeordnet ist, so hat der Monarch in dem Staatskörper die höchste Stelle.

Man darf den Begriff der constitutionellen Monarchie nicht aus der englischen Verfassung allein ableiten. Je nach der Art und der Geschichte eines Volkes bekommt dieselbe Grundform einen modificirten Ausdruck. Da sie ihrer Natur nach relativ und nicht absolut ist, so hat sie auch die Fähigkeit, sich den verschiedenen Verhältnissen und Bedürfnissen anzuschmiegen.

Als nothwendige Merkmale aller constitutionellen Monarchie sind folgende Eigenschaften hervorzuheben.

Sie ist eine verfassungsmässige Würde und Macht. Der constitutionelle Fürst steht nicht ausser noch über, sondern in der Verfassung. Die Rücksicht auf die verfassungsmässige Rechtsordnung, welche auch den Monarchen bedingt, hat dieser Form den Namen gegeben. Ob die Verfassung in einer Urkunde dargestellt werde oder nicht, ist zwar nicht gleichgültig, aber für den Begriff nicht wesentlich. In England, dem Mutterlande der constitutionellen

Monarchie, gibt es wohl einzelne Verfassungsgesetze und urkundliche Erklärungen über die anerkannten Volksfreiheiten, aber nicht eine systematische Beurkundung der gesamten Staatsordnung, wie die neuere Zeit sie liebt und vorzugsweise Constitution zu nennen pflegt. Jene sind, je nach den politischen Kämpfen der Zeit und den besonderen Anforderungen des in bestimmten Richtungen erregten politischen Lebens des englischen Volkes, im Laufe der Geschichte allmählich entstanden. Diese Constitutionen werden gewöhnlich auf einmal und unter dem Einflusse einer allgemeinen Staatstheorie als ein zusammenhängendes und umfassendes Gesetzeswerk bearbeitet.

In beiden Formen ist die constitutionelle Monarchie möglich. Aber sie setzt auf urkundliche Bestätigung, auf Verbriefung der politischen Rechte, obwohl die Natur dieser nicht von der Form der Bezeugung und Zusicherung abhängt, einen entschiedenen Werth, ohne darum das ungeschriebene Recht zu bestreiten. Es ist dieser Zug dem modernen Leben in der That gemäss, dessen Rechtsbewusstsein nicht mehr so unmittelbar mit der Gewohnheit verwachsen ist, sondern, um sich sicher zu fühlen und zur Klarheit zu gelangen, der Fixirung durch die Schrift bedarf.

Der constitutionelle Monarch ist eben so verpflichtet, wie die Bestimmungen der Verfassung, so auch die Gesetze des Staates zu beachten. Er darf nur verfassungs- und gesetzmässigen Gehorsam erwarten und fordern. Die gesetzgebende Gewalt kommt ihm nur in Verbindung mit den Kammern, der übrigen Repräsentation des Volkes, zu. Er bedarf, um ein Gesetz zu geben, ihrer Zustimmung, nicht bloss ihres Beirathes. Die Ordnung des Staatshaushaltes und die Bewilligung der Staatssteuern ist eben so an die Mitwirkung und Zustimmung der repräsentativen Körper gebunden.

Zu der Leitung der Regierung und der Verwaltung bedarf der constitutionelle Fürst der Mitwirkung der Minister. Damit seine Verordnungen, Befehle und Decrete für dritte Personen rechtswirksam werden, ist die Contrasignatur eines Ministers als Ergänzung seiner Unterschrift unerlässlich. Die Verantwortlichkeit der Minister und aller anderen Regierungsbeamten ist unentbehrlich für die Wirksamkeit der Verfassung.

Die Selbstständigkeit der Rechtspflege und die Ausschliessung aller Cabinetsjustiz ist eine nothwendige Beschränkung der Regierungsgewalt und eine der wichtigsten Garantien für das Recht der Bürger, eben so die Anerkennung, dass auch den verschiedenen Volksclassen und den einzelnen Bürgern nicht bloss Privatrechte,

sondern öffentliche Rechte zustehen, die nicht minder unverletzlich sind als das Recht des Monarchen.

Die constitutionelle Monarchie lässt sich nur als Volksfürstenthum eines freien Volkes verstehen.

Religiöser und politischer Charakter des Zeitalters.

Geschichte der neueren Staatswissenschaft. 3. Aufl. 1881. 23. Capitel.

Die theologische Richtung, welche Stahl vorzüglich der Staatswissenschaft zu geben versucht hat, ist wirklich die Umkehr der Wissenschaft. Würde sie herrschend werden, so hätte der menschliche Geist seit Jahrhunderten vergeblich gearbeitet und die Welt sänke wieder in die naive Gläubigkeit des Mittelalters oder, was schlimmer wäre, in die orthodoxe Geistesknechtschaft des siebzehnten Jahrhunderts zurück. Ist das wirklich zu besorgen? Sollte die Zukunft unserer Wissenschaft die Wiederkehr ihrer Kindheit sein? Mir ist die Verneinung dieser Fragen unzweifelhaft. Aber um so nöthiger wird es sein, die sonderbare Erscheinung zu erklären, dass ein so geistreicher Denker wie Stahl zu so verkehrter Richtung den Anstoss hat geben können.

Keinem Beobachter der neueren Geistesströmung wird die Bemerkung entgehen, dass die heutige europäische Welt wieder religiöser geworden ist, als sie in dem vorhergehenden Zeitalter gesinnt war. Die ganze Literatur, die weltliche nicht minder als die kirchliche, deutet auf diese Umstimmung hin, und die gebildeten Classen haben angefangen, an religiösen Fragen wieder einen Antheil zu nehmen, den sie vor einem Jahrhundert verächtlich abgelehnt hätten.

Kaum aber hatten die alten hierarchischen Gewalten diese veränderte Gemüthsrichtung bemerkt, so suchten sie sich derselben zu ihren Zwecken zu bemächtigen und die Wiederherstellung der kirchlichen Glaubensherrschaft darauf zu stützen. Innerhalb der katholischen Kirche gelangte die ultramontane Partei zu einer Macht wie seit Jahrhunderten nicht mehr. Die Abhängigkeit der Pfarrer von den Bischöfen und der Bischöfe von dem päpstlichen Stuhle wurde strenger und härter als je, und die jesuitische Theologie, welche die Umkehr der Wissenschaft auf ihre Fahne schrieb, erhielt in den heiligen Collegien Roms die entscheidende Stimme. Eben so unternahmen es in den protestantischen Kirchen die regierenden Oberkirchenräthe, eine priesterliche Schlüsselgewalt wieder aufzurichten, welche dem innersten und stärksten Freiheitstribe des Protestantismus widerstreitet.

Dieser kirchlichen Reaction gehört denn auch die theologisirende Staatslehre an, welche in höchsten Kreisen Berlins eine ähnliche einflussreiche Stellung erhielt wie die Theologie der Jesuiten in dem päpstlichen Rom. Die beiden Erscheinungen sind nahe verwandt. Indessen ist die römische in sich folgerichtiger und, mit ihr verglichen, das göttliche Recht Stahls eine Halbheit. Wenn wirklich die obrigkeitliche Gewalt etwas specifisch Göttliches, dem menschlichen Verstande Unbegreifliches, über dem Volke und über dem Staate Erhabenes und daher nicht von Volk und Staat Beschränktes und Bestimmtes ist, was nur geglaubt, aber nicht gewusst werden kann, dann entspricht es dem einmal erhitzten religiösen Gefühle doch noch besser, diese göttliche Vollmacht und Hoheit vorzugsweise in einem religiösen Oberhaupte, d. h. in dem Papste zu verehren, dem obersten und nächsten Stellvertreter Gottes in der Christenheit. Denn der Papst kann sich doch für seine Auctorität auf eine religiöse Offenbarung stützen, welche der staatlichen Auctorität entgeht, und im Papste ist doch die Einheit gewahrt, während die vielen fürstlichen Stellvertreter des einen Gottes nur ein widerspruchsvolles Reich Gottes darzustellen vermögen. Wenn aber einmal der Verstand von dem Glauben gebunden und jede Kritik mit der Berufung auf das Geheimnissvolle und Unerklärliche niedergeschlagen wird, dann wüssten wir nicht, weshalb die welt-historische Auctorität des Papstthums weniger Unterwerfung der Vernunft und weniger Glaubensherrschaft ansprechen dürfte als irgend ein protestantisches Theologencollegium.

Indessen, diese hierarchischen und theokratisirenden Parteien haben sich über den Grundcharakter unseres Zeitalters arg getäuscht, und deshalb hat dieser momentan glückliche Sturmloch der Reaction keine Hoffnung auf dauernden Erfolg. Die heutigen Völker sind wohl religiöser aber deshalb nicht wieder pfäffisch geworden. Dem Geiste unserer Zeit ist der Gedanke der mittelalterlichen Hierarchie und Theokratie nicht minder fremd und zuwider als dem Jahrhundert der Aufklärung. Das politisch-menschliche Selbstbewusstsein des modernen Staates ist seither um nichts schwächer oder unsicherer geworden. Im Gegentheile, es hat an Klarheit, Macht und Ausbreitung stetig zugenommen. Von allen Arten der Verfassung ist daher den heutigen Völkern die Priesterherrschaft die verhassteste und nächst ihr die Regierung von pfäffisch gesinnten Laien. Sie fühlen sich durch dieselbe geradezu entehrt und gleichsam entmannt. Der wiederbelebte religiöse Ernst unserer Zeit ist voraus ein sittlicher Ernst. Die aufrichtige Gewissenhaftigkeit gilt ihr mehr als der

blinde Glauben. Ihre Religiosität ist daher keine Feindin der Geistesfreiheit und masst sich weder an, den Staat zu leiten, noch zieht sie sich weltflüchtig von dem öffentlichen Leben zurück. Sie schwärmt nicht für die geistlichen Orden und verbirgt sich nicht hinter den Klostermauern. Sie ist nicht mehr so wundersüchtig und nicht so abergläubisch wie in früheren Jahrhunderten, und sie ist überdem bescheidener, gemeinnütziger und humaner geworden. Von ihr also hat der moderne Staat keine Gefahr, sondern eher Unterstützung zu erwarten. Die Anmassung, den Staat im Namen Gottes zu beherrschen, ist ihr völlig fremd.

Wodurch unterscheidet sich aber der politische Charakter unseres Zeitalters von den früheren Entwicklungsperioden? Die Frage lässt sich heute — 1881 — sicherer beantworten als vor zwanzig Jahren; denn bereits ist der grösste Theil seines Kreislaufes zurückgelegt, und es naht dasselbe seinem Ende zu.

Kann das nächst vorhergehende Zeitalter als das der Revolution und darauf folgender Restauration bezeichnet werden, so hat das gegenwärtige Zeitalter unverkennbar den Charakter der Nationalität. Waren früher abgezogene Begriffe von Menschenrechten, insbesondere der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit die leitenden Ideen, welche alle Versuche neuer Staatenbildung und die Umwandlung der mittelalterlichen Staatswesen in die modernen bestimmten, so hat in dem heutigen Zeitalter das Gefühl der Nationalität und das Streben der Nationen, selbstständige Völker zu werden, die Politik vorzugsweise erfüllt. Die Gründung des Königreiches Italien und des deutschen Reiches wie die Kämpfe der verschiedenen Nationalitäten unter der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Ablösung der rumänischen, serbischen und bulgarischen Stämme und Länder von der Türkei wie die Ausdehnung des hellenischen Staates, aber auch das Einheitsstreben in der nordamericanischen Union und selbst in Japan bezeugen alle die Macht des nationalen Gedankens. Es ist so der weite Rahmen der naturrechtlichen Begriffe mit vollerm Inhalte und Leben erfüllt worden.

Die Nationalität schliesst aber die Internationalität nicht aus, sondern findet in ihr die nöthige Ergänzung und Beschränkung. Wenn jene stärker gewirkt und die Leidenschaften der Völker mächtiger bewegt hat, so hat doch auch diese Idee in der Wissenschaft und zum Theile in der völkerrechtlichen Praxis Fortschritte gemacht. Die begonnene, wenngleich noch nicht durchgeführte Ausbreitung des Völkerrechtes auch über die nichtchristlichen Reiche und Völker der Erde und die sehr vermehrten internationalen Be-

ziehungen aller Nationen durch Posten, Telegraphen, Schifffahrt, Eisenbahnen haben einen völkerrechtlichen Schutz erhalten, und es ist wenigstens der Versuch gewagt worden, sogar den Krieg durch das Kriegsvölkerrecht zu civilisiren. Muss die nationale Richtung als primär und entscheidend anerkannt werden, so schliesst sich doch die internationale Bewegung daran an und verheisst grössere zukünftige Erfolge.

Nicht minder charakteristisch ist die allgemeine Ausbreitung der Repräsentativverfassung für unser Zeitalter. Hatte die französische Revolution grundsätzlich mit dem überlieferten Absolutismus des Königthums gebrochen und die Herrschaft der privilegierten Stände abgeschüttelt, so hatte sie sich anfangs einer nicht minder absoluten Herrschaft des Demos und der Clubs unterworfen und war schliesslich von einem modernen Imperator gebändigt und geknechtet worden. In der Restaurationszeit wurde in den meisten europäischen Ländern wieder eine möglichst unbeschränkte Regierungsgewalt der legitimen Fürsten hergestellt, eine Volksvertretung überhaupt nicht mehr gestattet oder ihr Einfluss möglichst herabgedrückt. Die Repräsentativverfassung wurde von den Machthabern als revolutionär missachtet, und in den Kammern, wo sie noch bestanden oder neu eingeführt waren, zeigte sich die entgegengesetzte Neigung der Opposition, die Regierungsgewalt zu schwächen, und wurde die systematische Opposition für das Kennzeichen liberaler Gesinnung gehalten.

Heute ist die Nothwendigkeit und die Berechtigung der Repräsentativverfassung in Europa und in America allgemein anerkannt, und die absolute Regierungsform, wo sie noch fortdauert, wird als eine seltene, auf die Dauer nicht haltbare Ausnahme betrachtet. Die Culturnationen sind alle der Meinung, dass den Völkern ein Antheil an der Selbstordnung des Staates und der Gesetzgebung und eine Controle der Verwaltung gebühre, — ohne Zustimmung der Volksvertretung kein Gesetz — und die Fürsten haben die frühere Vorstellung, dass der Staat ihnen wie ein Eigenthum zugehöre, als Irrthum erkannt und bekennen offen ihre Pflicht gegen den Staat.

Der frühere feindliche Gegensatz der Obrigkeit und der Unterthanen hat so der Verbindung beider Theile zu dem gemeinsamen Staate weichen müssen, und die heutigen Völker wollen gleichzeitig eine starke Regierung und eine bedeutsame und ernste Mitwirkung der Volksvertretung. Die Staatsgewalt selber fühlt sich in dem Grade sicherer und mächtiger, in welchem sie mit den Gefühlen und dem Streben der grossen Volksklassen einverstanden erscheint.

Die alte Demokratie wollte selber regieren, die neue Demokratie will aber sich gut regieren lassen. Zu jenem war sie meistens unfähig, auf dieses hat sie einen gerechten Anspruch. Regierungsauctorität und Volksfreiheit sind daher nicht mehr Widersprüche, die sich wechselseitig bekämpfen und ausschliessen, sondern Gegensätze, die zusammengehören.

Das Revolutionszeitalter hatte, von dem französischen Nationalgeiste geführt, die Gleichheit höher geschätzt als die Freiheit und dabei überdem für die absolute Gleichheit der allgemeinen Menschenrechte sich begeistert. Unser Zeitalter hat innerhalb des Volkes zwischen den verschiedenen Classen unterscheiden gelernt, ohne das gemeinsame Staatsbürgerrecht wieder nach Ständen zu spalten, und manche Vorurtheile einer unmöglichen Gleichheit abgestreift.

Entschiedener als früher ist überdem die organische Natur des Volkes als einer lebendigen Gesamtperson in dem allgemeinen Bewusstsein klar geworden und daher auch der Organismus der Staatsverfassung erkannt worden.

Alle diese Wandelungen in den Ideen haben denn einen bedeutenden Einfluss gehabt auf die Ausbreitung und Vervollkommnung sowohl der constitutionellen Monarchie auf dem europäischen Continent als der repräsentativen Republik in America und in Europa.

Dass die Sorge für die unteren Volksclassen, welche weniger als die gebildeten Mittelstände fähig sind, sich selber zu helfen, und auch nur mittelbar durch ihre Wahlrechte, nicht unmittelbar durch ihre Geistesarbeit an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten sich betheiligen können, die Hauptaufgabe und die dringendste Pflicht der Staatsregierung und Staatsverwaltung sei, wurde zwar in unserem Zeitalter deutlicher als in dem früheren erkannt, aber dasselbe hat doch noch nicht verstanden, diese Aufgabe zu erfüllen, und die Lösung des Problems grossentheils der folgenden Generation zurückgelassen.

Dagegen hat die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft, öffentlichem Rechte und Privatrechte, Volksfreiheit und individueller Freiheit grosse Fortschritte gemacht, und ist die gesellschaftliche Selbstverwaltung in allen privaten Lebensverhältnissen mehr und voller anerkannt worden als früher.

Die heutige Staatswissenschaft hat eben so die frühere Einseitigkeit des empirischen oder des speculativen Standpuncts und der philosophischen oder historischen Methode allmählich überwunden.

Lesebuch zur Geschichte der Deutschen Staatswissenschaft

Bd.: 2.

1891

J.publ.g. 482 k-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11635774-6